



Schriftenreihe der  
Landesverteidigungsakademie

## **Humanitäre NGOs im Tschetschenien-Konflikt: Zwischen prekärer Sicherheitslage und strukturellen Hürden**

**6/2009**  
Wien, Juli 2009

**Impressum:**

Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesminister für  
Landesverteidigung und Sport  
Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

**Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:**

Republik Österreich / Bundesminister für Landesverteidigung und Sport  
BMLVS, Rossauer Lände 1, 1090 Wien

**Redaktion:**

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement  
Landesverteidigungsakademie  
Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
Bgdr Dr. Walter Feichtinger  
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

**Erscheinungsjahr:**

Juli 2009

**Druck:**

Reprozentrum Wien  
1070 Wien, Stiftgasse 2a

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1. Einleitung	9
2. Formen von Organisationen im humanitären Sektor	11
2.1. Non-Governmental Organisations (NGOs)	11
2.1.1. Lokale und internationale NGOs (INGOs)	17
2.1.2. NGOs versus Staat	18
2.2. Inter-Governmental Organisations (IGOs)	20
2.2.1. UN (United Nations)	21
2.2.1.1. NGOs und die UNO	22
2.3. Humanitäre Hilfe	25
2.3.1. Gefährliche Einsätze in Konfliktregionen	27
2.3.2. Negative Auswirkungen humanitärer Einsätze	28
2.4. NGOs in Russland und Tschetschenien	29
3. Fallbeispiel Tschetschenien-Konflikt	33
3.1. Die Tschetschenen	33
3.2. Geschichte des tschetschenischen Widerstands	34
3.3. 1994-96: Erster Tschetschenien-Krieg	39
3.4. Die Zeit zwischen den Kriegen	45

3.5. Der zweite Tschetschenien-Krieg	48
3.5.1. Rezente Situation	51
3.6. Tschetschenische Diaspora	56
3.7. Thesen zur Kriegsursache	57
3.8. „Islamisierung“ des Konflikts	60
3.9. Menschenrechtsverletzungen	63
3.10. Humanitäre Situation während der Kriege	69
4. Methodik	71
5. Koordination humanitärer Akteure im Nordkaukasus	73
5.1. OCHA	73
5.2. Sektor-Koordination, NGO-Konsortium	75
6. Kooperation humanitärer Akteure im Nordkaukasus	77
6.1. Stellenwert lokaler NGOs	78
6.1.1. Capacity Building	80
6.2. Kooperation mit INGOs	83
6.3. Kooperation mit IGOs	84
6.3.1. United Nations (UN)	84
6.3.2. Donors	85
6.4. Verhältnis zum Staat	86

6.5. Informelle Beziehungen lokaler NGOs, INGOs und IGOs	89
7. Probleme humanitärer Organisationen im Nordkaukasus	91
7.1. Wer ist von wem abhängig?	91
7.2. Sicherheit	92
7.3. Das aktuelle NGO-Gesetz von 2006	93
7.4. Zukunft der Organisationen	97
7.5. Zukunft der Region	98
8. Resümee	101
8.1. Koordination und Kooperation	101
8.1.1. Informelle Beziehungen	101
8.1.2. Capacity building	102
8.2. Sicherheit	103
8.3. NGO-Gesetz	103
8.4. Zukunft	104
9. Literaturverzeichnis	105



## Vorwort

Für die einen sind sie die Engel, die überlebensnotwendige Hilfe bringen, andere wiederum sehen sie eher kritisch als Geschäftemacher, während sie von meist demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Regierungen häufig als ungeliebte Beobachter eingestuft und bei erster Gelegenheit des Landes verwiesen werden. Unbestreitbar ist, dass humanitäre Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oft unter Lebensgefahr für die einzelnen Helferinnen und Helfer eine unverzichtbare Größe bei der Bewältigung menschlichen Leides im Zusammenhang mit Kriegen und humanitären Katastrophen darstellen.

Der Wissensstand über das Wesen und die Wirkungsweise von humanitären Hilfsorganisationen ist aber bei Außenstehenden eher bescheiden. Vor allem der Bereich der Zusammenarbeit zwischen NGOs und mit anderen Akteuren gibt immer wieder Anlass zum Nachdenken und zur Kritik, da es neben der unmittelbaren Hilfe letztlich auch um eine Optimierung der eingesetzten Ressourcen und nachhaltige Effekte geht. Gut gemeint bedeutet auch nicht immer gut gemacht, die Koordinierung nationaler und internationaler Hilfe lässt häufig zu wünschen übrig. Umso erfreulicher ist es daher, wenn sich Nachwuchsforscher dieser Thematik annehmen, sich in die Problematik vertiefen und einen Beitrag zur Abdeckung der Wissensdefizite leisten.

Herwig Schinnerl, ein Praktikant am IFK, bietet in dieser Ausgabe der Schriftenreihe wertvolle allgemeine, teils kritische Informationen über die Zielsetzung und Arbeitsweise von NGOs. Er geht dabei speziell auf die Frage der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen internationalen und lokalen Hilfsorganisationen in Tschetschenien und deren gegenseitige Abhängigkeiten ein. Sein Befund, dass sich die Kooperation mit tschetschenischen Behörden einfacher darstellt als mit Moskauer Stellen, überrascht angesichts des russischen Vorgehens in den beiden Tschetschenien-Kriegen eher wenig. Schinnerl zieht seine Erkenntnisse hauptsächlich aus einer drei Monate dauernden Feldforschung 2006, seine Erfahrungen haben aber gewiss auch heute noch Gültigkeit.

In Zeiten, in denen sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, dass internationales Krisenmanagement nur in einer gemeinsamen und vernetzten Anstrengung (Comprehensive Approach) erfolgreich sein kann, kommt dem Wissen über das Wesen und Wirken aller beteiligten Akteure besondere Bedeutung zu. Gerade Angehörige von Streitkräften, die im Felde mit mannigfaltigen Herausforderungen konfrontiert sind und vielfach eine Koordinationsplattform zu bilden haben, sollten sich mit den möglichen Kooperationspartnern intensiv auseinander setzen. Dieser Band soll einen kleinen Beitrag dazu leisten, Einblicke zu geben und die Wissensbasis zu verbreitern.

Der Leiter IFK

Walter Feichtinger



# 1. Einleitung

Das Hauptinteresse gilt der Frage, ob in einer Situation und in einem Gebiet, wo faktisch ein asymmetrischer Konflikt herrscht, humanitäre Akteure zusammenarbeiten und ihre Arbeit koordinieren. Und falls sie das tun, auf welche Weise: Welchen Einfluss hat dabei die Sicherheitslage? Finden auch lokale Organisationen Chancen zur Partizipation vor? Wie ist das Verhältnis zum Staat, der de facto immer wieder den Krieg und die humanitäre Krise dementiert? Welche Strategie wird im Verhältnis Staat – NGOs verfolgt? Kommt es zu Capacity building von Seiten internationaler Akteure?

Für die offizielle Bezeichnung „Russische Föderation“ oder „Russländische Föderation“ wird die in einschlägigen Publikationen gängige Bezeichnung „Russland“ verwendet. Bei der Transkription kyrillisch geschriebener Namen wird die deutsche Transkription verwendet, weshalb es bei englischsprachigen wörtlichen Zitaten zu unterschiedlichen Schreibweisen gleicher Namen kommen kann. Fachbegriffe, die im wissenschaftlichen Diskurs ausschließlich in englischer Sprache gebraucht werden, wurden nicht übersetzt. Beim Lesen dieser Arbeit ist zu beachten, dass der empirische Teil eine Momentaufnahme der Situation vor Ort während des Forschungs-Aufenthalts des Autors im Jahr 2006 darstellt.



## 2. Formen von Organisationen im humanitären Sektor

In Konflikt- und Krisengebieten sind neben anderen Akteuren humanitäre Organisationen im Einsatz und bieten ihre Hilfe an, wobei humanitär bedeutet, dass die Bekämpfung und Milderung des menschlichen Leidens an oberster Stelle steht und dabei die Würde und die Rechte von Opfern respektiert werden müssen.<sup>1</sup> Die Absicht dahinter ist nicht die Veränderung einer Gesellschaft, sondern deren Mitgliedern zu helfen, eine Krise zu meistern:<sup>2</sup> „Diese der Aufklärung verpflichtete Konzeption humanitärer Hilfe ist *praktizierte Menschenrechtspolitik*. Humanitäre Hilfe verdient in der Tat diese Bezeichnung, weil sie das fundamentale Menschenrecht auf Leben, soweit dies möglich ist, in Notsituationen sichert.“<sup>3</sup>

### 2.1. NON-GOVERNMENTAL ORGANISATIONS (NGOs)

Was sind nun die entscheidenden Merkmale einer NGO? Eine eindeutige Kategorisierung erscheint äußerst diffizil:

„Eine Nichtregierungsorganisation (NGOs) ist eine nicht gewinnorientierte Organisation von Bürgern, die lokal, national oder international tätig sein kann. Auf ein bestimmtes Ziel hin ausgerichtet, versuchen NGOs, eine Vielzahl von Leistungen und humanitären Aufgaben wahrzunehmen, Bürgeranliegen bei Regierungen vorzubringen und die politische Landschaft zu beobachten.“<sup>4</sup>

„NGO“ ist ein Akronym, das heutzutage zum alltäglichen Sprachgebrauch gehört. Verantwortlich dafür zeichnen einerseits die kontinuierli-

---

<sup>1</sup> Karenfort, 1999, S. 45.

<sup>2</sup> Vgl. Eberwein, 2001, S 90f.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa: Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Vereinten Nationen, unter URL: [http://www.unric.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=265&Itemid=201](http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=view&id=265&Itemid=201); [19.02.2008].

che Proliferation von „Non-Governmental Organisations“ innerhalb der vergangenen Jahrzehnte und ihr steigender Einfluss dank ihres Einsatzes in vielen verschiedenen Richtungen.<sup>5</sup> Andererseits Organisationen wie Amnesty International, Caritas, Ärzte ohne Grenzen etc., die einen medial bedingten großen Bekanntheitsgrad haben. Bei diesen NGOs handelt es sich durchwegs um international agierende Einrichtungen, die im Bereich der Menschenrechte und humanitären Hilfe aktiv sind. Solche erzeugen ein teils glorifizierendes Bild der NGO-Community, das aber heikle Nebenwirkungen mit sich bringen kann:<sup>6</sup>

„Das Selbstbild der NRO ist in hohem Maße moralisch und ethisch aufgeladen. Das Bewusstsein der ‚good doer‘, sich für eine unangreifbar gute Sache einzusetzen, verführt sie aber leicht dazu, die eigene Arbeit und Rolle nicht mehr reflexiv und selbstkritisch zu analysieren. Die heile Welt der NRO gibt es nicht.“<sup>7</sup>

Mit der Proliferation<sup>8</sup> vernetzt ist eine komplexe terminologische Diskussion ebenso wie die nicht minder komplexe Frage der Einteilung von NGOs: Grundsätzlich hat sich in der NGO-Forschung das Akronym für die englische Variante „Non-Governmental Organisation“ durchgesetzt, die auf die UNO-Gründungscharta aus dem Jahr 1945 zurückgeht.<sup>9</sup> Im deutschen Sprachraum wird auch häufig der Begriff „Nicht-Regierungs-Organisation“ (NRO) verwendet. Andere Synonyme aus der anglophonen Literatur sind etwa „grassroots organisation“, „non-profit body“, „third sector organisation“ etc.<sup>10</sup> Heins postuliert in seinem Beitrag<sup>11</sup>, NGOs seien die Träger der zivilen Gesellschaft, sodass diese häufig als „civil society organisations“ bezeichnet werden; zusätzlich führt er den Begriff „neue politische Organisationen“ ein.<sup>12</sup> Die dem (im vorliegenden Beitrag verwendeten) NGO-Begriff zugrunde liegenden Kriterien sind: freiwilliger Zusammenschluss, parteipolitische Unabhängigkeit,

---

<sup>5</sup> Vgl. Martens, 2002, S. 25ff.

<sup>6</sup> Vgl. Wahl, 2000, S. 308.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Aktuell rund 6000 internationale nicht-staatliche Vereinigungen (Vgl. Rittberger/Zangl, 2003, S. 18.)

<sup>9</sup> Vgl. Martens, 2002, S. 31.

<sup>10</sup> Vgl. Martens, 2002, S. 30.

<sup>11</sup> Vgl. Heins, 2000, S. 84.

<sup>12</sup> Ebenda.

non-profit (keine Orientierung an wirtschaftlichem Gewinn), keine (ethnische, religiöse, nationale etc.) Exklusivität, inhaltlicher Bezug auf von sozialen Bewegungen behandelte Probleme (Armut, Frieden etc.), keine Orientierung an Eigeninteressen der Mitglieder oder Zielgruppe.<sup>13</sup> Die Geschichte von NGOs reicht weit zurück: Die ersten nationalen Organisationen zum Zwecke sozialer und humanitärer Anliegen entstanden im späten 18. Jahrhundert. Die ersten internationalen NGOs bildeten sich am Anfang des 19. Jahrhunderts – darunter 1823 die Anti-Sklaverei-Gesellschaft, 1855 die Vereinigung Christlicher Männer und 1863 das Internationale Komitee des Roten Kreuzes.<sup>14</sup> Trotz ihrer schon langen Geschichte und großen Zahl von NGOs bieten die NGOs ein sehr heterogenes Bild. Martens<sup>15</sup> differenziert innerhalb der NGO-Gemeinschaft je nach deren Abhängigkeit vom Staat zwischen „genuinen NGOs“, also jenen, hinter welchen ausschließlich Privatpersonen stehen und „NGO-Abweichlern“, bei denen auch staatliche Mitglieder und Gelder einfließen. Innerhalb der letzteren Gruppe unterscheidet sie in „quasi-NGOs“ und „government organised NGOs“<sup>16</sup>, GONGOs werden dabei generell nicht als NGOs betrachtet. Allgemein werden NGOs in die Kategorie der „nicht-staatlichen“ Akteure gereiht, ebenso wie profit-orientierte Organisationen, aber auch terroristische Organisationsformen.<sup>17</sup> Dazu stellt sich Kohl in seinem Beitrag<sup>18</sup> die interessante Frage, ob die Mafia als NGO verstanden werden könnte, und bringt durchaus einige Parallelen auf Basis der NGO-Definition der Union of International Associations (UIA)<sup>19</sup> zum Vorschein. Letztlich lautet sein Fazit aber, dass durchaus mannigfaltige Unterschiede zutage treten, sodass gemäß einschlägiger NGO-Definition die Mafia nicht als solche bezeichnet werden kann:

---

<sup>13</sup> Vgl. Wahl, 2000, S. 314.

<sup>14</sup> Vgl. Kaldor, 2003, S. 87 sowie Martens, 2002, S. 27ff.

<sup>15</sup> Vgl. Martens, 2002, S. 40ff.

<sup>16</sup> QUANGO: staatliche Stellen als Mitglieder zugelassen, Finanzierung größtenteils aus öffentlichen Mitteln; GONGO: Entstehung aufgrund staatlicher Initiative, Finanzierung größtenteils aus öffentlichen Mitteln.

<sup>17</sup> Vgl. Martens, 2002, S. 38.

<sup>18</sup> Vgl. Kohl, 2002.

<sup>19</sup> Internationale Mitgliedschaft (mind. 3 Staaten); Vorhandensein eines Wahlmechanismus des Exekutivkomitees, eines Hauptsitzes und fester Mitarbeiter; Unabhängigkeit; Gründung durch private Initiative (Vgl. Kohl, 2002, S. 341.)

„Wenn NGOs gegründet wurden und werden, um staatliche Defizite durch eigene Aktivitäten und Lobbyarbeit auszugleichen, dann stellt die Mafia so etwas wie die Pervertierung des NGO-Prinzips dar. (...) Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen NGOs und Mafia treten daher auch deutlich zutage, wenn man sich eben diesen Zielen und Mitteln zuwendet. Hier trennen sich dann Gut und Böse: erstere verfolgen ihre Ziele im Einklang mit nationalen und internationalen Gesetzen und Normen; letztere brechen jede Regel, wenn es denn der eigenen Bereicherung dient (...) Ein weiteres deutliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Mafia und NGOs ist die strikte Abschottung der kriminellen Gruppen nach außen um die Sicherheit der Organisation und ihrer Mitglieder zu gewährleisten (...)“<sup>20</sup>

Im Gegensatz dazu achten NGOs auf möglichst hohe Transparenz ihrer Struktur und Aktivitäten und legen auch ihre Aktivitäten und Handlungsfelder offen auf den Tisch:

„Mit kompetenten Redebeiträgen vor der Völkergemeinschaft, als offizielle Mitglieder staatlicher Delegationen und durch spektakuläre Aktionen außerhalb offizieller Veranstaltungen haben NGOs direkt und indirekt an den internationalen politischen Prozessen teilgenommen und sie mitgestaltet. Politiker und Funktionäre würdigen die tragende Rolle von NGOs beim Aufspüren von politischen Problemen (agenda-setting) und bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen.“<sup>21</sup>

Daran lässt sich aber auch gut erkennen, wie verworren sich die Materie darstellt und wie verschwommen die Grenzen sind. Es ist dementsprechend schwierig, eine allgemeingültige Definition herauszuarbeiten. In einer Sache sind sich allerdings Beobachter der NGO-Szene einig:

„(...) NGOs must secure and maintain their independence with regard to all states – this is a basic condition for their credibility. Non-governmental organizations are infinitely diverse by virtue of their size, statutes, fields of activity, methods, means, and objectives. It is understandable that states are sometimes tempted to try to utilize or control NGOs in order to place them indirectly in the service of their own national policies.“<sup>22</sup>

NGOs thematisieren Steuerungsdefizite und übernehmen die „Voice-Funktion“. Sie fungieren als Themenanwälte und verlängerter Arm sozialer Bewegungen. Ihr Aufgabenbereich verlagert sich zusehends von

---

<sup>20</sup> Kohl, 2002, S. 343f.

<sup>21</sup> Martens, 2002, S. 25.

<sup>22</sup> Boutros-Ghali, 1996, S. 10.

der reinen Projektarbeit hin zur Einflussnahme auf die Politik. Aufgrund ihres nicht allein auf die Maximierung des Eigennutzens ausgelegten Engagements (aktiv oder in Form von Spenden) können NGOs als in der Tradition der christlichen Kirchen stehend betrachtet werden.<sup>23</sup> NGOs können weiters unterteilt werden in solche, die selbst aktiv sind, um ihre in einem bestimmten Feld gesteckten Ziele zu erreichen – „operative NGO“ (Bsp. Ärzte ohne Grenzen) genannt – und solche, die ihren Einfluss nutzen, um auf die Politik einzuwirken – also „advocative NGO“ (Bsp. Amnesty International).<sup>24</sup> In der Entwicklungszusammenarbeit hat sich eine Unterscheidung der NGO-Community je nach Herkunft der NGO in „Northern NGOs“ und „Southern NGOs“ eingebürgert, wobei Letztere oft mit GRO (Grassroots-Organisations) oder CBO (Community Based Groups) gleichgesetzt werden. Tatsächlich sind aber viele „Southern NGOs“ weitaus größer als einige „Northern NGOs“. Diese Unterscheidung zeigt daher vor allem, dass die eine Gruppe von NGOs näher an der meinungsbildenden Gesellschaft und den Geldquellen angesiedelt, während die andere Gruppe im lokalen Umfeld verwurzelt ist.<sup>25</sup> NGOs agieren meist in einem Geflecht von Verantwortlichkeiten und Hierarchien, von notgedrungenen Kooperationen und finanziellen Abhängigkeiten:

“Crucially, GROs and NGOs have multiple accountabilities – ‘downwards’ to their partners, beneficiaries, staff and supporters; and ‘upwards’: to their trustees, donors and host governments. Multiple accountability presents any organization with problems, particularly the possibilities of having to ‘overaccount’ (because of multiple demands), or being able to ‘underaccount’, as each overseeing authority assumes that another authority is taking a close look at actions and results. Legally, most NGOs, as nonmembership organizations, are accountable to their trustees (a self-selecting group, usually of the ‘great and the good’). By contrast, GROs are accountable to their members. Both usually have an obligation to account to the governments of the countries in which they operate, though in practice this often means little more than a brief annual report and audit.”<sup>26</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Meyers/Frantz, 2002, S. 402f.

<sup>24</sup> Vgl. Kohl, 2002, S. 341.

<sup>25</sup> Vgl. Kaldor, 2003, S. 89f.

<sup>26</sup> Michael, Edwards/David, Hulme: Too close for comfort? Unter URL: [http://www.tc.columbia.edu/CICE/Archives/1.1/11edwards\\_hulme.pdf](http://www.tc.columbia.edu/CICE/Archives/1.1/11edwards_hulme.pdf), S. 16 [19.02.2008].

Neben Einsätzen wie jenen in Konfliktgebieten oder Naturkatastrophengebieten finden sich NGO-Tätigkeiten etwa auch im Umwelt- und Klimabereich, im Menschenrechtsbereich oder in der Entwicklungszusammenarbeit. Aall<sup>27</sup> weist bei Friedens- oder Hilfeinsätzen den NGOs folgende Funktionsbereiche zu: Humanitäre Aufgaben (beinhaltet Hilfs- und Entwicklungs-NGOs), Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Demokratisierung, Konfliktlösung. Viele der NGOs agieren allerdings in mehreren Bereichen, weshalb eine ausschließliche Kategorisierung einer NGO nur selten möglich ist. Einige (wie z.B. Médecins sans frontières) werden nur in so genannten Nothilfeinsätzen (relief operations) tätig, andere (wie z.B. World Vision) arbeiten über einen längeren Zeitraum in der Krisenregion, um einen Übergang von Nothilfe zur Entwicklungshilfe zu erreichen. Viele Organisationen operieren in beiden Funktionsbereichen, obwohl die Unterschiede zwischen diesen signifikant sind.<sup>28</sup>

“Relief operations are short-term endeavours that are often aimed at saving lives. These operations include delivering food, clean water, and sanitation equipment to distressed populations; providing shelter for homeless victims; and repairing salvageable structures. (...) Development projects are long term. They focus on the development of vital components of society: agriculture, education, infrastructure, and employment. These are often people-to-people projects that provide training and leadership opportunities as well as income-producing projects. In short, the goal is empowerment.”<sup>29</sup>

Natsios geht davon aus, dass es weltweit lediglich etwa 40 NGOs gibt, die ausschließlich Nothilfe leisten. Diese spezialisieren sich meist auf eine oder mehrere der Aktivitäten innerhalb der Nothilfe (Essensverteilung, Wasser, medizinische Versorgung, Unterkunft/Zuflucht, Hygiene/sanitäre Einrichtungen). 20 von diesen 40 NGOs erhalten 75% der von NGOs für Nothilfe-Einsätze verwendeten Gelder.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> Aall, 2000, S. 121.

<sup>28</sup> Vgl. ebenda, S. 121f.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 122f.

<sup>30</sup> Vgl. Natsios, 1996, S. 68f.



### 2.1.1. LOKALE UND INTERNATIONALE NGOs (INGOs)

Je nach geografischem Arbeitsbereich kann innerhalb der NGOs zwischen lokalen NGOs und internationalen NGOs (INGOs) differenziert werden. Werden INGOs in einer Krisensituation aktiv, bringen sie normalerweise nur wenige Mitarbeiter aus ihren eigenen Reihen (expatriates) in die Krisenregion unmittelbar ein, sondern engagieren vielmehr lokale Mitarbeiter. Diese verfügen über essentielles Wissen und Fähigkeiten (z. B. Sprache), die potentielle Barrieren zwischen der INGO und der Bevölkerung in der Krisenregion beseitigen können. Da in Krisengebieten häufig ein großes Potenzial an arbeitslosen und gut ausgebildeten Menschen vorhanden ist, können NGOs auf entsprechend professionelles Personal zurückgreifen:<sup>31</sup>

„The benefits of hiring local staff, however, can be high, bringing local expertise to the ongoing project and paving the way for its future management by domestic groups rather than foreign NGO staff. (...) indeed, for humanitarian agencies, the presence of field staff are likely to have established functioning offices, communications facilities, and a network of contacts to help them understand the local culture and political system and to monitor shifting political allegiances and emerging threats to the security of NGO workers.”<sup>32</sup>

Sicherheit ist einer der wichtigsten Aspekte bei der Arbeit von INGOs in Konfliktsituationen. Die steigende Zahl von NGO-Mitarbeitern bei Hilfseinsätzen und die teils inadäquaten Sicherheitssysteme von Organisationen können zu einem großen Risiko für NGO-Mitarbeiter werden.<sup>33</sup> Der Erfolg der Arbeit lokaler Organisationen hängt zu einem hohen Grad von deren Koordination und Kooperation mit INGOs, IGOs und Regierungen im jeweiligen Bereich ab, argumentieren Experten:

“The heterogeneity of NGOs’ input and interest has led to the creation of yet more coalitions based on subject, geographic location, age, gender, language, even on enthusiasm or courage. There is no turning back from this path. These coalitions should increase their effectiveness through screening their members’ relevance and competence, and securing some degree of financial auton-

---

<sup>31</sup> Vgl. Aall, 2000, S. 102f.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 103.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, S. 107.

omy. Governments, the United Nations and NGOs will all benefit from collaboration and interaction.”<sup>34</sup>

Je nachdem, in welchem Bereich sie arbeiten, fungieren lokale NGOs mit Hilfe ihrer lokalen Kenntnisse als implementierende (ausführende) Akteure etwa im Bereich der Nothilfe oder als „Monitoring Organisation“, also kontrollierende und prüfende Organisation im Menschenrechtsbereich. Weiss/Gordenker stellen das Primat von Koordination und Kooperation bei der Arbeit von NGOs und IGOs allerdings in Frage:

“The terms ‘cooperation’, ‘collaboration’ and ‘coordination’ are sprinkled liberally throughout international discourse (...). These concepts suggest a dilemma: cooperation and collaboration may be good, but on whose terms? Everyone favours coordination, but no one wishes to be coordinated. Joint ventures among NGOs and between them and members of the UN system involve unexpected as well as expected costs (...) as well as benefits. Some experts argue that greater cooperation, coherence and centralisation are essential, especially during acute humanitarian emergencies. Others argue that the positive impact emanating from the diversity of NGOs and from competition among themselves and between this sector and the UN system outweighs purported benefits from pooling efforts. In any case, the different values and operating styles between NGOs and intergovernmental organisations, along with the NGOs’ ferocious insistence on maintaining independence, probably preclude any far-reaching harmonisation of efforts.”<sup>35</sup>

### **2.1.2. NGOs VERSUS STAAT**

Ein für beide Seiten kritisches Problem stellen die Beziehungen von NGOs zu staatlichen Akteuren dar. Eine Ursache für dieses oft komplizierte Verhältnis ist der häufig direkte Zusammenhang zwischen Entstehung und Etablierung von NGOs und Unzulänglichkeiten staatlicher Kompetenzen. NGOs werden gegründet, um ein vorhandenes Defizit (etwa fehlende Kontrollmechanismen wie vertrauensvolle Oppositionsparteien oder Gewerkschaften) zu kompensieren:

„Es entstand der Eindruck, daß das Vakuum, das durch das Versagen traditioneller politischer Akteure entstanden ist, von NRO gefüllt werden könnte. Dies gilt für den internationalen Raum in noch viel höherem Maße. Denn an-

---

<sup>34</sup> Ritchie, 1996, S. 183.

<sup>35</sup> Weiss/Gordenker, 1996, S. 219.

ders als auf nationaler Ebene existieren im internationalen System keine dem Nationalstaat vergleichbaren, fest gefügten Institutionen und Regulierungsmechanismen.“<sup>36</sup>

In Anbetracht des enormen Anstiegs des NGO-Sektors innerhalb der vergangenen Jahrzehnte werden bei der Vorgehensweise von Staaten gegenüber NGOs prinzipiell drei Strategien beobachtet: die Kooperations- und Kooptationsstrategie, die Instrumentalisierungsstrategie und die Konfrontationsstrategie. Meist kann bei der Analyse von Staat-NGO-Beziehungen von nicht ausschließlich einer der angegebenen Strategien ausgegangen werden. In der Regel kommt es zu Vermischungen mindestens zweier Strategien. Die Kooperations- und Kooptationsstrategie ist ein Grund für die steigende Präsenz von NGOs im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Verfolgt wird diese Strategie vorwiegend von reformorientierten Ländern, aber auch von internationalen Organisationen wie etwa den Vereinten Nationen. Diese Regierungen und Organisationen machen NGOs im Bewusstsein ihrer Vorteile (etwa kosteneffizient, unbürokratisch, akzeptiert bei der Bevölkerung, unbestechlich etc.) zu Partnern oder Ratgebern. Die Instrumentalisierungsstrategie wenden primär neoliberale Regierungen und internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation oder der Internationale Währungsfonds an, die an die NGOs bestimmte originär staatliche Aufgaben (z. B. Entwicklungshilfe) delegieren. Die dritte Strategie ist jene des Konflikts und der Konfrontation zwischen Staaten und NGOs – diese Strategie beinhaltet von den drei genannten die für die vorliegende Arbeit größte Relevanz:<sup>37</sup>

„Extremfälle sind hier autoritäre und diktatorische Regime, die unabhängige NRO als eine Form von Opposition betrachten, der sie zu Hause mit Repression begegnen, und die sie in internationalen Zusammenhängen politisch an den Rand zu drängen suchen. Da politische Repression in diesen Ländern die legale Arbeit von politischen Parteien, Gewerkschaften etc. unmöglich macht, sind NRO in einem solchen Fall in der Tat oft die einzige Möglichkeit der politischen Artikulation.“<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Wahl, 2000, S. 298.

<sup>37</sup> Vgl. ebenda, S. 298ff.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 302.

## 2.2. INTER-GOVERNMENTAL ORGANISATIONS (IGOs)

Wenn zwei oder mehr Regierungen mittels eines multilateralen Vertrages eine Körperschaft bilden und sich entscheiden, deren Arbeit zu finanzieren, handelt es sich dabei um eine Inter-Governmental Organisation:<sup>39</sup>

“As international entities that are created by states and that have physical plants, offices, personnel, equipment, and budgets, IGOs possess legal personality in international law: they can enter into agreements, conventions, and treaties; they can sue and be sued; they can possess property; and their staffs enjoy diplomatic status. Most IGOs have more than two member-states, although relatively few aspire to global or universal membership such as the United Nations’.”<sup>40</sup>

Die Geschichte von IGOs geht auf den Wiener Kongress 1815 zurück. Ein massives IGO-Wachstum – heute existieren etwa 250 bestehende IGOs weltweit – verzeichnete das 20. Jahrhundert. IGOs können multifunktional sein und wie etwa die Europäische Union (EU) in einem breiten Spektrum von Fragen miteinander kooperieren (militärisch, wirtschaftlich, kulturell etc.). Andere IGOs, beispielsweise die World Tourism Organisation (WTO), konzentrieren sich ausschließlich auf ein Ziel. Die Mehrheit der IGOs fasst Staaten zusammen, die sich innerhalb eines kohärenten geografischen Gebiets befinden, etwa die North Atlantic Treaty Organization (NATO) oder die Organization of African Unity (OAU). Partiiell sind auch Staaten integriert, die in einer Region starke Interessen verfolgen. Als Beispiel können hier USA und Kanada genannt werden, die Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind.<sup>41</sup>

---

<sup>39</sup> Das Akronym IO für „Internationale Organisation“ umfasst sämtliche Institutionen, die in mehr als einem Land operieren, also INGOs und IGOs.

<sup>40</sup> Aall, 2000, S. 5.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 6f.

### 2.2.1. UN (UNITED NATIONS)

Die UNO sind eine globale IGO (im Gegensatz zu regionalen). Sie ist die bei weitem größte IGO weltweit.<sup>42</sup> Derzeit sind 192 Staaten Mitglied der UNO.<sup>43</sup> Sie wurde mit dem offiziellen Inkrafttreten ihrer Gründungscharta am 24. Oktober 1945 ins Leben gerufen.<sup>44</sup> Die UNO gelten als Nachfolgeorganisation des 1919 auf Basis des „14-Punkte-Programms“ des US-Präsidenten Wilson gegründeten Völkerbundes. Auch bei der Gründung der UNO als Resultat des Zweiten Weltkriegs übernahmen die USA die Führungsrolle.<sup>45</sup> Die Grundsätze der UNO sind:

- Die souveräne Gleichheit aller Mitglieder (ungeachtet aller tatsächlichen Unterschiede)
- Der Vertrauensgrundsatz (dass die UNO und ihre Mitglieder die in der Charta angegebenen Verpflichtungen ernsthaft erfüllen)
- Die friedliche Streitbeilegung
- Das zwischenstaatliche Gewaltverbot
- Die Unterstützung der UNO durch alle Mitglieder
- Die Gewährleistung der Grundsätze der UNO durch Nichtmitglieder
- Die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.<sup>46</sup>

Neben den sechs Hauptorganen der UNO wurden zahlreiche Organisationen, Hilfs- und Sonderorgane wie beispielsweise Kommissionen, ständige Konferenzen, Hochkommissare, Fonds oder Programme eingerichtet, die teilweise autonome und zentrale Stellungen im operativen Bereich einnehmen. Bei den sechs satzungsmäßigen Hauptorganen handelt es sich um folgende: Generalversammlung, in der alle Mitglieder vertreten sind; Sicherheitsrat (SR) mit 15 Mitgliedern (fünf ständige,

---

<sup>42</sup> Vgl. Aall, 2000, S. 33.

<sup>43</sup> Vgl. United Nations: United Nations Member States, unter URL: <http://www.un.org/members/list.shtml> [19.02.2008].

<sup>44</sup> Vgl. United Nations: Basic facts about the United Nations, unter URL: <http://www.un.org/aboutun/basicfacts/unorg.htm> [19.02.2008].

<sup>45</sup> Vgl. Cede, 1999a, S. 5ff.

<sup>46</sup> Vgl. ebenda, S. 19ff.

zehn nichtständige); ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat) mit 54 Mitgliedern; Sekretariat (bestehend aus dem Generalsekretär und seinen Mitarbeitern); Internationaler Gerichtshof (IGH, das Hauptrechtssprechungsorgan der UNO); Treuhandschaftsrat (mittlerweile aufgelöst).<sup>47</sup> Als Ziele der UNO wurden die Friedenssicherung, die Pflege freundschaftlicher Beziehungen und das Gebot der internationalen Zusammenarbeit definiert. Dabei sollen die UNO das Zentrum zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele und das institutionelle System der nach dem Zweiten Weltkrieg neu gestalteten Ordnung der internationalen Beziehungen darstellen.<sup>48</sup> Zum Budget der UNO tragen die acht größten Beitragszahler<sup>49</sup> zu rund 70% bei.<sup>50</sup> Das UNO-System ist ein sehr komplexes und dezentralisiertes, wie der Aufgabenbereich verschiedener UNO-Organisationen beweist:

„Fourteen UN organizations claim a role in a range of emergency and post-conflict reconstruction activities; the same number claim to have capacities both in emergency relief and in the protection of refugees and displaced persons; ten have responsibilities in human rights, fourteen in peacebuilding, five in the analysis of postconflict recovery, twelve in demobilization, nine in demining and mine awareness, and four in peacemaking.“<sup>51</sup>

Im Vergleich zu ihren NGO-Kollegen bekommen IGO-Mitarbeiter tendenziell höhere Gehälter, obwohl gerade NGOs aufgrund von Verpflichtungen und eines breiteren Spielraums etwa bei der Einschätzung von Bedrohungen, die ein Evakuieren nach sich ziehen, höhere Sicherheitsrisiken eingehen.<sup>52</sup>

#### 2.2.1.1. NGOs UND DIE UNO

Üblicherweise werden NGOs aufgrund ihrer Expertise in den unterschiedlichsten Bereichen von der UNO konsultiert. Studien und Datenbanken, die von NGOs erstellt werden, dienen zunehmend als essentielle

---

<sup>47</sup> Vgl. Trauttmansdorff, 1999, S. 25ff.

<sup>48</sup> Vgl. Cede, 1999b, S. 14ff.

<sup>49</sup> Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA.

<sup>50</sup> Vgl. Aall, 2000, S. 11.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 14f.

<sup>52</sup> Vgl. ebenda, S. 15.

Informationen für Entscheidungsprozesse innerhalb der UNO. Diskussionen und Erfahrungsaustausch gehören mittlerweile zur Normalität im Alltag der Vereinten Nationen. Dieses Zusammenwirken wird unter den UNO-Mitgliedern weitgehend positiv gesehen, wenn es auch Staaten gibt, die NGOs reserviert gegenüberstehen. Das Gros der UNO-Mitglieder sieht diesen Prozess aber positiv.<sup>53</sup>

„Nongovernmental organizations are a basic form of popular participation and representation in the present-day world. Their participation in international organizations is, in a way, proof of this. It is therefore not surprising that in a short time we have witnessed the emergence of so many new NGOs, which continue to increase in number on every continent.“<sup>54</sup>

In der UNO-Charta von 1945 haben die Gründungsstaaten der Vereinten Nationen unter Artikel 71 in Bezug auf NGOs Folgendes festgeschrieben:

„The Economic and Social Council may make suitable arrangements for consultation with non-governmental organizations which are concerned with matters within its competence. Such arrangements may be made with international organizations and, where appropriate, with national organizations after consultation with the Member of the United Nations concerned.“<sup>55</sup>

1998 beschäftigte sich erstmals der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) mit Fragen humanitärer Hilfe. Diese Thematik sollte fortan häufiger auf der Tagesordnung des ECOSOC-Plenums stehen. Diesem Plenum gehören auch NGOs an, deren Arbeitsbereiche gemeinsame Punkte mit den Agenden des ECOSOC aufweisen.<sup>56</sup>

“Consultative relationships may be established with international, regional, sub regional and national non-governmental, non-profit public or voluntary organizations. NGOs affiliated to an international organization already in status may be admitted provided that they can demonstrate that their programme of work is of direct relevance to the aims and purposes of the United Nations. In the case of national organizations consultation with the Member State concerned is required. To be eligible for consultative status, an NGO

---

<sup>53</sup> Vgl. Keppler-Schlesinger, 1999, S. 259.

<sup>54</sup> Boutros-Ghali, 1996, S. 7.

<sup>55</sup> Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa: Charter, unter URL: <http://www.unric.org/Charter/11.html> [19.02.2008].

<sup>56</sup> Vgl. Reinhardt, 2002, S. 374.

must have been in existence (officially registered with the appropriate government authorities as an NGO/non-profit) for at least two years, must have an established headquarters, a democratically adopted constitution, authority to speak for its members, a representative structure, appropriate mechanisms of accountability and democratic and transparent decision-making processes. The basic resources of the organization must be derived in the main part from contributions of the national affiliates or other components or from individual members. Organizations established by governments or intergovernmental agreements are not considered NGOs.”<sup>57</sup>

Die drei Typen des Konsultativstatus beim ECOSOC für NGOs sind je nach Partizipation abgestuft: „General“ (inklusive Einfluss auf ECOSOC-Tagesordnung), „Special“ (Redebeitrag möglich), „Roster“ (Teilnahme nur als Zuschauer). Die Zahl der NGOs mit Konsultativstatus wuchs kontinuierlich von 41 im Jahr 1946 auf derzeit 3 052.<sup>58</sup>

Die Verbindung zwischen UNO und NGOs beschränkt sich aber nicht nur auf ECOSOC. Vielmehr besteht eine Vielzahl von Plattformen für derartige Kooperationen, deren wichtigste hier kurz angeführt werden:

- „Department of Public Information“ (DPI): derzeit erhalten 1 664 NGOs in starker Verbindung mit dem DPI Informationen<sup>59</sup>
- „The Conference of NGOs in Consultative Relationship with the United Nations“ (CONGO): Netzwerk, das (derzeit etwa 500) NGOs stärker in UNO-Debatten und Entscheidungen einbinden soll<sup>60</sup>
- UNO Non-governmental Liaison Service (NGLS): Forciert aktive, dynamische Partnerschaft zwischen den UNO und NGOs<sup>61</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. United Nations Department of Social and Economic Affairs: Consultative Status with ECOSOC, unter URL: <http://www.un.org/esa/coordination/ngo> [25.02.2008].

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Vgl. Website Department of Public Information Non-Governmental Organizations, unter URL: <http://www.un.org/dpi/ngosection/about-ngo-assoc.html> [19.02.2008].

<sup>60</sup> Vgl. Website The Conference of Non-Governmental Organizations in Consultative Relationship with the United Nations (CONGO), unter URL: <http://www.ngocongo.org/index.php?what=about> [19.02.2008].

<sup>61</sup> Vgl. Non-Governmental Liaison Service (NGLS), unter URL: <http://www.un-ngls.org/site/sommaire.php3> [19.02.2008].



- NGOs haben bei UNO-Konferenzen die Möglichkeit, eine Akkreditierung zu erhalten – diese Möglichkeit wird seit den 90ern von einer rasant steigenden Zahl von NGOs wahrgenommen
- Darüber hinaus können NGOs Arbeitsbeziehungen eingehen mit entsprechenden UNO-Programmen und Spezial-Organisationen<sup>62</sup>

Impulsgeber für das Engagement von NGOs im internationalen System waren neue soziale Bewegungen in den 80er-Jahren,<sup>63</sup> in deren Sog viele NGOs entstanden. Einen Höhepunkt in der NGO-Partizipation bildeten aber die großen Konferenzen in den 90er-Jahren in Rio de Janeiro (Umwelt und Entwicklung), Wien (Menschenrechtskonferenz), Kairo (Weltbevölkerungskonferenz) und Peking (Weltfrauenkonferenz). So wurden in Rio de Janeiro 1992 etwa 1 420 NGOs, in Wien 1993 1 550 NGOs akkreditiert. Dass diese Entwicklungen nicht schon Jahrzehnte früher stattgefunden haben, wird mit dem Globalisierungsprozess erklärt. Laut Wahl resultiert der internationale Aufstieg von NGOs aus der Globalisierung.<sup>64</sup>

### 2.3. HUMANITÄRE HILFE

Humanitäre Hilfe hängt insbesondere mit dem Eintreten von Katastrophen – ob von Natur oder Menschen gemacht – zusammen. Sie mündet in ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster „Player“: Regierungen und Ministerien auf Staatsebene, Militär, Paramilitärs, Bürgerkriegsparteien, Regierungen anderer Staaten, IGOs oder NGOs:<sup>65</sup>

„Die Hilfe hat das Ziel, physisches Überleben zu sichern, Not zu verringern und den Schutz der Opfer zu erhöhen. (...) ist Humanitäre Hilfe nur ein Aspekt von internationalen und multidimensionalen Interventionen, die auch diplomatische, handels-, entwicklungs-, menschenrechtspolitische und militärische bzw. polizeiliche Aspekte umfassen. Je nach Krisentyp, Konfliktverlauf

---

<sup>62</sup> Vgl. Non-Governmental Liaison Service (NGLS): Relations, unter URL: [http://www.un-ngls.org/site/article.php?id\\_article=46](http://www.un-ngls.org/site/article.php?id_article=46) [22.02.2008].

<sup>63</sup> Beispiele dafür sind etwa die Umwelt-, Frauen- oder Friedensbewegung.

<sup>64</sup> Vgl. Keppler-Schlesinger, 1999, S. 261 sowie Wahl, 2000, S. 295.

<sup>65</sup> Vgl. Reinhardt, 2002, S. 373.

und -stadium ergeben sich verschiedene Beziehungen zwischen dieser Hilfe und den anderen Interventionsaspekten.“<sup>66</sup>

Da auf humanitäre Katastrophen meist große Flüchtlingswellen folgen, gilt es in humanitären Nothilfe-Einsätzen, Lager für Flüchtlinge einzurichten und diese mit lebensnotwendigen Gütern und gegebenenfalls auch mit medizinischer oder psychologischer Betreuung zu versorgen. Eine große Herausforderung stellen dabei häufig die Gewährleistung von Ordnung innerhalb der Lager sowie der Schutz der LagerbewohnerInnen dar. Dazu bedarf es einer effektiven Kooperation und Koordination zwischen den Hilfsorganisationen, lokalen Behörden, Sicherheitskräften und militärischen Kräften, falls solche anwesend sind. Hat sich die Lage im Katastrophengebiet wieder beruhigt und stabilisiert, ist die nächste Aufgabe der Hilfsorganisationen, die Rückführung der Flüchtlinge zu organisieren. Dabei kommt der effizienten Reintegration oberster Stellenwert zu, da andernfalls künftige Konflikte vorprogrammiert wären. Bei all diesen Aktivitäten dürfen letztlich jene Personen nicht vergessen werden, die ihre Heimat nicht verlassen haben und ebenso Unterstützung benötigen: „In der Regel wird eine Lead Agency bestimmt, welche die Tätigkeit aller Organisationen in einem bestimmten Bereich koordinieren soll, was leider in der Praxis oft durch Partikularinteressen einzelner Organisationen oder durch persönliche Animositäten erschwert wird.“<sup>67</sup> Der Trend beim Katastropheneinsatz von Hilfsorganisationen geht sukzessive in Richtung auto-operativer Aktivitäten vor Ort und anschließenden Abzugs des eigens dafür „importierten“ ausländischen Personals. Dieser so genannte interventionistische Ansatz tritt zusehends in Konkurrenz zur hauptsächlich von kirchlichen Trägern implementierten partnerorientierten Katastrophenhilfe.<sup>68</sup> Der Trend beruht unter anderem auf dem massiven Anstieg humanitärer Einsätze in Krisengebieten und der damit einhergehenden Proliferation vor Ort agierender Akteure und deren Vielfalt (1994 in Zaire ca. 100 NGOs, 170 in Ruanda, 250 in Ex-Jugoslawien<sup>69</sup>). Dies wird mit Argusaugen von alteingesessenen humani-

---

<sup>66</sup> Ebenda, S. 364.

<sup>67</sup> Smuty, 2003, S 198.

<sup>68</sup> Vgl. Tenbohlen, 2002, S. 153f.

<sup>69</sup> Vgl. Reinhardt, 2002, S. 369.

tären NGOs wie Ärzte ohne Grenzen, dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) oder Caritas International beobachtet, die seit Jahrzehnten in Konfliktgebieten aktiv sind. Kritisiert wird die zunehmende „Politisierung“ des humanitären Sektors. Humanitäre Akteure arbeiten in einem Spannungsfeld von staatlicher Politik, zivilgesellschaftlich-privaten Akteuren und Völkerrecht. Seit den 1990er-Jahren kommt es zu einer steigenden „Privatisierung“. Immer mehr Geberregierungen und UNO-Organisationen (wie UNHCR, WFP, WHO etc.) wickeln humanitäre Hilfe über NGOs ab, die damit – so die geäußerten Bedenken – das Risiko vermehrter Abhängigkeit von diesen Geldgebern (fortan „donor“ genannt) eingehen.<sup>70</sup> Die größten donors im humanitären Bereich sind das „European Commission Humanitarian Aid Office“ (ECHO) der Europäischen Kommission und das „Office of US Foreign Disaster Assistance“ (OFDA) der „United States Agency for International Development“ (USAID). Duffield erkennt im Bereich humanitärer Hilfe massive rezente Veränderungen: durch die wachsende Notwendigkeit von NGOs verändert sich auch die Rolle der Geberstaaten. Duffield geht davon aus, dass der Einsatz von humanitärer Hilfe und die Interessen der (meist westlichen) Geberstaaten eng zusammenhängen:

“External humanitarian aid is similarly concerned with the changing role of governments and the increasing importance of subcontracting public functions to private or non-governmental organisations (NGOs). In many respects, the present international relief system is a projection of the way in which the West is attempting to solve its own internal problems. (...) Relief in war zones is also conditioned by the perceived national and regional interests of Western governments. Thus, while there is a structural similarity at policy level, in practice there is a marked unevenness in application.”<sup>71</sup>

### **2.3.1. GEFÄHRLICHE EINSÄTZE IN KONFLIKTREGIONEN**

Organisationen, die in Konfliktgebieten humanitäre Hilfe leisten, gehen immer das Risiko ein, ihre Mitarbeiter zu verlieren: Von 1992 bis 2000 starben 184 UNO-Mitarbeiter in Ausübung ihrer Arbeit, 98 davon durch Ermordung; von 1992 bis 1998 verloren 36 Angestellte von UNHCR ihr

---

<sup>70</sup> Vgl. ebenda, S. 369.

<sup>71</sup> Duffield, 1997, S. 527.

Leben; 1996 wurden in der Region der Großen Seen in Zentralafrika 23 Mitarbeiter des Roten Kreuzes ermordet.<sup>72</sup> Auch Kidnapping und Verschleppung gehören zu den Gefahren, denen humanitäre Helfer in Konfliktgebieten tagtäglich ausgesetzt sind. Das gilt nicht minder für den Nordkaukasus. Den traurigen Höhepunkt stellte in dieser Hinsicht der Mord an sechs internationalen Mitarbeitern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes kurz nach der offiziellen Beendigung des ersten Tschetschenien-Krieges Ende 1996 dar. Als Reaktion darauf zogen fast alle internationalen Organisationen ihre Mitarbeiter aus Tschetschenien ab.

### **2.3.2. NEGATIVE AUSWIRKUNGEN HUMANITÄRER EINSÄTZE**

Das Ziel humanitärer Hilfe und seiner Akteure ist, für alle Menschen, die diese Hilfe nötig haben, als unabhängige Instanz da zu sein: „(...) NGOs dedicated to humanitarian relief operations attempt to maintain a policy of strict neutrality in situations of conflict. Their purpose is to relieve human suffering regardless of political, ethnic, religious, or other affiliation.“<sup>73</sup> Allerdings laufen Einsätze in Katastrophengebieten äußerst selten ohne große Probleme ab. Im „worst case“ können humanitäre Hilfseinsätze derart scheitern – sei es aufgrund unausgereifter Planung oder auch nicht planbarer Ereignisse –, dass dadurch die humanitäre Krise nicht bekämpft, sondern vielmehr perpetuiert wird. Das kann einerseits durch ungerechte Verteilung von Ressourcen, die zu erhöhten Spannungen im Konfliktgebiet führen, erfolgen, andererseits durch die erzwungene Abgabe von Ressourcen an Konfliktparteien, deren Überleben damit wieder für einen bestimmten Zeitraum gesichert ist. Um dem möglichst weitgehend entgegenzuwirken, ist es unumgänglich, sich intensiv mit der Beschaffenheit der Situation vor Ort, dem ethnischen, lokalen und demografischen Umfeld zu beschäftigen. Ebenso sind In-

---

<sup>72</sup> Vgl. Reinhardt, 2002, S. 370.

<sup>73</sup> Aall, 2000, S. 105.

formationen über die Akteure des Konflikts, die oftmals danach trachten, die humanitäre Hilfe für ihre Zwecke zu benutzen, grundlegend.<sup>74</sup>

„Accountability is a key issue for NGOs, especially those active in conflict situations. (...) NGOs operating in conflict can be dragged into the fight by choosing to work with one group in need rather than with another group; by bringing supplies and resources into the war zone; or by becoming a target of the war effort. In addition, in a number of crises, NGOs have come to assume responsibilities that far exceed their original missions.”<sup>75</sup>

Viele Teile der internationalen Gemeinschaft fragen sich infolge dieser Befürchtungen und der Bedeutung von Verantwortlichkeit, wem gegenüber eine humanitäre NGO eigentlich verantwortlich ist: der lokalen Bevölkerung, den Geldgebern, der Regierung des Staates, in dem sich der Hauptsitz befindet, der internationalen Gemeinschaft? Aus Sicht der NGOs trifft zumindest teilweise alles zu und hängt zudem vom Mandat der Organisation ab. Speziell seit den großen humanitären Krisen der 90er-Jahre (Zaire, Ruanda, Bosnien, Kosovo) versuchen NGOs eine Strategie zu verfolgen, die zumindest niemandem schadet.<sup>76</sup>

## **2.4. NGOs IN RUSSLAND UND TSCHETSCHENIEN**

Ende 2007 existierten in der Russland laut der Staatlichen Registrierungsbehörde etwa 240 000 registrierte NGOs.<sup>77</sup> Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vergrößerte sich der NGO-Sektor in Russland in sämtlichen Bereichen, wie Soziales, Menschenrechte, Gesundheit, Ökologie, Sport oder Bildung, kontinuierlich. Die Zahl stieg von 1993 bis 2001 von 30 000 rasant auf rund 300 000 an, wobei allerdings lediglich 70 000 NGOs tatsächlich aktiv sind und der Rest nur auf dem Papier existiert. Inkludiert sind in dieser Zahl auch GONGOs und QUANGOs, also solche NGOs, die unter Beteiligung staatlicher Stellen gegründet wurden. Mit dem quantitativen Wachstum des NGO-Sektors ging auch

---

<sup>74</sup> Vgl. Tenbohlen, 2002, S. 154f.

<sup>75</sup> Aall, 2000, S. 110.

<sup>76</sup> Vgl. ebenda, S. 111.

<sup>77</sup> Vgl. Human Rights Watch: Choking on Bureaucracy: State Curbs on Independent Civil Society Activism, unter URL: <http://hrw.org/reports/2008/russia0208/russia0208web.pdf>, S. 20 [21.02.2008].

ein qualitatives einher; NGOs wurden professioneller, erweiterten ihre Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräume, sammelten Erfahrungen und bauten wertvolle Kontakte etwa zu den Medien auf.<sup>78</sup> In der postsowjetischen Phase wurde die Freiheit der Medien als einer der Gewinne von Glasnost und Perestroika gefeiert; Seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges und der Präsidentschaft Putins kehrt sich aber diese Entwicklung wieder ins Gegenteil. Zum Leidwesen der NGOs, deren Präsenz in den Medien essentiell für ihre Ziele ist, wurden speziell elektronische Medien, zunehmend aber auch Zeitungen zum Propagandainstrument des Kremls.<sup>79</sup> Der NGO-Sektor in Russland gestaltet sich äußerst heterogen; Allein die Größe des Landes macht es unmöglich, von einem homogenen NGO-Bereich zu sprechen. Dazu kommen gravierende Unterschiede zwischen Stadt und Land: Generell gilt, dass NGOs in urbanen Gegenden nicht nur einen infrastrukturellen und gesellschaftspolitischen Vorteil haben. Speziell in Moskau befinden sich zudem alle relevanten föderalen Behörden. Daher ist die Tendenz, dass es im europäischen Teil Russlands mehr NGOs als in abgelegenen Regionen wie Sibirien gibt, kaum verwunderlich. Die Zahl von NGO-AktivistInnen liegt vermutlich zwischen einer und zwei Mio., jene der Personen, die Hilfe von NGOs bekommen, bei 20 Mio. Die höchste Wirksamkeit unter den NGOs in Russland wird von Experten dem Menschenrechts- und dem Umweltbereich zugeschrieben. Der Staat Russland und die NGOs sind von der idealen Konstellation einer partnerschaftlichen Beziehung weit entfernt. Man betrachtet sich mit gegenseitigem Misstrauen – vorwiegend in den oben genannten Bereichen. Das spricht für die These, dass ein restriktives Umfeld und schwierige Bedingungen sich positiv auf die Entwicklung und das Sammeln von Erfahrung des jeweiligen NGO-Bereichs auswirken. Dennoch ist im Vergleich zu den frühen 90er-Jahren die Kooperation in bestimmten Bereichen stark angestiegen. NGOs erfüllten etwa konsultative Aufgaben bei der Erstellung von Gesetzesvorlagen oder in beratenden Gremien.<sup>80</sup> Dass der Staat trotzdem einem großen Teil der NGOs gegenüber eine Strategie der

---

<sup>78</sup> Vgl. Bister, 2002, S. 128f.

<sup>79</sup> Vgl. Ortung, Robert W.: Nations in Transit 2006: Russia, unter URL: <http://www.freedomhouse.hu/nitransit/2006/russia2006.pdf> [22.02.2008].

<sup>80</sup> Vgl. ebenda, S. 130ff.

Konfrontation vertritt und wie weit dieses Misstrauen führen kann, zeigt der folgende Fall: Die NGO „Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft“ mit Sitz in Nischni Nowgorod wurde im Herbst 2006 von russischen Behörden aufgelöst, Ende Jänner 2007 wurde auch die dagegen erhobene Berufung von Direktor Stanislaw Dmitrijewski abgewiesen. Begonnen hatten die Schwierigkeiten der Menschenrechts-NGO, als sie in ihrer Vereinszeitung im März 2004 Aussagen des damaligen tschetschenischen Untergrund-Präsidenten Aslan Maschadow und dessen Europa-Emissärs Achmed Sakajew abdruckten. Darin forderten diese Friedensverhandlungen und erhoben Vorwürfe gegen die russische Führung. Daraufhin wurde Dmitrijewski im Februar 2006 auf Basis eines nach dem Terroranschlag in Beslan 2004 erlassenen Anti-Extremismus-Gesetzes wegen Volksverhetzung zu einer zweijährigen bedingten Haftstrafe verurteilt. Experten sprechen von einem eindeutig politisch motivierten Vorgehen.<sup>81</sup> Hinzu kamen Repressionen anderer Behörden gegenüber der NGO, wie eine Mitarbeiterin der „Russisch-Tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft“ bekanntgab:

„Actually, we have had serious problems with the FSB and our authorities since 11 January 2005 when they opened a criminal case against us. The pressure is enormous, both imposed by the authorities and different media outlets. Besides, in Nizhny Novgorod the authorities initiated the following actions against the RCFS:

- Extraordinary checking of the documentation by the Main Department of Registration Board at the Justice Ministry of the Russian Federation (it started on 28 February 2005). The previous checking was done in July 2004. The organization didn't receive any warnings.

- Checking of the organization by the Tax Inspection. The Ministry of Justice demanded to provide them with a number of documents that exceeds the framework of the "Law on Public Organizations" of the Russian Federation. We are going to turn to court regarding this. The same measures have been undertaken against Nizhny Novgorod Society for Human Rights, which is our partner organization. This organization allows us the use of its premises for our office. It also renders the opportunity to publish articles on Chechnya in the newspaper it established."<sup>82</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. [http://www.aktuell.ru/russland/news/oberstes\\_gericht\\_bestatigt\\_verbot\\_russischer\\_ngo\\_17094.html](http://www.aktuell.ru/russland/news/oberstes_gericht_bestatigt_verbot_russischer_ngo_17094.html) [22.02.2008].

<sup>82</sup> Society for Russian-Chechen Friendship, unter URL: <http://www.hrvc.net/htmls/srcf.html> [22.02.2008]

Eine weitere Menschenrechts-NGO aus Nischni Nowgorod wurde im Juli 2007 unter dubiosen Umständen von einem Gericht verboten. Solche Fälle von unrechtmäßigem staatlichem Vorgehen gegenüber NGOs gab es laut einem Memorandum der Organisation Agora, einer Vereinigung russischer Menschenrechts-Gruppen, insgesamt 33-mal zwischen April 2006 und Mai 2007.<sup>83</sup> Diese Fälle betreffen eine Menschenrechts-NGO. Etwas besser stellt sich die Situation für humanitäre Organisationen im Nordkaukasus dar. Dennoch haben auch diese Organisationen vermehrt mit Problemen zu kämpfen. Wurde etwa die Anwesenheit internationaler Organisationen im Nordkaukasus Anfang der 90er-Jahre von der Öffentlichkeit noch sehr positiv als Unterstützung in der schwierigen postsowjetischen Phase gesehen, verbreitete sich später kontinuierlich die Meinung, Russland müsse und könne damit alleine fertig werden. Im Laufe des Konflikts in Tschetschenien entfernte sich der Fokus der russischen Behörden und der internationalen Organisationen immer weiter voneinander: während Erstere primär auf die Probleme ethnischer Russen, die infolge des Konflikts aus Tschetschenien flüchten mussten, und auf die Gefahr politischen und religiösen Extremismus in der Region aufmerksam machten, thematisierten internationale Organisationen vorwiegend das Vorgehen der russischen Armee und die Problematik der Intern Geflüchteten (IDPs).<sup>84</sup> Dennoch arbeiten mehr als 30 lokale und internationale NGOs infolge der Konsequenzen des Konflikts in Tschetschenien im Nordkaukasus. Sie bieten der betroffenen Bevölkerung Unterstützung in den Bereichen Essen, Wasser, Unterkunft, Gesundheit, Bildung, psychosoziale Unterstützung und rechtliche Unterstützung. Regelmäßig werden Mitarbeiter auch NGOs mit Gewalt oder sogar dem Tod bedroht und eingeschüchert, vereinzelt kommt es auch zu Übergriffen. Trotz zahlloser Repressionen spielen NGOs nach wie vor eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, Missstände in Tschetschenien aufzuzeigen.<sup>85</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Twickel, Nikolaus von: NGOs Buried by Mountain Of Paper, unter URL: <http://www.moscowtimes.ru/stories/2007/08/24/001.html> [21.02.2008].

<sup>84</sup> Vgl. Avksentiev/Lobova, 2004, S. 543.

<sup>85</sup> Vgl. Holland, 2004, S. 344.



## 3. Fallbeispiel Tschetschenien-Konflikt

### 3.1. DIE TSCHETSCHENEN

Die Tschetschenen nennen sich selbst „nochtscho“ (auch „nachtschuo“, übersetzt „Leute des Volkes“) und bewohnen das bewaldete Gebiet im östlichen Kaukasus<sup>86</sup>, das das zaristische Russland „Tschetschenien“ bezeichnete. Die Tschetschenen gehören zur Sprachfamilie der „Nachsprachen“, gemeinsam mit dem eng verwandten Volk der Inguschen bilden sie innerhalb dieser Sprachfamilie die Gruppe der „Wainachen“ – übersetzt „unser Volk“. Die soziale Basis der Tschetschenen bildet der „Taip“, eine Clan-Gemeinschaft aus zwei bis drei Siedlungen, die sich auf einen gemeinsamen Vorfahren bezieht und meist exogame Heiratsbeziehungen eingeht. Der Respekt vor den gemeinsamen Vorfahren manifestiert sich in der Tatsache, dass Tote der Tradition gemäß neben Vorfahren begraben werden (deshalb ist es für tschetschenische Kämpfer wichtig, die Leichname ihrer gefallenen Kollegen zu bergen und an deren Heimatort bringen zu können). Im siebten und achten Jahrhundert begann eine Ausbreitung des orthodoxen Christentums und des sunnitischen Islams in verschiedenen Kaukasusregionen. Dennoch blieb im Gebiet der Tschetschenen das Heidentum weit verbreitet. Vor dem 19. Jahrhundert, als der Stellenwert des Islam in Tschetschenien zunahm, kann deren Religion als islamischer Animismus bezeichnet werden. Das tschetschenische Gewohnheitssystem („adat“) ist eng mit Gastfreundschaft, Blutrache und Totenkult verknüpft.<sup>87</sup>

„Mehr noch als viele andere Völker des Kaukasus gelten die Tschetschenen als ein besonders freiheitsliebendes und wehrhaftes Volk. Der Kaukasus war für die auf ihm lebenden Völker wie eine natürliche kaum zu bezwingende Festung. In den Auls (Siedlungen) im Gebirge am Rande von Felsabhängen oder tiefen Schluchten waren die Tschetschenen vor Eroberern wirksam geschützt.“<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Bis zu 5 600 Meter hohe Bergkette zwischen Schwarzem und Kaspischen Meer.

<sup>87</sup> Vgl. Dunlop, 1998, S. 1ff sowie Feigl, 2001, S. 16ff.

<sup>88</sup> Krech, 1997, S. 7.

Der russische Sozialanthropologe Walery Tischkow spricht hinsichtlich solcher Stereotypisierungen von ethnografischer Romantik, die speziell durch den Konflikt in Tschetschenien aufblühte. So entstand über die Geschichte und modernen Aspekte des tschetschenischen Volkes eine üppige Mythologie pseudowissenschaftlicher Natur, die sich bis ins Massenbewusstsein der Menschen ausbreitete (inklusive dem der Tschetschenen selbst):

“One dominant myth extolls the exceptionally freedom-loving and noble nature of the people as demonstrated over the entire course of their history, especially during their 200-year resistance to Russian colonialism. The nature of this myth is a purely literary one, and among its chief authors we find a leading light of world literature, Leo Tolstoy.”<sup>89</sup>

Die Hauptstadt Tschetscheniens wurde 1818 als russische Festung am Fluss Sunza gegründet und vom russischen General Jermolov „Grosny“ („Die Schreckliche“) getauft, um die Tschetschenen fernzuhalten.<sup>90</sup> Heute leben nach den Abwanderungen anderer Nationalitäten infolge des Krieges in der tschetschenischen Republik 95% ethnische Tschetschenen.<sup>91</sup> In jedem tschetschenischen Dorf gibt es einen Rat der Ältesten, der sich aus Mitgliedern verschiedener Taips rekrutiert.<sup>92</sup>

### **3.2. GESCHICHTE DES TSCHETSCHENISCHEN WIDERSTANDS**

„Jeder Krieg ist abscheulich; ein Krieg, den eine Armee in ihrem eigenen Land gegen eines der Völker führt, die dieses Land bewohnen, ist doppelt abscheulich, Und dieser Krieg richtete sich gegen das tschetschenische Volk, nicht gegen das ‚Dudajew-Regime‘ und auch nicht gegen die sogenannten Banden-Formationen, sondern gerade gegen das Volk, auf jeden Fall gegen die Mehrheit des Volkes. (...) Ein Volk kann Recht haben und ein Volk kann auch Unrecht haben. Aber sein Unrecht kann man ihm nicht mit Luftwaffe und Artillerie beweisen. Das trifft ohnehin auf jedes Volk zu. Was aber die Tschetschenen angeht, so ist es reiner Wahnsinn, ihnen irgend etwas mit Gewalt beweisen zu wollen. Der Hauptzug ihres Nationalcharakters besteht in ih-

---

<sup>89</sup> Tishkov, 1997, S. 186f.

<sup>90</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 9.

<sup>91</sup> Vgl. Klutschewsky, 2005, S. 295.

<sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 338.

rem Stolz und Bestreben, ihre Freiheit zu verteidigen – und zwar weniger die Freiheit der Nation als vielmehr die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde des einzelnen. Sie mit Gewalt zu befrieden ist unmöglich; schon seit zweihundert Jahren versucht man dies, ohne Erfolg.“<sup>93</sup>

Seit Ende des 18. Jahrhunderts hatte das zaristische Russland Probleme bei der imperialen Eroberung des Gebietes – niemals ließ sich Tschetschenien freiwillig in das Imperium eingliedern. Unter ihrem Führer Scheich Mansur führten die Tschetschenen in den Jahren 1785 und 1786 einen Kleinkrieg gegen zaristische Truppen, der als „ghazawhat“ (heiliger Krieg) bezeichnet wurde. Der Kaukasuskrieg im 19. Jahrhundert (im östlichen Nordkaukasus 1840 bis 1859) ist eng verbunden mit dem Namen Imam Schamil. Er zielte darauf ab – wie schon Scheich Mansur vor ihm – die semi-heidnischen Tschetschenen zu orthodoxen Muslimen zu konvertieren. Er verbreitete die Ideen der „Scharia“ und des „ghazawhat“ und versuchte das tief verwurzelte Gewohnheitsrecht zu entwerten. 1859 endete der Kaukasuskrieg offiziell mit der Gefangennahme von Imam Schamil, wobei seine Truppen noch fünf Jahre weiter Widerstand leisteten. In den Folgejahren des Krieges setzte ein Exodus der muslimischen Bevölkerung des Kaukasus ein – etwa 100 000 Tschetschenen verließen ihr Territorium in Richtung Türkei, ebenso viele starben in dieser Zeit. Die Hoffnung Russlands, die kaukasische Rebellion damit beendet zu haben, wurde bereits 1877 zerstört, als Anhänger von Sufi-Bruderschaften zum Aufstand und „ghazawhat“ aufriefen. Dieser wurde von Russland blutig niedergeschlagen, doch zu einer nachhaltigen Beruhigung in der Region kam es nie. Regelmäßig flammten Aufstände auf, beispielsweise 1920/21, 1932 und 1940/41.<sup>94</sup> Dieser permanente Widerstand gegenüber dem zaristischen Russland brachte den Tschetschenen den Ruf skrupelloser Banditen und in den Bergen hausender Räuber ein. Verstärkt wurden solche Stereotype durch literarische Berichte, wie etwa einem 1838 verfassten Gedicht Michail Lermontows, in dem er vom „ruchlosen, sein Messer wetzenden Tschetschenen“ schreibt. Gewalt gegen Tschetschenen wurde durch deren „Gesetzlosigkeit“ legitimiert und der Hass auf das ungeliebte Kaukasusvolk stieg, was wiederum die

---

<sup>93</sup> Kowaljow, 1997, S. 189f.

<sup>94</sup> Vgl. Dunlop 1998, 24ff.

ethnische Gruppe der Tschetschenen verband.<sup>95</sup> Die russische Xenophobie kulminierte in der Deportation der Tschetschenen und Inguschen durch Stalin im Februar 1944. Beide Völker wurden der Kollaboration mit dem deutschen Feind und des Verrats beschuldigt. Tatsächlich gab es nur wenige Fälle – einerseits hofften Kriegsgefangene dadurch, dem Lager zu entkommen, andererseits hofften nationalistische Gruppen auf die Unabhängigkeit durch die Zusammenarbeit mit den Nazis. Faktisch wollte man jedoch die rebellischen Bergbewohner wegen ihres antisowjetischen Widerstandes in der Vergangenheit vernichten.

Insgesamt 500 000 Tschetschenen und Inguschen inklusive Frauen und Kindern wurden wie Vieh in Eisenbahnwaggons nach Mittelasien und Sibirien transportiert. Keiner davon sollte, wäre es nach Stalin gegangen, zurückkehren. Das Gebiet der aufgelösten Tschetscheno-Inguschischen Republik wurde aufgeteilt, die Ethnien sollten ausgelöscht werden. Chruschtschow erlaubte offiziell 1957 im Rahmen der Entstalinisierung die Rückkehr der Tschetschenen und Inguschen in ihr angestammtes Gebiet. Im Jänner 1957 wurde die Tschetscheno-Inguschische Republik wiederhergestellt. In seiner Geheimrede am 20. Parteitag der KPdSU hielt er fest, dass die Zwangsumsiedelung militärisch nicht nachvollziehbar war, da die Rote Armee den Feind zu dieser Zeit bereits überall zurückgedrängt hatte. Chruschtschow drückte in der Rede auch sein Unverständnis darüber aus, dass für feindselige Aktivitäten ganze Nationen verantwortlich gemacht wurden und leiden mussten.<sup>96</sup> Die Rückkehr gestaltete sich naturgemäß schwierig. Die inzwischen von neuen Siedlern besetzte Republik hielt dem Zuzug etwa einer halben Million Tschetschenen und Inguschen innerhalb weniger Jahre nur schwer stand; es herrschte akuter Wohnungs- und Arbeitsplatzmangel. Während der Regierungszeit Chruschtschows war man bestrebt, die Zahl der ethnischen Tschetschenen und Inguschen in der nach ihnen benannten Republik gering zu halten. Auch unter Breschnjew (1964-82) blieben die Tschetschenen stark benachteiligt und litten unter massiver Armut. Spannungen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten waren die Regel. Viele Jugendliche glitten in die Kriminalität ab, Zehntausende

---

<sup>95</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 19f sowie Kowaljow, 1997, S. 212.

<sup>96</sup> Vgl. Dunlop, 1998, S.61 sowie Feigl, 2001, S. 82ff und Kowaljow, 1997, S. 213.

Tschetschenen mussten außerhalb ihrer Republik nach Arbeit suchen.<sup>97</sup> Kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen im Gebiet des Kaukasus zahlreiche Konflikte gewalttätig zu eskalieren: Im südlichen Kaukasus die Konflikte in Adscharien, Abchasien, Südossetien und Berg Karabach sowie im Nordkaukasus im nordossetischen Prigorodny-Bezirk (Inguschen gegen Nordosseten)<sup>98</sup> und in Tschetschenien.<sup>99</sup> Warum aber trauten sich nicht mehr autonome Republiken, wie Tschetschenien oder Tatarstan<sup>100</sup> nach dem Ende der Sowjetunion Moskau entgegenzutreten und die volle Abspaltung zu verlangen? Das hatte zum einen wirtschaftliche Gründe – Tatarstan und Tschetschenien waren wirtschaftlich aufgrund von Auto- beziehungsweise Ölindustrie ökonomisch unabhängig. Zum anderen befürchteten Republiken wie Dagestan politisches Chaos nach einer eventuellen Sezession von Moskau, das für Stabilität sorgte – diese Befürchtung sollte sich in der Zeit zwischen den Tschetschenienkriegen (1996-99), als Tschetschenien de facto unabhängig war und im Chaos versank, bewahrheiten. Dennoch wurde in Russland oft von einem Domino-Effekt gesprochen, sollte Tschetscheniens Sezession gelingen.<sup>101</sup> Als Ende Oktober 1991 General Dschochar Dudajew<sup>102</sup> zum tschetschenischen Präsidenten gewählt wurde (von Russland nicht anerkannt, seinen Amtseid legte Dudajew auf den Koran ab) und Anfang November die Unabhängigkeit Tschetscheniens erklärte<sup>103</sup>, begann sich eine Spirale mit falschen Entscheidungen, tödlichen Vorfällen und gegenseitigen Schuldzuweisungen zu drehen, die schließlich zum „major armed conflict“ führte. Am 30. November 1991 sprach sich die inguschische Bevölkerung für eine Gründung der „Republik Ingušetien“ innerhalb des Verbandes der Russischen Föderation aus. Im

---

<sup>97</sup> Vgl. Dunlop, 1998, S. 84ff sowie Feigl, 2001, S. 104f.

<sup>98</sup> Vgl. Open Society Institute: Coping with Conflict: A Guide to the Work of Local NGOs in the North Caucasus, unter URL: <http://www.osi.hu/fmp/html/coping.htm#Part%20I> [22.02.2008].

<sup>99</sup> Vgl. Weller et al., 2004, S. 93f.

<sup>100</sup> Die Auseinandersetzung mit Tatarstan wurde vertraglich im Februar 1994 beigelegt.

<sup>101</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 23.

<sup>102</sup> Generalmajor der sowjetischen Luftstreitkräfte, der 1990 seinen Dienst beendete, um nach Grosny heimzukehren. Er war der erste General des tschetschenischen Volkes und daher sehr angesehen.

<sup>103</sup> Und folglich den Föderationsvertrag mit Russland nicht unterschrieb.

Februar 1992 bestätigte das tschetschenische Parlament diesen Schritt, womit 83% der ehemaligen Tschetscheno-Inguschischen Republik den Tschetschenen zufiel.<sup>104</sup> Am 12. März 1992 wurde eine neue tschetschenische Verfassung beschlossen. Nach einem missglückten Putschversuch gegen Dudajew Ende März 1992 zog Russland seine Truppen aus der Kaukasus-Republik Tschetschenien ab, wobei eine große Menge an Waffen zurückgelassen wurde. Die Züge des Dudajew-Regimes wurden sukzessive autoritärer. Unzufriedenheit und soziale Missstände führten zu einer innertschetschenischen Kluft zwischen Dudajew-Anhängern und seinen Gegnern. Eine 1992 begonnene Wirtschafts- und Finanzblockade Russlands führte zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Tschecheniens; Es kam zu Bargeldmangel, russische Flugzeuge flogen Grosny nicht mehr an, die Raffinerien mussten eingestellt werden und tschetschenische Konten auf russischen Banken wurden eingefroren. Dudajew zeigte sich in der Folge zunehmend einsichtiger. Die Verhandlungen mit Moskau waren allerdings nicht von Erfolg gekrönt. Von Frühjahr 1992 bis Jänner 1993 einigten sich der tschetschenische Ministerpräsident Mamodajew und Sergej Schachraj<sup>105</sup> auf einen Vertragsentwurf, der Tschetschenien als souveränen demokratischen Rechtsstaat vorsah. Mamodajew konnte sich allerdings innerhalb der tschetschenischen Führungskreise damit nicht durchsetzen. Dudajew verlangte fortan ausschließlich Verhandlungen mit Präsident Jelzin oder Außenminister Kosyrjew, was von Russland abgelehnt wurde. Die tschetschenische Opposition war äußerst heterogen. Einig war man sich nur darüber, dass Dudajews Regime entmachtet werden musste. Anfang 1994 stellte sich Russlands Präsident Boris Jelzin offen auf die Seite der Opposition gegen Dudajew. Eine russische Propaganda-Kampagne gegen Tschetschenien im Juli führte zum Schulterchluss der tschetschenischen Clans, die fortan Dudajew unterstützten.<sup>106</sup>

„Am 10. August beriet dann Dudajew mit den Führern und Ältesten fast aller wichtigen Sippen Tschecheniens. Die Mehrheit der anwesenden Vertreter der Sippen stellte sich auf die Seite von Dudajew und unterstützte seine For-

---

<sup>104</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 19 sowie Mangott, 1995, S. 5.

<sup>105</sup> Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatskomitees für Nationalitätsfragen der Russischen Föderation.

<sup>106</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 20f sowie Mangott, 1995, S. 9ff und Stahel/Geller, 2004, S. 101f.

derung nach Sondervollmachten für ihn. Wie immer in Zeiten einer äußerlichen Bedrohung rückten die Tschetschenen zusammen, um den äußeren Feind, der ihr traditioneller Feind war, gemeinsam abwehren zu können. Dieser Solidarisierungseffekt unter den tschetschenischen Sippen mit Dudajew, der durch die Drohkampagne in Moskau hervorgerufen wurde, schwächte die Siegchancen der Opposition ganz erheblich.<sup>107</sup>

Auf russischer Seite waren die in der Duma vertretenen Parteien mehrheitlich für eine militärische Lösung des Konflikts oder legten sich nicht eindeutig fest. Nur zwei demokratische Fraktionen („Wahl Russlands“ und „Jabloko“) plädierten für eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch. Deren Vertreter Jegor Gaidar („Wahl Russlands“) und Gregorij Jawlinskij („Jabloko“) opponierten vehement gegen Jelzins Vorhaben und warfen ihm persönlich Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien vor. Zu den heftigsten Kritikern des Tschetschenien-Kriegs zählt der bekannte Dissident und Menschenrechtsaktivist Sergej Kowaljow, der selbst in Sowjetzeiten viele Jahre in Haft oder Verbannung verbrachte. Er saß für „Wahl Russlands“ in der Duma und war Vorsitzender der von Jelzin eingerichteten Menschenrechtskommission sowie Menschenrechtsbeauftragter. Er reiste mehrfach ins Kriegsgebiet und berichtete Jelzin von dem erlebten Grauen, konnte aber mit seiner Kritik nichts ändern, was letztlich zum Bruch mit Jelzin führte.<sup>108</sup>

„Von den fünfundzwanzig- bis dreißigtausend Menschen, die während des dreimonatigen Kampfes um Grosnyj im Winter 1994/95 umkamen, waren die Mehrheit Russen, alte Männer und Frauen, die nicht wussten, wohin sie vor den blutsverwandten Bomben und heimatlichen Geschossen fliehen sollen.“<sup>109</sup>

### **3.3. 1994-96: ERSTER TSCHETSCHENIEN-KRIEG**

Bereits Ende August 1994 fiel die Entscheidung auf russischer Seite, Dudajew zu stürzen. Am 7. Dezember beschloss der russische Sicherheitsrat einen direkten militärischen Angriff, der am 11. Dezember 1994 begann.<sup>110</sup> Geradezu prophetisch erscheint unter diesem Licht folgende

---

<sup>107</sup> Krech, 1997, S. 34.

<sup>108</sup> Vgl. ebenda, S. 45f.

<sup>109</sup> Kowaljow, 1997, S. 214.

<sup>110</sup> Vgl. Stahel/Geller, 2004, S. 101f.

Aussage Boris Jelzins vom 11. August 1994: „Wenn wir Gewalt gegen Tschetschenien anwenden, wird sich der gesamte Kaukasus erheben, und es wird soviel Unruhe, soviel Blutvergießen geben, daß uns das niemals jemand verzeiht.“<sup>111</sup> Tischkow wirft der russischen Führung vor, dass bis Dezember 1994 Möglichkeiten vorhanden waren, den Konflikt friedlich und ohne Einsatz militärischer Mittel zu lösen. Er widerspricht der Meinung Jelzins, wonach der Militäreinsatz erst nach Ausschöpfung sämtlicher sonst zur Verfügung stehenden Mittel in Erwägung gezogen wurde. Seit Herbst 2001 blieben viele Möglichkeiten ungenutzt. So traf sich zum Beispiel während der gesamten Krise kein wichtiger Regierungsvertreter Russlands direkt mit Dudajew, um sich seine Positionen anzuhören. Emotionell bedingte Arroganz und zu wenig politische Diplomatie führten zur Eskalation des Konflikts und schließlich zum Krieg.<sup>112</sup> Andererseits wäre es wahrscheinlich niemals zum Krieg gekommen, hätte Dudajews Regierung sich mehr Gedanken über den Schutz der ethnisch russischen Bevölkerung innerhalb Tschetscheniens gemacht.<sup>113</sup> Einen interessanten Aspekt während der so genannten „Tschetschenischen Revolution“ stellt die tschetschenische Sprache dar: Zumal die Tschetschenen infolge der Deportation 1944 mehrheitlich Russisch sprachen, waren auch die während der Revolution erstellten Texte ironischerweise in russischer Sprache, einschließlich der Souveränitätserklärung und der Verfassung. Ebenso waren auch die militärischen Befehle für tschetschenische Kämpfer und die Wahl für die Präsidentschaftswahlen auf Russisch gedruckt, weil wenige Tschetschenen die tschetschenische Sprache noch lesen konnten. Nach dem Krieg sah man die russische Sprache in Tschetschenien als Synonym für russische Dominanz und versuchte deshalb, Tschetschenisch wiederzubeleben. Allerdings verlor man durch den Krieg sämtliche dafür notwendigen Experten.<sup>114</sup> Als offizieller Grund für die Invasion<sup>115</sup> 1994 gilt die Wie-

---

<sup>111</sup> Mangott, 1995, S. 1.

<sup>112</sup> Vgl. Tishkov, 2004, S. 49 sowie S. 73.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, S. 131.

<sup>114</sup> Vgl. ebenda, S. 200.

<sup>115</sup> Wie ich später noch darstelle, hielten sich die russischen Streitkräfte im übertragenen Sinne (da es sich um innerstaatliches Gebiet handelt) an die Clausewitz'sche Definition von Invasion: „[...] Invasion, d. h. die Einnahme feindlicher Provinzen, nicht mit der Absicht sie zu behalten, sondern um Kriegssteuern darin zu erheben oder sie gar zu



derherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und die Wahrung der territorialen Integrität. Tatsächlich interessierte sich von den russischen Kampfeinheiten, die äußerst schlecht ausgebildet und ausgerüstet nach Tschetschenien geschickt wurden, niemand für die verfassungsmäßige Ordnung oder die nationale Integrität, wie Kowaljow berichtet:

„Niemals werde ich vergessen, wie ein Divisionskommandeur, ein Oberst, uns buchstäblich anbrüllte: ‚Was macht ihr Deputierten hier überhaupt? Wozu lungert ihr hier herum? Euer Platz ist in Moskau, in der Duma! Ihr solltet euch die Beine ausreißen, um dem, was hier vorgeht, ein Ende zu machen! Die Truppen muss man unverzüglich von hier abziehen.‘“<sup>116</sup>

Krech teilt den ersten Krieg auf Basis markanter Ereignisse in sechs Etappen ein, wobei zur ersten Phase das Misslingen des Sturzes von Dudajew durch die Opposition gehört und die zweite Etappe mit dem Einmarsch in Tschetschenien am 11. Dezember 1994 beginnt. Dieser Einmarsch war für die russischen Streitkräfte von Beginn an mit Problemen verbunden: Der Generalstab unterschätzte die Stärke von Dudajews Streitkräften infolge falscher Geheimdienst-Informationen massiv. Die tatsächliche Truppenstärke und Ausrüstung mit Panzern, Artillerie und Luftabwehrsystemen war fast doppelt so hoch wie angenommen. Auf Grundlage der falschen Annahmen misslang der von Verteidigungsminister Gratschow konzipierte Operationsplan. Die russische Luftwaffe sollte strategische Ziele angreifen und den Weg für die Truppen von Norden, Osten und Westen<sup>117</sup> her ebnen. Im Süden sollte der Ring offen bleiben. Diese Öffnung sollte zur Falle für Dudajew und seine Kämpfer werden, die auf der Flucht im freien Gelände für die russische Luftwaffe ein leicht zu liquidierendes Opfer gewesen wären. Tatsächlich machte das bewölkte Wetter ein exaktes Vorgehen der Luftwaffe allerdings unmöglich. Lediglich die tschetschenischen Luftstreitkräfte wurden auf ihren Flugplätzen zerstört. Auch die Falle von Gratschow war für den ehemaligen General der sowjetischen Luftstreitkräfte Dudajew durchschaubar und er verblieb mit seinen Truppen in Grosny. Für die Neu-

---

verwüsten. Der unmittelbare Zweck ist hier weder die Eroberung des feindlichen Landes noch das Niederwerfen seiner Streitkraft, sondern bloß ganz allgemein der feindliche Schaden.“ (Clausewitz, 1963, S. 26.)

<sup>116</sup> Kowaljow, 1997, S. 192.

<sup>117</sup> Id est Nord-Ossetien, Dagestan und Inguschetien.

jahrsnacht 1994 befahl Gratschow<sup>118</sup> den Sturm auf die tschetschenische Hauptstadt. Wiederum strategisch wenig durchdacht, drangen die Kampfpanzer ohne unterstützende Infanterie und ausreichende Nachtkampfausrüstung in die Stadt ein und standen einem erbitterten Widerstand der Tschetschenen gegenüber. Der Befehl zum Angriff ohne Infanterie auf Grosny war eine gegen alle Erfahrungen und Ausbildungsvorschriften verstoßende Fehlentscheidung Gratschows. Die russischen Panzereinheiten, deren brennende Kampfpanzer die Straßen säumten, mussten unter hohen Verlusten bald wieder abziehen.<sup>119</sup>

„Aus operativ-taktischer Sicht entschieden die Tschetschenen bereits im Dezember 1994 den Krieg, sie umgingen die Falle des russischen Generalstabes, konnten sich der geplanten Zerschlagung durch die russischen Luftstreitkräfte entziehen, brachten dem Gegner eine vernichtende Niederlage bei dessen erstem Sturmversuch auf Grosny am 31. Dezember 1994 bei und konnten die internationale Presse sowie breite Teile der russischen Öffentlichkeit auf ihre Seite bringen. (...) die russischen Truppen waren die Gejagten, weniger die tschetschenischen Kämpfer. Der Tschetschenien-Krieg wurde so eine fast exakte Kopie des Afghanistan-Krieges und dies – und das ist das kaum nachvollziehbar [sic] – obwohl Verteidigungsminister Gratschow selber in Afghanistan diente und Präsident Jelzin seit 1991 die Afghanistanveteranen bevorzugt mit hohen Kommandoposten ausstattete.“<sup>120</sup>

Über 1 000 russische Soldaten starben in dieser Nacht des Jahreswechsels 1994/95, eine Blamage für die russische Armee, die daraufhin ein Exempel statuierte und Grosny zu einer Ruinenlandschaft machte.<sup>121</sup> Dank Verstärkungen durch Eliteeinheiten eroberten die russischen Truppen bis 9. Februar die tschetschenische Hauptstadt. Sie konnten aber trotz ihrer Überlegenheit nicht verhindern, dass sich die tschetschenischen Truppen inklusive ihrer schweren Waffen südlich ins Kaukasus-Gebirge und östlich nach Argun (wo Dudajews neues Hauptquartier eingerichtet wurde) und Gudermes absetzten.<sup>122</sup> Am 9. Februar kündigte

---

<sup>118</sup> Laut Tischkow in betrunkenem Zustand, wie Alkohol generell ein ständiger Begleiter der föderalen Armee war. Das bezeugen nicht nur enorme Mengen an Wodka, die ins Kriegsgebiet geschickt wurden, sondern auch Journalisten vor Ort (Vgl. Tishkov, 2004, S. 139.).

<sup>119</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 39ff.

<sup>120</sup> Ebenda, S. 44.

<sup>121</sup> Vgl. Buch, 1996, S. 146.

<sup>122</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 48.

der tschetschenische Stabschef Aslan Maschadow an, dass man einen Guerillakrieg gegen die russischen Truppen nach dem Vorbild Afghanistan im ganzen Land beginnen werde. In der dritten Phase des Krieges von 10. Februar bis 13. Juni 1995 starteten die russischen Truppen zunächst eine Großoffensive Richtung Osten, Ende März waren die Städte Argun, Gudermes und Shali eingenommen, damit kontrollierten die russischen Truppen sämtliche größeren Ortschaften und Städte in der Ebene. Dudajews Kämpfer verschanzten sich in den Bergen, von wo der künftige Guerillakrieg ausging. Um bei der 50-Jahres-Feier des Sieges über Hitler-Deutschland am 9. Mai 1995 in Moskau nicht mit Tschechenien-Meldungen gestört zu werden, verkündete Jelzin von 28. April bis 12. Mai eine einseitige Waffenruhe. Bei seiner Ansprache am 9. Mai sprach er vom Ende des Krieges in Tschetschenien. Dennoch gingen die Kämpfe weiter. Fortwährend gelangten tschetschenische Kämpfer nach Grosny und lieferten russischen Soldaten Gefechte.<sup>123</sup> In der vierten Etappe von 14. Juni 1995 bis 8. Jänner 1996 übernahmen wieder die Dudajew-Kämpfer die Initiative, Hauptgrund dafür war ein Terroranschlag in Budjonnowsk, der die russischen Angriffe stoppte. Folglich setzten sich vor allem General Anatolij Romanow und Aslan Maschadow in Verhandlungen unter der Ägide der OSZE für einen Friedensprozess ein. Dieser Prozess wurde jedoch auf beiden Seiten erfolgreich torpediert.<sup>124</sup>

„Auf russischer Seite betrieben die Gegner des Friedensprozesses um Verteidigungsminister Gratschow mindestens ebenso zielstrebig wie Bassajew das Scheitern der Verhandlungen. Immer wieder griffen russische Kampfflugzeuge und Kampfubschrauber tschetschenische Dörfer an, russische Artillerie feuerte auf Zivilisten und es gab fast täglich Tote bei kleineren Feuerwechselln zwischen beiden Seiten. Zudem erfüllte Rußland nicht seine Verpflichtungen zum Truppenabzug.“<sup>125</sup>

Bei Parlamentswahlen, die von der OSZE und von Memorial als verfrüht kritisiert wurden, setzte sich Mitte Dezember 1995 der Moskau-treue Doku Zawgaew mit 80% klar durch. Am 9. Jänner 1996 wiederholte sich eine zu Budjonnowsk analoge Geiselnahme im dagestanischen Kizl-

---

<sup>123</sup> Vgl. ebenda, S. 62ff.

<sup>124</sup> Vgl. ebenda, S. 75ff.

<sup>125</sup> Ebenda, S. 77.

jar, wo 3 000 Geiseln in die Gewalt des Feldkommandanten Salman Radujew und seiner Kämpfer gerieten.<sup>126</sup> Dieses Ereignis markierte den Beginn der fünften Etappe, die bis 11. August 1996 dauerte. Anfang März griffen tschetschenische Kämpfer Grosny an, während der Kämpfe starben 79 Russen und 300 Tschetschenen, die Rebellen zogen danach wieder ab. Am 31. März verkündete Jelzin einen Friedensplan für Tschetschenien. Kurz danach folgte die Liquidierung von Dschochar Dudajew am 22. April 1996 durch einen russischen Raketenangriff. Sein Nachfolger wurde Selimchan Jandarbijew, der einen Monat später nach OSZE-Vermittlung im Kreml einen Waffenstillstand mit Russlands Ministerpräsident Tschernomyrdin unterschrieb. Jelzin, der im Juli Präsidentenwahlen zu bestreiten hatte, zielte allerdings nur auf einen für seinen Wahlkampf positiven Effekt ab und hielt sich nicht an das Abkommen. Es hatte den Anschein, dass sämtliche Verhandlungen von russischer Seite nicht vollkommen ernsthaft geführt wurden. Das änderte sich erst nach einer erneuten Schlacht um Grosny, bei der die tschetschenischen Truppen ihre immer noch massive militärische Stärke bewiesen: Am 6. August schlossen etwa 2 000 Rebellen unter Bassajews Führung fast 7 000 russische Soldaten in Grosny ein, gleichzeitig griffen andere Einheiten Gudermes, Argun und andere Städte und Orte an. Die hohen russischen Verluste und die mögliche Niederlage veranlassten Präsident Jelzin, den Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Alexander Lebed zum neuen Koordinator der Tschetschenien-Politik zu ernennen.<sup>127</sup> Die sechste und letzte Etappe nach Krech dauert von 12. August 1996 bis Anfang Mai 1997 und umfasst die friedliche Lösung des ersten Tschetschenien-Konflikts: Das Abkommen wurde am 31. August 1996 in Chassaw-Jurt von Lebed und Maschadow unterschrieben. Darin wurde die Einstellung der Kämpfe, ein Gefangenenaustausch sowie die Anerkennung der Übergangsregierung Jandarbijew vereinbart. Verhandlungen über den künftigen Status Tschetscheniens wurden allerdings verschoben, sollten aber bis 31. Dezember 2001 abgeschlossen sein. Unter Kontrolle der OSZE fanden am 27. Jänner 1997 freie Wahlen statt, bei denen Aslan Maschadow klar vor Schamil Bassajew und Selimchan Jandarbijew zum tschetschenischen Präsidenten gewählt wurde. Am 12.

---

<sup>126</sup> Vgl. Wagner, 2000, S. 48f.

<sup>127</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 99ff.

Mai 1997 unterzeichneten Maschadow und Jelzin ein Friedensabkommen, das beinhaltete, dass zukünftige Konflikte ausschließlich auf dem Verhandlungsweg gelöst werden sollten.<sup>128</sup>

### 3.4. DIE ZEIT ZWISCHEN DEN KRIEGEN

Mit dem offiziellen Ende der Kämpfe im August 1996 begann eine Phase des Chaos und der Anarchie in Tschetschenien, die zeigte, wie heterogen die Rebellenlandschaft in Tschetschenien gestaltet war und dass bei weitem nicht alle hinter Präsident Maschadow und seinen erreichten Verhandlungsergebnissen standen. So entführte etwa Feldkommandeur Radujew Mitte September 1996 21 russische Milizionäre und verlangte eine Anerkennung der tschetschenischen Souveränität. Weiters kündigte er an, den Kampf fortzusetzen. Nur wenige Tage später wurden sechs internationale Mitarbeiter des IKRK in der Nähe von Grosny im Schlaf erschossen, schon Ende November waren zwei OSZE-Mitarbeiter entführt worden.<sup>129</sup> Man konnte also durchaus weiterhin von einem Konflikt sprechen, was auch daran lag, dass der Kreml die Republik und die Vorgänge dort vollends vernachlässigte. Einer Annäherung in der Statusfrage Tschetscheniens kam man in der Zwischenkriegs-Phase keinen Schritt näher. Maschadow hatte die inner-tschetschenische politische Lage nie wirklich im Griff. Durch das fehlende Gewaltmonopol stieg die Kriminalität rasant an. Diese reichte von Diebstählen, über illegales Abpumpen von Öl und Handel damit, Drogenanbau und -handel bis zu Überfällen und Ermordungen russischer Grenzposten. Ein Großteil der tschetschenischen Wirtschaft verlagerte sich als Folge des Krieges und der vorangegangenen Isolation in diese Zweige der Schattenwirtschaft. Nach dem Zusammenbruch fast aller Industriezweige und damit der ökonomischen Basis Tschetscheniens waren etwa 95% der Bergbezirk-Bewohner ohne Arbeit. Andere erhielten seit Jahren keinen Lohn mehr.<sup>130</sup> Zu den lukrativsten Einnahmequellen entwickelten sich in Tschetschenien seit 1995 Geiselnahmen mit Lösegeldforderungen.

---

<sup>128</sup> Vgl. ebenda, S. 124f.

<sup>129</sup> Vgl. ebenda, S. 136.

<sup>130</sup> Vgl. Wagner, 2000, S. 134ff.

Durchschnittlich wurden angeblich bis zu 100 000 Dollar für freigelassene Geiseln gezahlt. Laut Angaben des Moskauer Innenministeriums wurden von 1995 bis zum Beginn des zweiten Krieges 1 289 Menschen entführt, wobei diese Zahl vermutlich Hunderte bis Tausende entführte Tschetschenen innerhalb der Republik nicht berücksichtigt. Spätestens die Entführung einer bekannten NTV-Journalistin, für deren Freilassung kolportierte zwei Million Dollar bezahlt wurden, machte es für ausländische Journalisten und Hilfsaktionen zu riskant, weiterhin in Tschetschenien zu arbeiten. Politische Entführungen wie jene des Vertreters des russischen Präsidenten in Tschetschenien, Walentin Wlasow, oder des russischen Generals Schpigun verschlechterten die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Moskau und Grosny weiter. Bereits im Februar 1997 drohte Präsident Maschadow per Dekret Entführern mit der Todesstrafe.<sup>131</sup> Mit der Einführung der Scharia, dem islamischen Recht, in Tschetschenien Anfang 1999 wollte vor allem die Opposition, die Präsident Maschadow zu diesem Schritt drängte, die radikale Verschiedenheit der tschetschenischen Republik von Russland demonstrieren. Das wiederum belastete den eher gemäßigten Maschadow und die Beziehungen zu Russland.<sup>132</sup> Dazu kamen Unklarheiten bei der von Russland versprochenen finanziellen Wiederaufbauhilfe: Bis August 1997 waren von den im Vertrag von Chassaw-Jurt ausverhandelten 143 Mio. Dollar nur 22 Mio. Dollar überwiesen worden, der Rest war verschwunden. Dieses Geld fehlte bei der Stabilisierung der sozio-ökonomischen Situation und damit der Bekämpfung der Kriminalität und des Chaos in Tschetschenien. Ein weiterer Faktor, der sich negativ auf die russisch-tschetschenischen Beziehungen auswirkte, war die hohe Fluktuation der Verantwortlichen für die Tschetschenien-Politik auf russischer Seite, wodurch kein konstantes Konzept zustande kam. Jelzin wechselte von 1997 bis 1999 beinahe halbjährlich die Ministerpräsidenten, bis im August 1999 FSB-Chef Wladimir Putin Ministerpräsident wurde, der maßgeblich für den Beginn des zweiten Krieges im September verantwortlich war.<sup>133</sup> Im Sommer 1999 begann die Lage zu eskalieren. Es kam fast täglich zu Übergriffen tschetschenischer Rebellen auf russische Posten

---

<sup>131</sup> Ebenda, S. 138ff sowie Hassel, 2003a, S. 43.

<sup>132</sup> Vgl. Wagner, 2000, S. 148.

<sup>133</sup> Ebenda, S. 158f.

in Tschetschenien, weshalb das russische Innenministerium ab Juli intensiv gegen diese Rebellen vorging. Anfang August fielen etwa 1 200 Kämpfer unter dem Kommando der Feldkommandanten Bassajew und Chattab in Dagestan ein und verkündeten einen gemeinsamen tschetschenisch-dagestanischen islamistischen Staat. Die Eindringlinge konnten von der russischen Armee innerhalb von vier Wochen aus Dagestan verdrängt werden. Verstärkte Angriffe auf tschetschenische Ziele waren die Folge. Ermittlungen von Journalisten brachten ans Tageslicht, dass möglicherweise die russische Seite diesen Überfall auf Dagestan geplant und für den Krieg instrumentalisiert hatte. Bassajew soll dafür vom damals eng mit dem Kreml verbundenen Oligarchen Boris Beresowskij 30 Mio. Dollar erhalten haben. Auch Augenzeugenberichte beim Rückzug der Rebellen nach Tschetschenien unterstützen diese Hypothese:<sup>134</sup>

„Der Überfall Bassajews auf Dagestan ist offensichtlich von Moskau organisiert worden (...) Bassajew und seine Leute sind am helllichten Tag mit rund einhundert Autos und Lastwagen oder auch zu Fuß gemütlich über die Hauptstraße nach Tschetschenien zurückgefahren, ohne dass sie von unseren Kampfhubschraubern beschossen wurden. Wir (Polizisten, Anm. d. Verf.) erhielten ausdrücklichen Befehl, sie nicht anzugreifen.“<sup>135</sup>

Ein anderer Augenzeuge, ein Bergbauer aus dem tschetschenischen Bergdorf Mesketi, bestätigte diese Aussagen:

„Am 11. September sind rund eintausend Mann in aller Seelenruhe die Straße hinter der Moschee hinaufgezogen, mit Bassajew an der Spitze: Tschetschenen, Russen, Araber, Tadschiken, Usbeken, Afrikaner. Die ganze Kolonne wurde von russischen Hubschraubern begleitet. Sie haben Bassajew und seine Leute nicht angegriffen, sondern schienen sie zu eskortieren. Stattdessen fingen die Russen einen Tag später an, uns zu bombardieren.“<sup>136</sup>

Als zusätzliche Rechtfertigung für ein hartes Vorgehen und schließlich den neuerlichen Einmarsch in Tschetschenien diente eine Bombenserie auf Wohnhäuser im Großraum Moskau im September 1999. Von 9. bis 13. September starben dabei über 300 unschuldige Personen. Postwendend machten Ministerpräsident Putin und Moskaus Bürgermeister Luschkow Tschetschenen für die Tat verantwortlich, eine Darstellung

---

<sup>134</sup> Vgl. Hassel, 2003a, S. 50 sowie Schreiber, 2005, S. 157 und Wagner, 2000, S. 160.

<sup>135</sup> Hassel, 2003a, S. 51.

<sup>136</sup> Ebenda.

mit der viele Experten nicht übereinstimmen. Viele Indizien sprechen auch bei diesen Terroranschlägen dafür, dass der russische Geheimdienst darin verwickelt war.<sup>137</sup>

### 3.5. DER ZWEITE TSCHETSCHENIEN-KRIEG

Zur „Partei des Krieges“ (diejenigen Personen, die von einem Krieg profitieren würden und daher darauf drängten) zählten diesmal zweifellos auch führende Generäle, die sich für den unrühmlichen Verlauf des ersten Krieges rehabilitieren wollten. Einige drohten mit Rücktritt, sollte die Politik wiederum ein militärisches Ende des Krieges verhindern. Man wollte die Tschetschenen militärisch unterwerfen. Dementsprechend ging die Armee ab September 1999 weit gründlicher und destruktiver (hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung) als im ersten Krieg vor. Im Gegensatz zum ersten Angriff, als infrastrukturelle Einrichtungen wie Erdölanlagen verschont wurden, agierten die Truppen ab 1999 rücksichtslos.<sup>138</sup>

„Diese Tendenz zum Ausradieren, zum Auslöschen durch militärische Gewalt ist ein Merkmal dieses zweiten Krieges, das in gewisser Form den politischen Umgang mit Problemlösung in Rußland widerspiegelt: Es scheint der Versuch zu sein, ein Problem, einen Konflikt, für dessen Lösung es keinen Ansatz gab, in dem sich nichts mehr zu bewegen schien, einfach zu negieren, einfach auszulöschen, bis davon, zumindest vorerst, nichts mehr sichtbar sei. Symbolisch für diese Handlungsweise steht an erster Stelle die Art und Weise, wie die Föderationstruppen die tschetschenische Hauptstadt Grosnyj buchstäblich dem Boden gleichmachten (...).“<sup>139</sup>

Der offizielle Grund des Einmarschs aus russischer Perspektive war der Kampf gegen den Terrorismus. Man nützte die Angst der Menschen nach den Terroranschlägen, um eine breite Zustimmung für die Invasion unter dem Deckmantel „anti-terroristische Operation“ zu gewinnen. Viele Tschetschenen, mit denen noch bis vor kurzem verhandelt wurde, mu-

---

<sup>137</sup> Vgl. Wagner, 2000 S. 161 sowie Hassel, 2003a, S. 54ff und Felshtinsky, Yuri/Litvinenko, Alexander: The Ryazan Story, unter URL: <http://eng.terror99.ru/publications/080.htm> [22.02.2008]

<sup>138</sup> Vgl. Wagner, 2000, S. 166f.

<sup>139</sup> Wagner, 2000, S. 167.



tierten prompt zu Terroristen<sup>140</sup>. Der „Terror“ heiligte die Mittel, umso mehr nach dem 11. September 2001. Präsident Putin wusste dieses Ereignis geschickt für seine Zwecke zu nutzen und integrierte Russland in den weltweiten „Krieg gegen den Terror“. Damit wurde das harte Vorgehen der russischen Einheiten in Tschetschenien weiter legitimiert. So sagte US-Außenminister Colin Powell im Mai 2002: „Rußland kämpft in Tschetschenien gegen Terroristen, das ist überhaupt keine Frage und wir verstehen das. Gleichzeitig glauben wir, daß eine politische Lösung das ist, was Rußland erreichen muß.“<sup>141</sup>

100 000 russische Soldaten (ohne die Truppen des Innenministeriums, die Miliz und die Sonderpolizei OMON) standen am 1. Dezember 1999 in Tschetschenien bereit, demgegenüber zwischen 26 000 und 40 000 tschetschenische Kämpfer. Deren Hauptquelle für Waffen und Ausrüstung waren russische Soldaten. Diese Tatsache bestreiten nicht einmal russische Offiziere.<sup>142</sup> Politkowskaja<sup>143</sup> schrieb von der „Palästinisierung des zweiten Tschetschenien-Krieges als Antwort unter anderem auch auf die Taten Juri Budanows.“<sup>144</sup> Solche Fälle blieben mit wenigen Ausnahmen der russischen Bevölkerung verborgen: Die Fernsehsender zeigten eine souverän agierende, mit tschetschenischen Ältesten diskutierende Armee in Tschetschenien. Putins Strategie ging auf – vor Kriegsbeginn waren bei Umfragen nur zwei Prozent von ihm überzeugt, im Oktober 1999 schon 20% und bis zu den Präsidentschaftswahlen im März 2000 stieg seine Popularität auf knapp 60%. Im Kriegsgebiet starben nicht nur unzählige unschuldige Tschetschenen, sondern auch Hunderte von jungen, schlecht ausgerüsteten Wehrpflichtigen, die den tschetschenischen Rebellen und deren Guerilla-Taktik hilflos ausgeliefert waren.

---

<sup>140</sup> Z.B. Aslan Maschadow, 1997 gewählter Präsident Tschetscheniens, dem weitgehend gemäßigte politische Ansichten zugeschrieben werden (Vgl. Kowaljow, 1997, S. 215.).

<sup>141</sup> De Waal, 2003, S. 27f.

<sup>142</sup> Vgl. Malek, 2004, S. 194.

<sup>143</sup> Vgl. Politkowskaja, 2005, S. 95.

<sup>144</sup> Budanow, ein hochdekoriertes Oberst, vergewaltigte und ermordete im März 2000 auf grausame Weise die junge Tschetschenien Elsa Kungajewa. Er wurde aufgrund einer „Großtat des vorsitzenden Richters“ wider Erwarten schuldig gesprochen. (Vgl. Politkowskaja, 2005, S. 94ff.)

Mitte Jänner 2000 waren in der Nachbarrepublik Inguschetien über 260 000 Flüchtlinge aus Tschetschenien gemeldet.<sup>145</sup> Kurz vor den Präsidentschaftswahlen am 26. März 2000 erklärte Wladimir Putin den Tschetschenien-Krieg für erfolgreich beendet. Widerlegt wurde diese Aussage bald von den Zahlen der in Tschetschenien getöteten und verletzten Soldaten: Am Tag der Verkündung des Sieges wurden vom Kreml 1 628 getötete und 4 308 verwundete Soldaten seit Kriegsbeginn angegeben. Drei Monate später stieg die offizielle Zahl auf 2 405 Getötete und 7 005 Verwundete und Mitte Februar 2003 auf bereits 4 572 tote und 15 549 verwundete Soldaten. Eine Vertreterin des Komitees der Soldatenmütter ging zu diesem Zeitpunkt von 11 000 russischen Gefallenen aus. Auch westliche Militärexperten vermuteten zwei- bis dreimal über den offiziellen Angaben liegende tatsächliche Opferzahlen.<sup>146</sup> Die Strategie, die Präsident Putin in der Tschetschenien-Politik verfolgte, wird in der einschlägigen Literatur als „Tschetschenisierung“ bezeichnet. Gemeint ist damit die politische und militärische Verlagerung des Konflikts in die tschetschenische Gesellschaft. Zentral mit dieser Strategie verbunden war Achmed Kadyrow, der im ersten Krieg als Mufti noch zum „ghazawat“ gegen Russland aufgerufen hatte. Putin setzte ihn im Juni 2000 an die Spitze einer Übergangsverwaltung, die punktgenau die gewünschte Kreml-Politik umsetzte. Kadyrow veranlasste weder die Auflösung der Filtrationslager noch die Aufklärung der Kriegsverbrechen, sondern startete eine Politik der zwangsweisen Flüchtlingsrückführung aus Inguschetien. Zu einem zunehmend einflussreichen Faktor in militärischer Hinsicht avancierte die private Leibwache Kadyrows unter dem Kommando seines Sohnes Ramsan. Weitere Anschläge von Schamil Bassajew im Dezember 2002 und Mai 2003 forderten mehr als hundert Todesopfer und wiesen darauf hin, dass Aslan Maschadow weiter an Einfluss verloren hatte.<sup>147</sup> Ähnlich wie im ersten Krieg begann auch ab 1999 eine Kriegsökonomie zu florieren, die ein definitives Ende des Krieges zusätzlich erschwerte. Geschäfte, von denen Vertreter beider Seiten profitieren (tschetschenische Kriminelle sowie russische Soldaten), werden mit verschiedensten Produkten abgewickelt – angefangen

---

<sup>145</sup> Vgl. Hassel, 2003a, S. 64f.

<sup>146</sup> Vgl. ebenda, S. 70f.

<sup>147</sup> Vgl. ebenda, S. 85ff.

von Ziegelsteinen und Buntmetall, über Erdöl<sup>148</sup>, bis hin zum Handel mit menschlichen Geiseln und Leichen. In vielen solchen Plünderungen sind russische Einheiten direkt verwickelt und verdienen damit ihren Lebensunterhalt.<sup>149</sup>

„Solange russische Einheiten in Tschetschenien jeden Monat ein Vielfaches von dem verdienen können, was sie in ihrem normalen Dienst in der russischen Provinz bekommen, und hohe Offiziere einen großen Teil der Gewinne abschöpfen, solange haben weder die Führung der Armee noch des Geheimdienstes FSB und anderer Einheiten ein Interesse daran, den Krieg zu beenden. Offiziell freilich führten die Russen einen unbarmherzigen Kampf gegen all diese Übel.“<sup>150</sup>

In den vergangenen Jahren schaffte es der Tschetschenien-Krieg insbesondere wegen Liquidierungen namhafter Persönlichkeiten in die medialen Schlagzeilen: Am 19. März 2002 wurde Feldkommandant Chatab durch einen vergifteten Brief getötet. Untergrund-Präsident Aslan Maschadow starb am 8. März 2005. Dessen Nachfolger Chalim Sajdullajew wurde am 17. Juni 2006 getötet. Ihm folgte als Präsident der Separatisten Doku Umarow nach. Der Tod Schamil Bassajews am 10. Juli 2006 ließ eine kurze Hoffnung auf Beruhigung aufflammen, dennoch kam es weiterhin laufend zu Übergriffen.<sup>151</sup> Bereits am 9. Mai 2004 wurde bei einem Anschlag der Moskau-treue Präsident Achmed Kadyrow ermordet, der mit seinen Bemühungen, Rebellen zum Seitenwechsel zu bewegen, Erfolge verzeichnet hatte. Ihm folgte der weniger einflussreiche ehemalige Innenminister Alu Alchanow nach.<sup>152</sup>

### 3.5.1. REZENTE SITUATION

Die überwiegende Macht in Tschetschenien liegt seit dem Tod des Vaters in den Händen von Premierminister Ramsan Kadyrow und seiner

---

<sup>148</sup> Mehr als eine Million Tonnen Öl wurde beispielsweise von der tschetschenischen Erdölindustrie 2002 gefördert, fast eine halbe Million Tonnen wurde illegal gefördert.

<sup>149</sup> Vgl. Hassel, 2003b, S. 173ff.

<sup>150</sup> Ebenda, S. 177.

<sup>151</sup> Vgl. Blandy, C.W.: Chechnya: continued violence, unter URL: <http://www.defac.ac.uk/colleges/csdc/document-listings/caucasus/06%2854%29CWB.pdf> [22.02.2008].

<sup>152</sup> Vgl. Schreiber, 2005, S. 159.

paramilitärischen Leibgarde. Seinen eigenen Aussagen zufolge stehen 17 000 Mann unter seinem Kommando. Er steht einerseits für Einschüchterung und Verletzung von Menschenrechten (wie etwa Anna Politkowskaja berichtete), andererseits forciert er einen zügigen Wiederaufbau, der insbesondere in der Hauptstadt Grosny schon sichtbare Formen angenommen hat. Beim Besuch einer Delegation der parlamentarischen Versammlung des Europarates Ende November 2006 traf sich Rapporteur Andreas Gross mit Präsident Alchanow und Premierminister Kadyrow: „Alkhanov admitted that human rights violations still take place in Chechnya, and added that the prosecutor's and military prosecutor's offices are currently investigating several such cases. Kadyrov stressed the progress that has been achieved in the past 11 months in terms of reconstruction.“<sup>153</sup> Wie viele Rebellen noch auf tschetschenischem Territorium aktiv sind, lässt sich schwer einschätzen: Im August 2006 sprach Kadyrow von noch 50 bis 60 in Tschetschenien verweilenden aktiven separatistischen Kämpfern, während ein General der föderalen Armee die Zahl 700 nannte, wobei die Rebellen steigenden Zulauf junger Männer bekommen. Anfang Februar 2007 sprach Russlands Verteidigungsminister Iwanow vom Ende des Konflikts und einem Erfolg in Tschetschenien und nannte Tschetschenien als Beispiel, wie andere Länder Terrorismus bekämpfen könnten. Zwei Tage später starben bei einem Gefecht nahe Gudermes zwei Soldaten und vier Rebellen.<sup>154</sup> Am 3. März 2007 wurde auf Vorschlag Präsident Putins Ramsan Kadyrow vom tschetschenischen Parlament zum Präsidenten gewählt. Kadyrow, bekannt für seinen luxuriösen Lebensstil und seine Vorliebe für schnelle Autos, wird vorgeworfen, einen regelrechten Kult um seine Person zu kreieren, und seine Privatarmee ist laut Menschenrechts-NGOs für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.<sup>155</sup> Kadyrow reklamier-

---

<sup>153</sup> Radio Free Europe/Radio Liberty: Newline: Russia, unter URL: <http://www.rferl.org/newline/2006/11/1-rus/rus-291106.asp> [2.02.2008].

<sup>154</sup> Vgl. Moscow Times: 2 Soldiers, 4 Insurgents Killed Near Gudermes, unter URL: <http://www.themoscowtimes.com/stories/2007/02/14/017.html> sowie Blandy, C.W.: Chechnya: continued violence, unter URL: <http://www.defac.ac.uk/colleges/csrc/document-listings/caucasus/06%2854%29CWB.pdf> [22.02.2008].

<sup>155</sup> Vgl. Radio Free Europe/Radio Liberty: Chechen Parliament Approves Kadyrov As President, unter URL: <http://www.rferl.org/featuresarticle/2007/3/33E1B09D-E010-4791-B41C-F24E01B7F5B0.html> [22.02.2008].

te Ende Februar 2007 in Gudermes für sich und seine Führung, Tschetschenien zur „friedlichsten Region in Russland“ gemacht zu haben, nur drei Tage später riss in der Nähe der Stadt Gudermes ein Bombenanschlag fünf Polizisten in den Tod.<sup>156</sup> Bei einem Tschetschenien-Besuch des Europarat-Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg am 1. März 2007 kritisierte dieser die tschetschenische Führung, es verabsäumt zu haben, über die Schicksale tausender Verschwundener seit Beginn des zweiten Krieges Klarheit zu schaffen. Darüber hinaus verdeutlichte er, dass Folter immer noch stattfindet, nämlich von Seiten der tschetschenischen Exekutive. NGO-Vertreter und Menschenrechtsverteidiger wie die mehrfach ausgezeichnete Lidja Jussupowa werfen Ramzan Kadyrow vor, ein Klima der Angst sowie korrupte, Mafia-ähnliche Strukturen in der Republik geschaffen zu haben.<sup>157</sup> Während dieses Klima der Angst zu einer relativen Beruhigung der Lage in Tschetschnien führte (obwohl Kampfhandlungen regelmäßig vorkommen), verschob sich das Zentrum der Rebellenangriffe auf die angrenzenden, ebenso mehrheitlich muslimischen Republiken Dagestan und Inguschetien. Dort verbreitet sich das radikal-islamistische Gedankengut des Wahhabismus unter jungen Menschen und entwickelt sich zu einem enormen Problem für Russland. Das Ziel dieser islamistischen Rebellen ist nicht mehr die Unabhängigkeit, sondern die Zerstörung des ungläubigen Russlands. Inguschetiens Hauptstadt Nasran wurde Ende 2007 nach zahlreichen Angriffen von Rebellen vom russischen Militär zur anti-terroristischen Zone erklärt. Als Folge davon wurden tausende russische Soldaten und Panzer zusätzlich nach Inguschetien versetzt, die Bevölkerung wird zusehends unzufriedener, es kommt immer häufiger zu Demonstrationen und Fluchtbewegungen.<sup>158</sup> Die größte Zahl an Flüchtlingen aus dem Nordkaukasus kommt weiterhin aus Tschetschenien, wo 2007 eine neue Fluchtwelle Richtung Westeuropa einsetzte. In der zweiten Jahreshälfte 2007 verließen 15 000 Tschetschenen ihre Heimat, 5 000 davon im Mo-

---

<sup>156</sup> Vgl. ebenda.

<sup>157</sup> Vgl. Interview des Autors mit Lidja Jussupowa in Moskau am 08.11.2006.

<sup>158</sup> Reuters: Rising Radicalism, unter URL: <http://www.reuters.com/article/latestCrisis/idUSL28104857>, [19.02.2008].

nat Dezember.<sup>159</sup> Dass dieser Trend weiterhin anhalten wird, unterstreicht Vatchagaev deutlich:

„The mass exodus from Chechnya will continue until Chechens see peace on the ground made a reality as opposed to propaganda headlines disseminated by Moscow and its emissaries in Chechnya. No bans or legal innovations in the Schengen zone countries will stop them; they will continue to seek and find new ways to enter countries where they believe they will be guaranteed freedom – until the same freedom and stability comes to their homeland in the Chechen Republic.“<sup>160</sup>

Diese Einschätzung korrespondiert mit einer im November 2007 von der Informationsagentur Caucasus Times in Grosny durchgeführten Umfrage, wonach jeder dritte Tschetschene die Region verlassen wolle. Nur 12% der Befragten konstatierten, dass sie vorhaben, definitiv in Tschetschenien zu bleiben. Während knapp die Hälfte der Befragten seit dem Amtsantritt von Präsident Kadyrow einen Aufwärtstrend in sozialer und ökonomischer Hinsicht erkennt, zeigt sich in Bezug auf die Sicherheitslage ein entgegengesetztes Resultat: 60% gaben an, dass sich die Situation dahingehend verschlechtert oder nicht verändert hat. Nur 28% sehen eine Verbesserung seit Kadyrows Präsidentschaft. Diese pessimistische Sichtweise lässt sich auch in der Frage nach einem möglichen weiteren Krieg in Tschetschenien erkennen. Einen solchen betrachten 57% der Befragten als durchaus möglich, nur 12% als unmöglich. Diese Perspektivenlosigkeit verursacht wiederum den Exodus der tschetschenischen Bevölkerung.<sup>161</sup> Ein vieldiskutiertes Wahlergebnis im Nordkaukasus brachte die Parlamentswahl vom 2. Dezember 2007 in Tschetschenien, wo bei einer offiziellen Wahlbeteiligung von über 99% die Partei von Präsident Wladimir Putin und Ramsan Kadyrow „Einiges Russland“ über 99% Zustimmung erhielt. Beobachter außerhalb Tschetscheniens wunderte die Tatsache, dass eine Bevölkerung, die sich in den 90ern bei

---

<sup>159</sup> Vgl. Jamestown-Foundation: Growing Numbers of Chechens Reportedly Seek Refuge in Europe, unter URL: [http://www.jamestown.org/chechnya\\_weekly/article.php?articleid=2373887](http://www.jamestown.org/chechnya_weekly/article.php?articleid=2373887) [31.02.2008].

<sup>160</sup> Vatchagaev, Mairbek: Chechnya's Exodus to Europe, unter URL: [http://www.jamestown.org/chechnya\\_weekly/article.php?articleid=2373923](http://www.jamestown.org/chechnya_weekly/article.php?articleid=2373923) [31.01.2008].

<sup>161</sup> Caucasustimes: Opinion Poll in Grosny: 39% believe new war in Chechnya is possible; 32% prefer Zubkov and only 11% Putin as Russia's next president, unter URL: <http://www.caucasustimes.com/article.asp?id=13556> [17.01.2008].

Wahlen noch mehrheitlich für Unabhängigkeitsbefürworter ausgesprochen hatte, nun derart klar für „Einiges Russland“ wählte. Eine objektive Überprüfung des Ergebnisses ist mangels internationaler Wahlbeobachter nicht möglich. Die Beobachter vor Ort kamen durchwegs von der Partei „Einiges Russland“. Neben den Parlamentswahlen wurde am 2. Dezember 2007 auch ein Referendum in Tschetschenien abgehalten und mit 85% Zustimmung beschlossen, dass die Amtszeit des Präsidenten von vier auf fünf Jahre verlängert wird, und künftig keine Einschränkung hinsichtlich mehrerer Amtsperioden (bis dahin maximal zwei) existiert. Dieser Schritt lässt eine lange Herrschaft Kadyrows in Tschetschenien vermuten, wie auch der Sprecher des tschetschenischen Parlaments, ein enger Verbündeter des Präsidenten, bestätigt: “Two terms of four years – that’s just a western stereotype. Who came up with the idea, why do we have to follow it? I think that to end all the transformations and reforms we have begun a leader needs between 22 and 27 years.”<sup>162</sup> Auch in anderen Nordkaukasus-Republiken meldeten die Wahlbehörden ähnlich hohe Wahlbeteiligungen, 98% in Inguschetien, 97% in Kabardino-Balkarien, 94% in Karatschai-Tscherkessien und 92% in Dagestan, wobei ein annähernd identischer Prozentsatz für „Einiges Russland“ votierte. Lilia Schibanowa, Vorsitzende der einzigen unabhängigen russischen Wahlbeobachtungsorganisation vor Ort, bezeichnete die Resultate als unglaublich, eine Farce und Betrug. Sie zeigten bloß, dass Wahlrechte verletzt würden. Dem widersprach naturgemäß Kreml-Sprecher Dimitri Peskow, überraschenderweise aber auch Oleg Orlow, Vorsitzender des Menschenrechtszentrums Memorial, der die Ergebnisse als glaubwürdig bezeichnete. Grund dafür seien höchst unfaire Ausgangspositionen. Tschetschenische Fernsehsender zeigten in den Wochen vor der Wahl fast ausschließlich Ramsan Kadyrow. Darüber hinaus drohte man Lehrern, Ärzten und anderen vom Staat bezahlten Personen mit Entlassung.<sup>163</sup>

---

<sup>162</sup> Tsurayev, Kazbek: Chechnya: Kadyrov to Rule for Years, unter URL: [http://www.iwpr.net/?p=crs&s=f&o=341239&apc\\_state=henpcrs](http://www.iwpr.net/?p=crs&s=f&o=341239&apc_state=henpcrs) [21.01.2008].

<sup>163</sup> Vgl. Twickel, Nikolaus von: Chechnya Boasts Turnout of 99.5%, unter URL: <http://www.moscowtimes.ru/stories/2007/12/04/011.html> [26.12.2007].

### 3.6. TSCHETSCHENISCHE DIASPORA

Mindestens 500 000 Tschetschenen leben in anderen Teilen Russlands, etwa 100 000 bis 200 000 in Moskau, das damit die Stadt mit den meisten tschetschenischen Einwohnern ist (in Grosny lebten 2003 nur geschätzte 80 000 Menschen im Gegensatz zu 1992: 387 500). Eine große tschetschenische Diaspora gab es schon zu Sowjetzeiten in Form von Saisonarbeitern. Durch die Flüchtlingswellen nach den Kriegsausbrüchen leben heute viele Tschetschenen in Westeuropa.<sup>164</sup> Auch in der Türkei oder in Jordanien gibt es historisch bedingt schon lange eine beachtliche tschetschenische Diaspora, bevorzugt wird aber heutzutage eine Migration nach Westeuropa:

„Drei Wege führen dorthin. Der erste, fast immer erfolglose, besteht darin, sich an die Botschaften zu wenden. Der zweite führt mit einem Touristenvisum über Bulgarien, Tschechien und Polen nach Westeuropa. Dort wirft man seinen Paß weg und bittet um den Flüchtlingsstatus oder politisches Asyl. (...) Der interessanteste, aber auch teuerste ist der dritte Weg: über spezialisierte Reisebüros in Moskau, die bei der Auswanderung nach Westeuropa helfen. (...) Eine Aufenthaltsgenehmigung kann, je nachdem, wo man sich befindet, innerhalb von sechs Monaten besorgt werden. Doch dieses Vergnügen kostet mindestens 1 200 Dollar pro Person, plus die Kosten für Paß und Visum.“<sup>165</sup>

Die tschetschenische Diaspora innerhalb Russlands war und ist häufig Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Im Besonderen als Folge der Terroranschläge, die russische Todesopfer forderten. Dadurch kam es zu kontinuierlich steigender Phobie gegenüber Menschen aus dem Kaukasus. Dies manifestierte sich etwa in verstärkten Polizeikontrollen bis hin zu nächtlichen Razzien, Diskriminierungen und Bedrohungen auf offener Straße und öffentlichen Verkehrsmitteln. In einigen Republiken wurden Menschen tschetschenischer Herkunft einfach nicht mehr registriert. Ohne Registrierung haben die Tschetschenen allerdings keine Chance auf adäquate Leistungen des Gesundheits-, Bildungs- oder Pensionssystems. Ebenso gering ist in diesem Fall die Wahrscheinlichkeit,

---

<sup>164</sup> Vgl. Klutschewsky, 2005, S. 295.

<sup>165</sup> Muradow, 2003, S. 199f.



Arbeit zu finden.<sup>166</sup> Häufig werden in anderen Teilen Russlands lebenden Tschetschenen Drogen oder Waffen untergeschoben, nur um sie verhaften zu können, wie die NGO „Gesellschaft für bedrohte Völker“ berichtet:

„Es wurde immer wieder bekannt, dass Tschetschenen kriminelle Handlungen systematisch untergeschoben wurden, um sie verhaften und verunglimpfen zu können. Diese Praxis ist so üblich, dass sich unter den Tschetschenen schon das geflügelte Wort ‚Näh deine Taschen zu!‘ (damit niemand Drogen o. ä. hineinstecken kann) verbreitet hat. Das Muster ist immer ähnlich: Bei Hausdurchsuchungen, Festnahmen auf der Straße und Durchsuchungen in den Wohnungen der Tschetschenen platziert die Polizei Drogen, Handgranaten, Sprengsätze etc. in den Räumlichkeiten der Tschetschenen und nimmt sie deshalb fest. Nur in einigen glücklichen Fällen konnten die Anwälte die Inhaftierten frei bekommen. In anderen Fällen wurden die Beschuldigten zu sieben bis zehn Jahren Haft verurteilt.“<sup>167</sup>

Die größte tschetschenische Diaspora in Europa befindet sich in Österreich mit etwa 17 000 Tschetschenen, gefolgt von Deutschland und Frankreich, wo jeweils etwa 10 000 Tschetschenen leben und Belgien mit 7 000 bis 10 000 tschetschenischen Flüchtlingen.<sup>168</sup>

### **3.7. THESEN ZUR KRIEGSURSACHE**

Mangott stellt die These auf, dass der wahre Grund der Gewaltanwendung weniger die Folge der beabsichtigten tschetschenischen Sezession war, als vielmehr eine Folge der machtpolitischen Kämpfe hinter den Kulissen im Kreml. Eine weitaus effektivere Variante, das Sezessionsvorhaben der Tschetschenen zu untergraben, war die Strategie der bis 1994 angewendeten wirtschaftlichen und politischen Isolation. Diese

---

<sup>166</sup> Vgl. Gannushkina, Svetlana A.: On the Situation of Residents of Chechnya in the Russian Federation July 2005 – July 2006, unter URL: [http://www.refugee.memo.ru/\\_c325678f00668dc3.nsf/\\$ID/ab2e10b98d89e9e5c32571e7007b2db5?OpenDocument&ExpandSection=4,5,6,3#\\_Section4](http://www.refugee.memo.ru/_c325678f00668dc3.nsf/$ID/ab2e10b98d89e9e5c32571e7007b2db5?OpenDocument&ExpandSection=4,5,6,3#_Section4) [22.2.2008]

<sup>167</sup> Reinke, Sarah: Stellungnahme zur Situation tschetschenischer Flüchtlinge auf dem Territorium der Russischen Föderation, unter URL: <http://www.gfbv.at/pdf/stellungnahme.pdf> [22.02.2008]

<sup>168</sup> Vgl. Vatchagaev, Mairbek: Chechnya's Exodus to Europe, unter URL: [http://www.jamestown.org/chechnya\\_weekly/article.php?articleid=2373923](http://www.jamestown.org/chechnya_weekly/article.php?articleid=2373923) [31.01.2008].

zeigte in den drei Jahren von 1991 bis 1994 bereits nachhaltige Wirkung.<sup>169</sup> Dennoch darf man die offiziellen Gründe zur Rechtfertigung der Militärintervention nicht als falsch ansehen: Wirtschaftliche und geopolitische Motive spielten sicherlich ebenso eine Rolle, wie der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, der Schutz der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in Tschetschenien und die territoriale Integrität Russlands. Allerdings spielen diese Argumente eine untergeordnete Rolle. So war etwa die Erdölförderung seit zwei Jahrzehnten stark abnehmend und machte 1994 nur einen Anteil von 0,46% der Gesamtförderung Russlands aus. Einen höheren Stellenwert hatte Tschetschenien als Transitland, etwa durch die Erdölleitung, die Baku mit dem Schwarzen Meer verbindet. Laut Mangott war das Hauptmotiv der Intervention der Versuch, mit einem kurzen Krieg den angeschlagenen Präsidenten Jelzin zu stärken sowie die Einheit des Vaterlandes und die Effektivität des Sicherheitsapparates zu demonstrieren.<sup>170</sup> Ähnlich interpretiert wird die Kriegsentscheidung von Wagner, die die Verantwortlichkeit einer kleinen Gruppe von Personen aus der Umgebung des Präsidenten zuschreibt. Diese so genannte „Partei des Krieges“ (etwa Verteidigungsminister Gratschow oder Geheimdienst-Chef Stepaschin) zielte darauf ab, den Präsidenten zu stärken, die Sicherheitskräfte aufzuwerten sowie den Staat als leistungsfähig darzustellen.<sup>171</sup> De Waal geht retrospektiv davon aus, dass de facto eine Abspaltung Tschetscheniens 1994 ein unrealistisches Szenario darstellte, wenngleich Dudajew und Jelzin offensichtlich daran glaubten.

„Dudajews unabhängiges Tschetschenien war eine Seifenblase, und daß sie nicht platzte, lag an dem tiefen Stolz auf die tschetschenische Selbstbestimmung, vor allem unter den Alten und Bergbewohnern. (...) Auch Moskau pflegte eine Rhetorik, die wenig mit der Realität zu tun hatte. Jelzin und seine Minister beharrten darauf, daß Tschetschenien ein Teil Rußlands sei und seine ‚Abspaltung‘ Rußlands ‚territoriale Integrität‘ bedrohe.“ (de Waal 2003: 25)

Nicht energiepolitische Fragen waren der Grund für den russischen Angriff, argumentiert de Waal, sondern eine kurzsichtige Politik, die Präsident Jelzins sinkende Umfragewerte stabilisieren und seine Persönlich-

---

<sup>169</sup> Vgl. Mangott, 1995, S. 1.

<sup>170</sup> Vgl. ebenda, S. 18ff.

<sup>171</sup> Vgl. Wagner, 2000, S. 22.

keit nach nach einer raschen und erfolgreichen Intervention als stark und souverän vor dem russischen Volk darstellen sollte. Wie von Menschenrechtsaktivisten beständig kritisiert, reagierte die internationale Gemeinschaft apathisch. Zahlreiche Staatsoberhäupter und westliche Zeitungen unterstützten „Jelzins Kampf gegen die tschetschenischen ‚Gesetzlosen‘“. <sup>172</sup> Anders als der erste Konflikt, der aus kurzsichtigen politischen Hoffnungen Russlands und einem Scheitern der Verhandlungen resultierte, hat der zweite Krieg mehrere Gesichter: die russischen Soldaten kämpfen gegen jene Tschetschenen, die immer noch von einem unabhängigen Tschetschenien träumen, sie kämpfen gegen Kräfte des internationalen Terrorismus, und die russischen Soldaten, Spezialeinheiten und Geheimdienstmitarbeiter kämpfen gegen die zivile tschetschenische Bevölkerung. <sup>173</sup>

Der russische Sozialanthropologe Andrej Klutschewsky formuliert auf Basis einer sechsmonatigen Feldforschung tschetschenischer Sozialwissenschaftler <sup>174</sup> der Universität Grosny neun Hypothesen in Bezug auf die Ursachen und Perspektiven zur Lösung des Tschetschenien-Konflikts:

1. Es handelt sich um einen Befreiungskrieg, der von Russland angekurbelt wurde.
2. Tschetschenien mutierte unter den Separatisten zu einer Schutzzone der organisierten Kriminalität.
3. Tschetschenien wurde zur Zuflucht islamischer Fundamentalisten, die das Ziel der Errichtung eines islamischen Staates verfolgen.
4. Um die Kontrolle über tschetschenische Erdölvorkommen und Transitwege zu erringen, fachten die USA den Konflikt indirekt an, um Russland zu destabilisieren.
5. Es handelt sich um einen von Moskau gelenkten Konflikt mit dem Ziel, Unzufriedenheit in Russland zu verbergen, Macht zu fokussieren, Geld zu waschen, für andere autonome Regionen ein Exempel zu statuieren sowie das tschetschenische Volk zahlenmäßig zu verkleinern und längerfristig einzuschüchtern.

---

<sup>172</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 25ff.

<sup>173</sup> Vgl. ebenda, S. 14.

<sup>174</sup> Die von bis zu 250 000 Opfern des Konflikts sprechen.

6. Ursache für den Ausbruch des Krieges war ein politisches Ungleichgewicht in Tschetschenien, das ein Eindringen (gewissenloser) externer Akteure erleichterte.
7. Als Folge des Konflikts und der Militärpräsenz wurde der indigenen Bevölkerung die Kontrolle über ihr Territorium entzogen.
8. Ein Friedensprozess muss beim sozialen und kulturellen Zusammenhalt der tschetschenischen Bevölkerung ansetzen (bedauerlich ist hierbei die massive Emigration Intellektueller, Verwaltungsexperten und Oppositionspolitiker vor 1994).
9. Eine inner-tschetschenische Stabilisierung ist Voraussetzung für ein autonomes Subjekt Tschetschenien, diese muss erst politisch erreicht werden.

Anspruch auf ausschließliche Richtigkeit besitzt sicherlich keine der Hypothesen, die Realität stellt eine Vermischung sämtlicher dargestellter Kriegsursachen dar.<sup>175</sup>

### **3.8. „ISLAMISIERUNG“ DES KONFLIKTS**

Der Islam hat in Russland heute zwischen 19 und 22 Mio. Anhänger, etwa 4 000 Moscheen gibt es innerhalb Russlands. Neben Moskau (mit etwa zwei Mio.) lebt der Großteil der muslimischen Bevölkerung in den autonomen Republiken Tatarstan und Baschkortostan sowie im Nordkaukasus, wo (mit Ausnahme des christlichen Nordossetien) der Islam die vorherrschende Konfession ist.<sup>176</sup> Allerdings herrscht im Nordkaukasus ein starkes Ost-West-Gefälle vor: Je weiter östlich man sich begibt, desto wichtiger wird der islamische Glauben für die Menschen. Die Industrialisierung und Urbanisierung sowie der Prozentsatz der ethnisch russischen Bevölkerung nimmt von der westlichen zur östlichen Flanke des Nordkaukasus drastisch ab (z. B. 89% ethnische Russen im westli-

---

<sup>175</sup> Vgl. Klutschewsky, 2005, S. 299ff.

<sup>176</sup> Vgl. Volker, 2005, S. 376ff sowie Schwirtz, Michael: Muslims Get Hand Traveling to Mecca, unter URL: <http://www.moscowtimes.ru/stories/2007/12/20/016.html> [26.12.2007].

chen Krasnodar Krai, nur 9% in der östlichsten Republik Dagestan).<sup>177</sup> In den Jahren vor dem ersten Krieg von 1994-96 spielte Religion innerhalb Tschetscheniens im Gegensatz zu politischen Zielen kaum eine Rolle. Erst durch den Krieg wurde der Islamismus<sup>178</sup> relevant, als sich Dudajew entschloss, den Dschihad als ideologische Basis für den Widerstand gegen die föderalen Truppen zu instrumentalisieren. Dennoch fanden in Tschetschenien radikale Ideen wie die Bildung eines islamischen Staates oder die Einführung der Scharia-Gesetzgebung nie breite Unterstützung in der Bevölkerung.<sup>179</sup> Religiös motiviert wurden die Kämpfer von Achmed Kadyrow, der zum heiligen Krieg gegen Russland aufrief. Unterstützung kam dabei von islamistischen Veteranen, die schon im Dschihad gegen Russland in Afghanistan kämpften, wie z. B. Feldkommandant Chattab. Die islamistischen Dschihad-Kämpfer wurden in Tschetschenien als „Wahhabiten“ bekannt. Speziell in der Zeit zwischen den Kriegen verbreitete sich der Wahhabismus in Tschetschenien. Er geht auf die puristische Lehre von Ibn Abd al Wahhab im 18. Jahrhundert zurück. Diese kann als frühe Form des islamischen Fundamentalismus betrachtet werden, die einen reinen Islam ohne Heiligenverehrung predigt und im Nordkaukasus regen Zulauf unzufriedener Jugendlicher fand:<sup>180</sup>

„They carried on their propaganda, and they gave money to those who joined them. From their example, we all grew beards, and we really all became equal. I liked it that the Arabs want to go on making war until they liberate the whole world from the giaours [infidels]. Some of our people disagreed with that. But the Arabs said that the ghazavat [holy war] should go on until all Christians are converted to Islam. That is the great ghazavat. The small ghazavat is to defeat all infidels. The great ghazavat will be completed when all Muslim minds turn toward the teaching of [the fundamentalist preacher Muhammed ibn] ‘Abd al-Wahhab [1691 – 1787]. Then all the Islamic countries will become one common motherland for all Muslims.”<sup>181</sup>

---

<sup>177</sup> Vgl. Avksentiev/Lobova, 2004, S. 534.

<sup>178</sup> „Im postsowjetischen russischen politischen Wortschatz bezeichnet ‚Islam‘ die traditionelle Ausrichtung dieser Religion und ‚Islamismus‘ ihre Wiedergeburt in einer radikalen Form.“ (Lobova, 2003, S. 701.)

<sup>179</sup> Vgl. Malashenko, 2004, S. 440f.

<sup>180</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 28f sowie Klutschewsky, 2005, S. 315ff und Lobova, 2003 S. 707.

<sup>181</sup> Tishkov, 2004, S. 174.

Innerhalb des Nordkaukasus bildet die Republik Dagestan das wahhabistische Zentrum, in der Wahhabismus Ende der 90er in drei Strömungen präsent war: relativ gemäßigt bei den „aufgeklärten Wahhabiten“, in radikaler Form bei den so genannten „wahren Wahhabiten“ und als mittlere Position bei den „Salafiten“. Bei den kriminellen Geschäften der „Zwischenkriegszeit“ hatten viele Wahhabiten ihre Finger im Spiel. Sie fordern die Abspaltung und Befreiung des Nordkaukasus und die Ausrufung eines islamischen Staates. So wurde der radikale Islamismus zu einem der Gesichter des zweiten Krieges in Tschetschenien. Auf russischer Ebene mischte sich zum ethnischen Hass gegen die Tschetschenen religiöser Hass gegen den Islam. Dies, obwohl einer soziologischen Umfrage der Universität Grosny zufolge dem Wahhabismus nur 3% der Befragten positiv, 22% skeptisch und überwältigende 74% negativ gegenüberstehen.<sup>182</sup>

„Die beiden Kriege in Tschetschenien haben wie kein anderes Ereignis das Islambild in Russland beeinflusst. So kam es einerseits zu einer ‚Islamisierung‘ eines Konflikts, der eigentlich mit dem Islam ursprünglich wenig zu tun hatte, und andererseits [sic] zu einer ‚Tschetschenisierung‘ des Bildes, das sich die russische Öffentlichkeit vom Islam (und auch vom Islamismus) macht. Die verbreitete ‚Islamophobie‘ in der öffentlichen Meinung Russlands wäre als eine der Hauptgefahren fähig, eine andauernde Feindseligkeit zwischen den verschiedenen Teilen der multireligiösen Gesellschaft des Landes hervorzurufen beziehungsweise zu verstärken.“<sup>183</sup>

Diese „Islamophobie“ wird vom Kreml systematisch verwendet, um der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die russischen Einheiten in Tschetschenien einer islamistischen Armee von Terroristen gegenüberstehen. Tatsächlich gehen Experten von maximal 200 bis 300 ausländischen Kämpfern im zweiten Tschetschenienkrieg aus. Moskau ist vehement bestrebt, sich in einer Reihe mit dem Anti-Terror-Kampf der USA in Afghanistan und gegen die Al Quaida zu stilisieren und damit die Ängste der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Russische Medien, die zum Großteil vom Kreml gesteuert werden, sprechen prinzipiell nicht von einem „Krieg“, sondern von einer „Anti-Terror-Operation“ oder „Be-

---

<sup>182</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 28f sowie Klutschewsky, 2005, S. 315ff und Lobova, 2003, S. 707.

<sup>183</sup> Lobova, 2003, S. 711.

kämpfung von Banditen“.<sup>184</sup> Russischen Meldungen zufolge fanden viele der tschetschenischen Rebellen im georgischen Pankisi-Tal<sup>185</sup>, wo viele ethnische Tschetschenen leben, Zuflucht. Zudem beteuerte die russische Führung, allerdings ohne jegliche Beweise, dass sich im Pankisi-Tal international gesuchte Mitglieder der Terrororganisation Al Quaida aufhielten. Sie forderte Georgien auf, diese Zustände zu bereinigen. Als dieses sich weigerte, warf Russland Georgien „offene Parteinahme für den internationalen Terrorismus und Gefährdung der nationalen Sicherheit Russlands“ vor.<sup>186</sup>

### 3.9. MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Wie ein roter Faden ziehen sich die umfangreich dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch die beiden Kriege in Tschetschenien. Zwar wurden diese von beiden Seiten begangen, allerdings wiegen sie in der öffentlichen Meinung auf Seiten der Armee Russlands schwerer, da es sich um ein föderales, Konventionen und Rechten verpflichtetes Heer handelt.<sup>187</sup> Pikanterweise ist dieses russische Heer auch nach innen ein äußerst brutales Gebilde, in dem vorwiegend junge Rekruten Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden. Diese durchleben teils schreckliche Rituale, die von Schlägen bis zu Vergewaltigungen und Morden reichen. In Friedenszeiten sterben durchschnittlich 2000 Rekruten jährlich, größtenteils durch Selbstmord oder durch die Hand ihrer Kameraden.<sup>188</sup>

“Tens of thousands of criminal cases are reported within the armed forces every year but even more crimes go by unnoticed. In wartime the brutality within the army increased and lead to numerous desertions among the young conscripts and virtual anarchy in some units. In the town of Gudermes one young officer said soldiers slept with grenades beside them, not for protection against a Chechen attack but in fear of their own side.”<sup>189</sup>

---

<sup>184</sup> Vgl. Malek, 2004, S. 196.

<sup>185</sup> An der Grenze zu Tschetschenien.

<sup>186</sup> Vgl. Donath, 2003, S. 227.

<sup>187</sup> Vgl. Malek, 2004, S. 200.

<sup>188</sup> Vgl. Gall/de Waal, 1998, S. 237.

<sup>189</sup> Ebenda.

Diese innere Aggression wird in Kriegszeiten auf den Feind projiziert. Das erklärt die unfassbare Willkür und Grausamkeit vieler von Menschenrechts-NGOs (wie Memorial oder Human Rights Watch) und Journalisten aufgedeckter Fälle und die enorme Anzahl getöteter Zivilisten. Systematisch wurden und werden tschetschenische Dörfer durchkämmt, um bei Säuberungsaktionen (Satschistkas) versteckte Terroristen zu finden.<sup>190</sup>

„Die große Mehrheit der russischen Soldaten betrachtet ihre tschetschenischen Gegner allen Ernstes nicht als Menschen, sondern als Tiere. Damit entfällt subjektiv die Notwendigkeit der Einhaltung von russischen und internationalen Vorschriften (Genfer Konvention usw.) zum Schutz der Menschenrechte und Einhaltung des Kriegsrechts. Das aber bringt die Tschetschenen noch mehr gegen die russische Besatzung auf und ist eine Garantie, dass der Zulauf zu den Rebellen (ungeachtet ihrer großen Verluste) nicht abreißt. Dieser Umstand rechtfertigt aber in den Augen der Russen weitere Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, die als kollektiver Quasi-Kombattant angesehen wird. Somit ergibt sich ein Teufelskreis, aus dem kein Ausweg zu sehen ist, solange einerseits der tschetschenische Widerstand nicht definitiv kollaboriert und andererseits der Kreml glaubt, um jeden Preis einen militärischen Sieg erzwingen zu müssen.“<sup>191</sup>

Bereits ab 1994 sollen „Filtrationslager“ von russischen Einheiten dazu verwendet worden sein, verdächtige Tschetschenen, darunter auch Frauen und Kinder, zu foltern und töten. Tausende sollen in diesen Lagern umgekommen sein. Die russische Führung wies entsprechende Kritik zurück und präsentierte Journalisten die Lager in humanen Zuständen mit zufriedenen Häftlingen. Der Ort Samaschki steht für eines der fürchterlichsten Massaker im ersten Krieg: Im April des Jahres 1995 richteten Einheiten des MVD<sup>192</sup> zwischen 100 und 300 tschetschenische Männer jeden Alters vor den Augen ihrer Angehörigen regelrecht hin, verbrannten diese zum Teil bei lebendigem Leibe und warfen Handgranaten in mit Zivilisten voll besetzte Keller. Bei einem Raketenangriff der russischen Armee auf das Zentrum in Grosny im Oktober 1999 kamen 140 Zivilisten ums Leben, über 200 wurden verletzt – die tschetschenische Militärführung, der dieser Angriff galt, konnte entkommen. Verstärkte

---

<sup>190</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 14ff.

<sup>191</sup> Malek, 2004, S. 197.

<sup>192</sup> Innere Truppen des Innenministeriums.



Repressionen drohten den Tschetschenen von den so genannten „Todeschwadronen“<sup>193</sup> im Besonderen nach terroristischen Akten wie der Geiselnahme im „Dubrowka“ 2002.<sup>194</sup> Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) setzte sich nach einem Besuch in Grosny Ende Jänner 1995 für einen „humanitären Waffenstillstand“ ein. Sie wies regelmäßig auf Menschenrechtsverletzungen hin und war 1996 maßgeblich am Ende des ersten Krieges beteiligt. Ende 2002 wurde das Mandat von Russland nicht mehr verlängert. Damit verwies Russland den einzigen internationalen Vermittler mit Erfahrung in der Kaukasus-Region des Landes – ein Widerspruch in sich, da Russland auf der einen Seite vom gemeinsamen Krieg gegen den internationalen Terrorismus spricht, andererseits aber internationale Hilfe ablehnt.<sup>195</sup> Die UNO-Menschenrechtskommission in Genf kritisierte Ende Februar 1995 Russland wegen der unverhältnismäßigen Gewaltanwendung im Tschetschenienkrieg und beide Seiten wegen Menschenrechtsverletzungen.<sup>196</sup> Auch im zweiten Krieg verurteilte die Kommission das Vorgehen der föderalen Streitkräfte Russlands und forderte eine nationale Kommission zur Untersuchung der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen: Russland lehnte ab. Außerdem beanstandete die UNO-Menschenrechtskommission, dass den UNO-Menschenrechtsbeobachtern<sup>197</sup> der Zugang nach Tschetschenien verwehrt wird. Seit 2002 übt sich die Menschenrechtskommission allerdings in Zurückhaltung, ebenso wie der UNO-SR, in dem Russland als ständiges Mitglied ein Vetorecht innehat. Deshalb schaffte es der Tschetschenienkrieg nie auf die Tagesordnung, auch wenn der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan vom UNO-SR forderte, schwere Verletzungen der Menschenrechte zu verfolgen, egal wo sie passierten. Ebenso unrealistisch, aber dennoch beachtenswert ist die Forderung der parlamentarischen Versammlung des Europarates 2003 nach der Errichtung eines internationalen Tribunals für Tsche-

---

<sup>193</sup> Meist verummmt agierende, vergewaltigende, mordende und entführende russische Einheiten.

<sup>194</sup> Vgl. Malek, 2004, S. 197ff.

<sup>195</sup> Vgl. de Waal, 2003, S. 15f sowie Krech, 1997, S. 58ff.

<sup>196</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 66.

<sup>197</sup> U. a. auch Manfred Nowak, Sonderberichterstatter für Folter, dessen geplanter Besuch im Oktober 2006 infolge gebrochener Versprechen von russischer Seite (z.B. Erlaubnis von Gefängnisbesuchen in Tschetschenien) verschoben werden musste.

tschenien zu sehen.<sup>198</sup> Im Februar 1996 wurde Russland trotz laufendem Tschetschenien-Krieg in den Europarat aufgenommen. Die Hoffnung, durch diesen Beitritt Russland juristisch an die Normen des Menschenrechts-Organs zu binden, war spätestens mit dem Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges 1999 verflogen. Auch die Ratifizierung der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ (EMRK) und der „Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe“ im Mai 1998 änderte nichts daran, dass die russische Führung Menschenrechte nicht prioritär behandelte.<sup>199</sup>

Unter den Eindrücken der NATO-Intervention gegen Serbien und des zweiten russischen Einmarsches in Tschetschenien 1999 stellte Herfried Münkler die Überlegung in den Raum, warum im Kosovo eine humanitären Intervention gestartet wurde, nicht aber in Tschetschenien:

„Kaum einer kommt ernstlich auf die Idee, mit Blick auf Tschetschenien und das brutale, nicht nur gegen die Menschenrechte, sondern auch gegen das Kriegsrecht verstoßende Vorgehen der russischen Armee in der Nordkaukasusregion ein militärisches Eingreifen des Westens mit dem Ziel der Durchsetzung der Menschenrechte zu fordern. Daß Rußland nach wie vor über gewaltige Atomwaffenpotentiale verfüge und allein deshalb schon ein militärisches Eingreifen nicht in Frage komme, ist dabei die am häufigsten zu hörende Begründung dafür, daß nicht einmal eine ernsthafte Debatte über eine eventuelle moralische Interventionsverpflichtung – zumindest der UNO – im Kaukasus geführt wird.“<sup>200</sup>

Mendelsson klagt in ihrem Bericht ebenfalls die Internationale Gemeinschaft scharf an. Obwohl Tschetschenien in den Agenden von OSZE, Europarat oder der UNO-Kommission für Menschenrechte (UNHCHR) häufig vorkam, unterstellt Mendelsson mangelnde Seriosität bei der Behandlung des Konflikts. Vor allem seit Beginn der Präsidentschaft Putins und umso mehr nach dem 11. September 2001 erscheine die internatio-

---

<sup>198</sup> Vgl. Kosmehl, 2003, S. 114ff.

<sup>199</sup> Vgl. ebenda, 99f.

<sup>200</sup> Münkler, 2000, S. 141.

nale Gemeinschaft inklusive der entsprechenden Menschenrechts-  
Organe wie gelähmt.<sup>201</sup>

“The international response has, however, been deeply conflicted, ambivalent and ineffectual. Within the same organization, one finds those who want to berate, sanction and isolate the Russian government, while others try relentlessly to keep channels open even when the pay-off seems minute. Major state actors are at odds over what to do. The U.S. government has no strategic plan concerning this region, even though terrorism has spread and spiked dramatically throughout the North Caucasus. At the same time, humanitarian and human rights organizations plead with international donors not to forsake the civilian populations while admitting frustration over their inability to get helpful responses from the Russian government but also the international community.”<sup>202</sup>

Offiziell wurden auf föderaler Ebene in Russland seit Beginn der 90er-Jahre zahlreiche Institutionen geschaffen, die sich um die Einhaltung der Menschenrechte in Russland kümmern sollten. Faktisch fehlte und fehlt auch heute diesen Strukturen eine überzeugende und nachdrückliche Einflussnahme auf die tatsächliche Politik des Landes, sodass die Existenz vieler dieser Organe von Kurzlebigkeit bestimmt war. Noch zu Sowjetzeiten wurde 1990 das erste parlamentarische Menschenrechtskomitee unter der Führung des Menschenrechtsaktivisten Sergej Kowaljow ins Leben gerufen. Nach der Auflösung des Parlaments im Oktober 1993 und somit auch dem Ende des Komitees errichtete Präsident Jelzin per Dekret eine Menschenrechtskommission beim Präsidenten unter dem Vorsitz von Kowaljow, der in dieser Funktion stets engen Kontakt zu NGOs pflegte. Daneben übernahm er ab 1994 auch die Funktion des Menschenrechtsbeauftragten der Staatsduma (er war Abgeordneter der Fraktion „Wahl Russlands“), wurde aber bereits ein Jahr später wieder dieser Funktion enthoben, da er sich nach Ansicht der Majorität der Abgeordneten zu vehement für Menschenrechte in Tschetschenien einsetzte. Im Mai 1996 richtete Jelzin wieder eine Menschenrechtskommission beim Präsidenten ein. Den Vorsitz übernahm Wladimir Kartaschkin, der in Bezug auf den Tschetschenien-Krieg die Kreml-treue Einstellung ver-

---

<sup>201</sup> Vgl. Mendelson, Sarah E.: Anatomy of Ambivalence: The International Community and Human Rights Abuse in the North Caucasus, unter URL: <http://www.reliefweb.int/library/documents/2005/csis-rus-29sep.pdf> [22.02.2008]

<sup>202</sup> Ebenda.

trat, die Handlungen der russischen Truppen seien gerechtfertigt und der Terrorismus müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. 1998 wurde der kommunistische Abgeordnete Oleg Mironov in das ein Jahr zuvor neu geschaffene Amt des parlamentarischen Menschenrechtsbeauftragten<sup>203</sup> gewählt. Viele kritisierten die Unvereinbarkeit dieser Tätigkeit mit seiner kommunistischen Vergangenheit. Zudem sprach sich Mironov für die Todesstrafe aus und betonte, es gäbe einerseits weltweite Menschenrechtsstandards, andererseits nationale. In Bezug auf Tschetschenien goudierte er die militärische Invasion Russlands und kritisierte Sergej Kowaljow scharf. Dieser habe als Menschenrechtsbeauftragter nicht die Interessen der russischen, sondern der tschetschenischen Bevölkerung vertreten. Derzeit besetzt den Posten des parlamentarischen Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin, der von NGOs ähnlich kritisch wie sein unmittelbarer Vorgänger gesehen wird. Bereits 1996 wurde das Beratungsgremium „Kammer für Menschenrechte des politischen Beirats beim Präsidenten der Russischen Föderation“ gegründet, wo auch namhafte VertreterInnen bekannter Menschenrechts-NGOs beteiligt sind. Faktisch zeitigen die Empfehlungen dieser Institution allerdings bislang kaum Wirkung.<sup>204</sup>

„(...) zeichnet sich keine Konfliktlösung ab, zumal Moskau – wie zahlreiche russische Vertreter in informellen Gesprächen deutlich machen – den Krieg wenn nötig ‚bis zum letzten Tschetschenen‘ zu führen gedenkt. Rücksicht auf die tschetschenische Zivilbevölkerung würde die russische Armee als Eingeständnis von Schwäche werten, und einer solchen will sie sich offenkundig nicht ‚schuldig‘ machen. Deswegen ist Tschetschenien eine von Menschenrechten, zu deren Einhaltung sich Russland in seiner eigenen Verfassung (vgl. die Grundrechtsartikel 17 bis 29) und in zahlreichen internationalen Dokumenten und Organisationen (wie etwa im Europarat, in den es Anfang 1996, also während des ersten Krieges, aufgenommen wurde) verpflichtet hat, völlig freie Zone.“<sup>205</sup>

---

<sup>203</sup> Auch Ombudsmann für Menschenrechte genannt.

<sup>204</sup> Bister, 2000, S. 112ff.

<sup>205</sup> Malek, 2004, S. 203.

### 3.10. HUMANITÄRE SITUATION WÄHREND DER KRIEGE

Katastrophal präsentiert sich die humanitäre Situation in der Republik Tschetschenien seit Beginn des ersten russischen Einmarsches im Jahr 1994: Laut Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) vom 23. Dezember 1994 sollen bis zu diesem Zeitpunkt geschätzte 280 000 Tschetschenen aus der Gegend von Grosny geflohen sein. Zu Beginn des erbarmungslosen Häuserkampfes um Grosny Anfang Jänner 1995 war die Stadt nahezu völlig verlassen. Fast 400 000 Bewohner waren geflüchtet. Etwa 200 000 davon blieben innerhalb Tschetscheniens, 100 000 flohen nach Inguschetien und 60 000 nach Dagestan. Am 5. Jänner 1995 traf der erste IKRK-Hilfstransport in den Vororten von Grosny ein.<sup>206</sup> Anfang März 1995 versorgte das IKRK bereits etwa 460 000 Flüchtlinge, weitere Stützpunkte wurden in Nasran (Inguschetien) und Chassaw-Jurt (Dagestan) errichtet.<sup>207</sup> Während der 21 Monate dauernden Kämpfe in Tschetschenien von 1994 bis 1996 starben rund 50 000 Menschen, davon größtenteils Zivilisten. 400 000 bis 600 000 Tschetschenen flüchteten in andere Teile Russlands oder ins Ausland. Noch weniger als für den ersten Krieg gibt es für den Krieg ab 1999 verlässliche Zahlen und Statistiken hinsichtlich Opfer unter Zivilisten und Flüchtlingen. Vermutet werden aber neuerlich ungefähr 600 000 Vertriebene seit 1999, wobei viele davon ein zweites Mal ihre Heimat verlassen mussten. Noch im Mai 2004, also als Russland schon mehrfach vom offiziellen Ende der Kämpfe gesprochen hatte, gab es in Russland noch über 200 000 IDPs.<sup>208</sup> Aktuellere Zahlen variieren je nach Quelle sehr stark. So spricht das UNHCR Ende 2005 noch von 170 500 IDPs<sup>209</sup>, die russische Regierung nannte Ende Februar 2006 zwischen 82 000 bis 95 000 intern Vertriebene. Im August 2007 lebten in Russland immer noch Tausende intern Vertriebene – je nach Schät-

---

<sup>206</sup> Vgl. Krech, 1997, S. 48ff.

<sup>207</sup> Vgl. ebenda, S. 66.

<sup>208</sup> Holland, 2004, S. 334ff.

<sup>209</sup> Vgl. UNHCR: Global Report 2005, unter URL: <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/449267830.pdf> [22.02.2008].

zungen verschiedener Organisationen zwischen 86 000 und 219 000.<sup>210</sup> Die IDPs lebten über weite Phasen in Zeltcamps. Viele von ihnen wurden Berichten zufolge gezwungen, früher nach Tschetschenien zurückzukehren – speziell als vom Kreml der Standpunkt verlautbart wurde, dass in Tschetschenien wieder Normalität eingekehrt sei und deshalb kein veritabler Grund mehr für den Zustand der Flucht vorliege.

---

<sup>210</sup> Vgl. Internal Displacement Monitoring Center, unter URL: [http://www.internaldisplacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/07ECA71A9864496EC1257336004A8604/\\$file/Russia\\_IDMC\\_Aug07.pdf](http://www.internaldisplacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/07ECA71A9864496EC1257336004A8604/$file/Russia_IDMC_Aug07.pdf) [25.02.2008].

## 4. Methodik

Als Grundlage des empirischen Teils dieser Arbeit dient ein dreimonatiger Feldforschungsaufenthalt des Verfassers in Russland von August bis November 2006. Dabei führte der Verfasser Experteninterviews in Nasran (Republik Inguschetien), Wladikawkas (Nordossetien), Naltschik (Kabardino-Balkarien) und Moskau, wobei folgender Expertenbegriff von Gläser/Laudel als Grundlage diente:

„Experten sind Menschen, die ein besonderes Wissen über soziale Sachverhalte besitzen, und Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen. (...) Die Experten sind ein Medium, durch das der Sozialwissenschaftler Wissen über einen ihn interessierenden Sachverhalt erlangen will. Sie sind also nicht das ‚Objekt‘ unserer Untersuchung, der eigentliche Fokus unseres Interesses, sondern sie sind bzw. waren ‚Zeugen‘ der uns interessierenden Prozesse. Die Gedankenwelt, die Einstellungen und Gefühle der Experten interessieren uns nur insofern, als sie die Darstellungen beeinflussen, die die Experten von dem uns interessierenden Gegenstand geben.“<sup>211</sup>

Mit Mitarbeitern folgender Organisationen wurden Interviews geführt (Namen dem Autor bekannt).

**Lokale NGOs**<sup>212</sup>: Berkat, Chechenfund, CHA (Center of humanitarian aid), CRC (Caucasian Refugee Council), FARN (Foundation of Association of Conflict Resolution, Peace Education, Tolerance Building and Non-Violence Educators), CAC (Civic Assistance Committee), Memo (Memorial), NOMCC (North Ossetian Mission of Christian Charity), RRC (Russian Red Cross)

**INGOs**: ACF (Action contre le faim), CI (Caritas International), Caritas France, Dorcas International, Help, HI (Handicap International), HWA (Hilfswerk Austria), MdM (Médecins du Monde), PHO (Polish Humanitarian Organisation), WVI (World Vision International), MSF B.

---

<sup>211</sup> Gläser/Laudel, 2004, S. 10.

<sup>212</sup> In der Fußnote wird gegebenenfalls die entsprechende Abbreviation der Organisation angegeben.

(Médecins sans frontières Belgium), MSF H.(Médecins sans frontières Holland)

**IGOs:** ECHO (European Commission Humanitarian Aid Office), OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs of the UNO), SDC (Swiss Agency for Development and Cooperation), UNESCO (UN Educational, Scientific and Cultural Organisation), UNHCR (UN High Commissioner on Refugees), UNICEF (UN Children's Fund), WFP (World Food Programme), WHO (World Health Organisation), IKRK (Internationales Komitee des Roten Kreuzes)



## 5. Koordination humanitärer Akteure im Nordkaukasus

### 5.1. OCHA

OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) ist die Organisation innerhalb der Vereinten Nationen, deren Aufgabe es ist, sämtliche agierenden Akteure der humanitären Hilfe aufeinander abzustimmen und deren Arbeit zu vereinbaren. Dazu wird wöchentlich im OCHA-Büro in Nasran ein „General Coordination Meeting“ abgehalten, woran lokale NGOs, internationale NGOs ebenso wie donors (Geldgeber) und auch Regierungsvertreter teilnehmen können. OCHA definiert sich selbst auch als Ratgeber und unterstützendes Organ, beispielsweise für neue NGOs im Nordkaukasus. Die Aufgabe von OCHA ist es, diesen NGOs zu erklären, was zu tun ist, um etwa implementierender Partner (für UNO-Organisationen oder INGOs) zu werden oder selbst Projekte im Feld zu starten:

“I may sound idealistic but I think that here in Northern Caucasus the humanitarian community, the aid community is really united and we as OCHA welcome all the time the agencies who come to us with their problems, if we are not in the position to help them ourself or to give them advice at least where to go, we try to find out information that might be helpful to them to solve their problems.”<sup>213</sup>

Die Grundlage der Arbeit von OCHA im Nordkaukasus war bis zum Jahr 2005 der so genannte „consolidated appeals process“ (CAP), der in Gebieten implementiert wird, in denen humanitäre Krisen, also Notsituationen vorherrschen. 2006 wurde der CAP vom so genannten „inter-agency transitional work plan“ abgelöst. Dieses Programm wird in Krisengebieten angewendet, die sich in Transition befinden. Das bedeutet, dass durch die Stabilisierung und Verbesserung der Lage ein Übergang von humanitärer Nothilfe zu längerfristiger Entwicklungs-Arbeit stattfindet:

---

<sup>213</sup> Interview OCHA.

“CAP was replaced by the document last year which was called interagency transitional work plan and this is due to the drastic changes in the region. And also because the Russian government didn’t want to be the receiver of humanitarian assistance any more. As a Russian citizen I hope that this is a good sign for the Russian people, indicating that the economic situation in the country improves and that here in the North Caucasus the trends are moving to peace.”<sup>214</sup>

Einige INGOs agieren in ihrem eigenen Koordinierungs-System und sind nicht Teil des OCHA-Systems. Dennoch nehmen auch diese Organisationen zumindest partiell an den Meetings teil und treffen sich, um Informationen auszutauschen und Überschneidungen bei ihren Projekten zu vermeiden. Diese Distanz gründet darauf, dass die von OCHA erstellten Analysen häufig als politisch gesehen werden und deswegen nicht von jeder Organisation geteilt werden. Analog dazu herrscht auch keine homogene Meinung in Bezug auf die Umstellung von CAP auf „transitional work plan“: Einige NGOs vertreten die Meinung, dass der Umstieg auch politische und Image-bezogene Gründe hatte und dass in Tschetschenien nach wie vor eine humanitäre Krise vorherrscht. Die Kritik an OCHA bezieht sich indirekt oft auf höher liegende strukturelle Einheiten und deren Bürokratie: “Even if that coordination is not working very well, I mean it is hard, and there we come to this question who should coordinate, UNO is so slow, (...) these mechanisms are not efficient and with huge bureaucratic organisations it is always a problem, which UNO is.”<sup>215</sup> Die Effektivität der Koordination wird einerseits von einigen INGOs kritisch betrachtet, andererseits ist man sich der äußerst komplexen Aufgabe durchwegs bewusst. Schließlich handelt es sich bei den humanitären Akteuren um Organisationen (und damit Menschen) unterschiedlicher nationaler und religiöser Herkunft, Größe, Geldgeber im Hintergrund und Vorstellungen: “I think it is quite difficult because all these organisations like to be independent, want to be always the first, somewhere.”<sup>216</sup> Von Seiten der INGOs wird OCHA auch mangelnde Unterstützung etwa in der Causa des neuen NGO-Gesetzes in Russland vorgeworfen:

---

<sup>214</sup> Ebenda.

<sup>215</sup> Interview DRC.

<sup>216</sup> Interview Dorcas.

„I think a lot of things could have been done through OCHA. I guess this is the business. If tomorrow most of the NGO's are not registered that's a problem for us but also a problem for them. They are in charge of the coordination and organising the humanitarian aid and if they have nobody to coordinate any more, then they can pack the baggage.“<sup>217</sup>

## 5.2. SEKTOR-KOORDINATION, NGO-KONSORTIUM

Prinzipiell kann man sich das System der Koordination wie eine Pyramide vorstellen, an deren Spitze die so genannte „general coordination“ durch OCHA steht. Eine Stufe unter der generellen Koordination durch OCHA findet die Sektor-Koordination statt. Dazu wird die humanitäre Hilfe in verschiedene Sektoren oder Arbeitsgruppen eingeteilt, wobei für jeden Sektor eine UNO-Organisation den koordinierenden Vorsitz übernimmt. Beispiele solcher Sektoren wären etwa der Gesundheitssektor, Bildungssektor, Wasser- und Sanitätssektor oder der Sektor für wirtschaftliche Erholung. Diese Struktur wird durchwegs gut angenommen und positiv von INGOs und lokalen NGOs betrachtet. Durch die Verringerung humanitärer Hilfe und die Zunahme entwicklungspolitischer Aktivitäten kommt es naturgemäß auch in Bezug auf die Sektor-Koordination angesichts neuer Akteure zu Veränderungen:

“We are in a stage of linking humanitarian intervention with recovery and development so the coordination mechanisms should also be adapted to this change of context where you have new international actors coming in and start playing a role, development actors, for example UNDP within the UNO family and then from donor side also different types of donors (...).“<sup>218</sup>

Eine von INGOs ins Leben gerufene Initiative ist das NGO-Konsortium. Dabei handelt es sich in erster Linie um ein Koordinations-Instrument abseits der UNO, in dem Fragen und Sachverhalte, die alle INGOs betreffen, geklärt werden. Obwohl es bei einer relativ kleinen Gruppe von INGOs blieb<sup>219</sup>, sollte es ein Organ der INGOs bleiben.

---

<sup>217</sup> Interview ACF.

<sup>218</sup> Interview ECHO.

<sup>219</sup> Gründungsmitglieder waren ursprünglich (Ende 2004) acht der größeren INGOs.

“One of the reasons why they wanted to keep within just international NGO’s was because there is a high level of trust between international staff of international NGO’s, so they can talk in confidence, about sensitive issues and, you can be more sure that, what you say then won’t be passed on to local authorities (...).”<sup>220</sup>

---

<sup>220</sup> Interview WVI.

## 6. Kooperation humanitärer Akteure im Nordkaukasus<sup>221</sup>

Die Konfliktregion Nordkaukasus ist in Bezug auf humanitäre Organisationen (humanitarian aid community) relativ gut überschaubar. Im Vergleich zu anderen Einsatzgebieten wie Irak oder Afghanistan ist die Zahl im Nordkaukasus agierender humanitärer Organisationen sehr gering. Infolge dessen kennen sich die Akteure gut, nicht zuletzt deshalb, weil viele von ihnen miteinander kooperieren. Diese Kooperationen können mehrere unterschiedliche Erscheinungsformen aufweisen: vom einfachen Informationsaustausch bei Meetings über formelle befristete Kooperationen, wo beispielsweise für ein Projekt lokale NGOs als „implementing partner“, also „ausführender Partner“ internationaler Organisationen fungieren, bis hin zu aktiven Partnerschaften, die über Jahre oder Jahrzehnte aufrecht bleiben. Dass bei solchen Kooperationen und Partnerschaften die persönliche Ebene eine erhebliche Rolle spielt, ist evident. Diese Ebene entscheidet oft über das Gelingen oder Misslingen gemeinsamer Projekte – und dahinter stehen nicht nur eminente Summen finanzieller Mittel, sondern auch betroffene beneficiaries. Diese durch die beiden Kriege verunsicherten Menschen sind letztlich ausschlaggebend für die Aktivität der humanitären Organisationen. Da die Situation im Nordkaukasus, wie ich oben dargestellt habe, von Stabilität und Normalisierung noch weit entfernt ist, nimmt für die Arbeit und damit auch für die Koordination und Kooperationen humanitärer Organisationen der Sicherheitsaspekt einen prioritären Stellenwert ein. Im Folgenden werde ich auf die genannten Aspekte im Detail eingehen und versuchen, einen aussagekräftigen Einblick in das Feld humanitärer Organisationen im Nordkaukasus und deren Kooperationen zu geben.

---

<sup>221</sup> Nordkaukasus deshalb, weil aus Sicherheitsgründen nur wenige humanitäre Organisationen direkt in Tschetschenien, sondern in anderen Republiken des Nordkaukasus ihren Sitz haben. Darüber hinaus kann der gesamte Nordkaukasus als Konfliktgebiet gesehen werden.

## 6.1. STELLENWERT LOKALER NGOs

“(...) in previous years we had to rely on local NGO’s to be the eyes and hands of the UNO-Agencies. If you for example take UNICEF or UNHCR a lot of implementing partners are local NGO’s related to mine action for example. Who can gather the data for the mine action sector? Only the people who are established there, who are living there, who know the situation, who are able to move around.”<sup>222</sup>

Trotz der Herabsetzung der Sicherheitsstufe in Tschetschenien sind internationale Akteure, die in Tschetschenien Projekte ausführen, gewissermaßen von lokalen NGOs abhängig. Immer noch befinden sich kaum Büros internationaler Akteure in Tschetschenien, gearbeitet wird „fern-gesteuert“. Das Gros der Organisationen hat seinen Sitz in Nasran (Ingu-schetien), einige in Naltschik (Kabardino-Balkarien) und einige arbeiten ausschließlich von Moskau aus:

“(...) we are in Moscow, the distance partnership is not very easy. We can’t go to Chechnya very often and we can’t stay the night there so we have maybe 5 or 6 hours in Chechnya. It’s a pity because we don’t have time to reinforce our main partnership and to make more capacity building but I think it will become better now because the situation is better than one year ago so I hope we can go there more often.”<sup>223</sup>

Lokale NGOs sind also essentielle Akteure, die von internationalen Organisationen als deren Arme und Beine gesehen werden, ohne die ein effektives Arbeiten vermutlich unmöglich wäre. Sie sind Experten der geografischen und soziokulturellen Umgebung des Einsatzgebiets und haben üblicherweise einen besseren Draht zu den beneficiaries (Nutznießern) der humanitären Operationen. Allerdings kann dieses durchwegs positive Bild in der Theorie in der Praxis häufig anders aussehen:

“From the NGO’s perspective some of them – especially those who are inexperienced – think that if they announce themselves as an NGO that’s a green light for everything. In some cases they don’t understand that much of their success depends on their performance. But I am pleased to say that maybe 80% to 90%, of the local NGO’s who went into cooperation with the UNO-Agencies and with external donors are performing really well. I haven’t heard

---

<sup>222</sup> Interview OCHA.

<sup>223</sup> Interview HI.

about any serious cases when an NGO failed to fulfil its obligations related to the stated goals.”<sup>224</sup>

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass auch viele der lokalen NGOs kaum positive Erfahrungen mit anderen lokalen NGOs zu machen scheinen. Dabei muss das Faktum berücksichtigt werden, dass es sich bei humanitärer Hilfe letztlich auf der Stufe der Kooperationen und Partnerschaften von Organisationen um eine weitgehend geschäftliche Angelegenheit handelt. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass auch inadäquate Akteure auftauchen und ihr Glück versuchen, einen Teil des Donor-Geldes zu bekommen: „It’s normal in any field, because there are some good people and bad people, good organisations and bad organisations, that’s life.“<sup>225</sup> Solche Akteure werden aber in der Praxis gewöhnlich mühelos „entlarvt“, da lokale NGOs unter ständiger Beobachtung ihrer Partner stehen und dabei an ihrer Arbeit gemessen werden. Fast ausschließlich kommt es allerdings in solchen Fällen zu keiner Kooperation, da naturgemäß vor einer solchen die Kapazität und Verlässlichkeit eines möglichen künftigen Partners eingehend geprüft wird: “We have many organisations in Ingushetia and Chechnya which are only on paper, they are registered but they absolutely don’t work.”<sup>226</sup> Diese Meinung über die Mitstreiter im lokalen NGO-Sektor vertreten viele Vertreter lokaler NGOs: “Local NGO’s are not very developed here that’s why we do not have much productive work with them.”<sup>227</sup>

Derart negative Erfahrungen dürfen aber nicht ausschließlich unter der Prämisse von Faulheit, Inkompetenz oder Überheblichkeit betroffener Akteure betrachtet werden. Oft resultieren diese aus fehlender Erfahrung oder aus mangelndem Capacity Building. Man sollte also durchaus auch die internationalen – aber auch bereits erfahrene lokale Akteure – in die Pflicht nehmen. Immerhin bedarf es im Umgang mit lokalen NGOs und den dahinter stehenden Menschen manchmal erhöhter Sensibilität:

“It is always sensitive to cooperate with local bodies and organizations when it comes to cultural and ethnical issues. Some Chechen people may experience

---

<sup>224</sup> Interview OCHA.

<sup>225</sup> Interview WFP.

<sup>226</sup> Interview Berkat.

<sup>227</sup> Interview CRC.

negative feelings to Russians for loss and destructions caused by military operations. Vice-versa some Russians may have negative perceptions of Chechens and this must be taken into account when the project activities are implemented. In the Chechen Republic there are very strong traditional views of gender roles, hospitality and politeness, women's position, clan subordination which affect local institutions and as the result cooperation with them. Local, federal and non-governmental organizations may have different perspectives on different issues and situation overall. This also requires sensitive approach to project planning and implementation."<sup>228</sup>

Vergleicht man die Arbeit lokaler NGOs und internationaler Akteure, also INGOs und UNO-Organisationen, kann man feststellen, dass im Idealfall eine Kooperation zwischen diesen Gruppen eine perfekte Ergänzung für den jeweils anderen sein kann – vorausgesetzt, man erkennt die entsprechenden Stärken und Schwächen des Partners:

“There are different challenges with international NGO's; they are international because they have international expertise. And local NGO's are just newcomers in the business. So we do have different types of challenges with the local NGO's we have to be patient, we take care of the capacity building. But they have got a good access to the community, they have got expertise and experience and we pay for that.”<sup>229</sup>

### **6.1.1. CAPACITY BUILDING**

Die Phrase „Capacity Building“ bedeutet letztlich, Kapazitäten oder Fähigkeiten von Personen oder Institutionen zu bilden oder aufzubauen und zu nutzen. In der Begriffsdiskussion setzte sich „Capacity Building“, das im wörtlichen Sinn diese Fähigkeiten „bildet“ und daher bei Null beginnt, gegen „Capacity strengthening“, das von einigen Forschern präferiert wurde, durch.<sup>230</sup> Das oberste Ziel von Capacity Building ist die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen. Das geschieht auf drei Ebenen:<sup>231</sup>

- Stärkung individueller Fähigkeiten von Menschen, beispielsweise mittels Trainings durch Experten.

---

<sup>228</sup> Interview UNESCO.

<sup>229</sup> Interview UNICEF.

<sup>230</sup> Vgl. Tschirnich, 2001, S. 24.

<sup>231</sup> Vgl. ebenda, S. 29.



- Stärkung von Organisationen mittels Stärkung von deren Management und Ausschöpfung der Fähigkeiten des Personals.
- Institutionelle Reformen, durch entsprechende Veränderung der Gesetzeslage oder das Schaffen von Rahmenbedingungen für ökonomische und politische Handlungen.

Für die vorliegende Arbeit sind vorwiegend die ersten beiden Punkte von Bedeutung, da sie Capacity Building von lokalen NGOs und deren Mitarbeitern behandelt. Diese wiederum sollen unter Verwendung der erworbenen Fähigkeiten mit der betroffenen Bevölkerung arbeiten und deren Lebensbedingungen verbessern.<sup>232</sup>

„Einige Meinungen ziehen nur die Verbesserung der Lebensbedingungen, ein höheres Einkommen, bessere wirtschaftliche Leistungen oder höhere Lebenserwartungen in Betracht, die zu ‚healthy and productive societies‘ führen sollen. Capacity Building sollte aber vielmehr die Stärkung einer Gesellschaft ins Auge fassen, die Fähigkeiten der Menschen, Organisationen und Institutionen verbessern, so daß Interventionen von außen nicht mehr nötig sind.“<sup>233</sup>

Betrachtet man die Arbeit humanitärer Organisationen im Nordkaukasus, kann man in einem breiten Sinne von Capacity Building sprechen, da der Großteil der humanitären Projekte die Lebensbedingungen der Menschen auf individueller Ebene verbessert.

“We work here, we brought here not only money but also our know-how which doesn’t mean that our know-how is fine for Northern Caucasus – you have got big differences between whole Russia and Northern Caucasus. What we can is that we can show them how we work, we can employ people and we can give them training. We are not here forever, so these people can be the future potential heads of NGO’s. They can use the experience for their own development or the development of their local NGO’s.”<sup>234</sup>

Viele der Organisationen veranstalten Kurse und Trainings für lokale Mitarbeiter, andere internationale Organisationen kreieren mit entsprechend ausgebildeten und befähigten Personen aus dem Nordkaukasus lokale NGOs, mit denen dann auf einer sehr guten Basis kooperiert werden kann. Auf der Ebene der Organisationen ist mit Capacity Building

---

<sup>232</sup> Vgl. ebenda, S. 41.

<sup>233</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>234</sup> Interview HWA.

die Frage der Nachhaltigkeit eng verbunden. Werden die an lokale NGOs weitergegebenen Fähigkeiten auch nach Beendigung der Arbeit internationaler Organisationen nachhaltig eingesetzt werden können? “We should just show them (den lokalen NGOs, Anm. HS) our experience and go out as soon as possible. To give them the knowledge and know-how and to go out then – not to make them dependent.”<sup>235</sup> In Bezug auf Nachhaltigkeit gibt es von Seiten internationaler Organisationen immer wieder Versuche, diese zu erreichen. Oft stoßen diese Versuche allerdings an eine finanzielle Barriere: Wie werden lokale NGOs die in Partnerschaft mit internationalen Organisationen durchgeführte Arbeit prolongieren können, ohne die finanzielle Unterstützung dieser internationalen Akteure? Lokale NGOs weisen hier eine enorme Dependenz von internationalen Akteuren auf, die nur mit verstärktem Capacity Building (zum Beispiel: Suche nach Geldgebern) verringert werden kann. Dieser meist bürokratische Prozess stellt für viele unerfahrene lokale NGOs eine Hürde dar. Im eigentlichen Sinn von Capacity Building, nämlich dem Erlernen und Vergrößern von Fähigkeiten der lokalen Akteure, fällt die eigentliche Zusammenarbeit mit erfahrenen internationalen Organisationen auch in den Bereich Capacity Building. Dennoch gibt es immer noch zu wenig lokale NGOs im Feld der humanitären Hilfe im Nordkaukasus. Viele potentielle Mitarbeiter lokaler NGOs versuchen zuerst, bei internationalen Organisationen unterzukommen, da die Bezahlung in diesen Organisationen oft sehr viel höher ist. Das wiederum wirkt sich negativ auf die Entstehung neuer lokaler NGOs aus: “In Ingushetia there work more than 40 international organisations like ICRC, OCHA, United Nations-Organisations, they spend a lot of money, they help the people but they did nothing to development for local organisations. But if they did some projects through local organisations it would be very effective and useful for local small organisations.”<sup>236</sup>

---

<sup>235</sup> Interview CI.

<sup>236</sup> Interview RRC.

## 6.2. KOOPERATION MIT INGOs

Es ist für humanitäre Organisationen in ihrem Umfeld fast unmöglich, nicht zu kooperieren – zumindest auf der untersten der eingangs dargestellten Ebenen: Auch für Organisationen, die keine aktive Partnerschaften mit anderen lokalen NGOs, INGOs oder IGOs eingehen, ist es unerlässlich, Informationen auszutauschen oder über die Situation im Nordkaukasus zu diskutieren: “Of course there is an informal network, of course our people in the field meet with people from other organisations and discuss and change information. But we do not have a formal partnership with another NGO in Chechnya.”<sup>237</sup> Das Gros der Mitarbeiter von INGOs sind lokale Mitarbeiter (local staff). Wie zahlreiche Beispiele zeigen, wird das Know-How, das sich lokale Mitarbeiter bei INGOs aneignen, häufig in neu gegründete lokale NGOs mitgenommen und dort umgesetzt. So entsteht eine Nachhaltigkeit, die eine Fortsetzung der Arbeit von INGOs (ebenso wie von IGOs) sicherstellt: “When we started in 1999 we had already big experience because we used to work with NRC, the Norwegian Refugee Council, and then we developed the local NGO Caucasian Refugee Council.”<sup>238</sup> Die Kooperationen von INGOs untereinander können als problemlos beschrieben werden. Speziell dann, wenn, wie bei MSF, der Kooperationspartner den gleichen Namen trägt:

“We have a very close collaboration, here in Russia we have an extremely good relationship between the sections for several reasons: We have the same name, if one of the sections does something not correct it would affect all the others so it’s a necessity that we talk regularly which we do nearly every day and we meet regularly. Also for security reasons we collaborate.”<sup>239</sup>

Die Anzahl der Kooperationspartner von INGOs variiert stark. Einen Ansatz ohne Kooperationen mit anderen INGOs oder IGOs vertritt MSF. Sie arbeiten ausschließlich mit den jeweiligen Kollegen der MSF-Organisationen aus den verschiedenen Ländern zusammen (Ausnahmen sind Informationsaustausch und Sicherheitsbelange). Andere INGOs wagen sich bei ihren Kooperationen in ein anderes Extremum. Sie implementieren gemeinsam Projekte oder spenden donor-Gelder, obwohl

---

<sup>237</sup> Interview MSF B.

<sup>238</sup> Interview CRC.

<sup>239</sup> Interview MSF B.

sie in Russland über keinen Sitz verfügen. Mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel wie Fax, E-Mail oder Skype (Online-Telefonie) wurden diese „Kooperations-Fernbeziehungen“ in den vergangenen Jahren enorm vereinfacht.

### **6.3. KOOPERATION MIT IGOs**

Dass ein effektives Kooperieren immer von zwei handelnden Partnern abhängt, ist offensichtlich. Ebenso ist einleuchtend, dass sich das Verhältnis der Kooperationspartner schlagartig ändern kann, sobald innerhalb eines dieser Partner die handelnden Personen alternieren. Je öfter solch eine Alternation (je nach Vertrag), desto schwieriger kann das für etwaige Kooperationen werden: “It’s similar to a relationship – we have good times, we have bad times, it depends on the situation.”<sup>240</sup>

#### **6.3.1. UNITED NATIONS (UN)**

“Actually the UNO-Agencies can only operate (...) through NGO’s, be it international, be it local (...).”<sup>241</sup> Kooperationen sind in der Regel eine äußerst positive Gelegenheit, an ein Projekt heranzugehen. Nicht nur, dass verschiedene Blickwinkel Ineffektivitäten oder mögliche Probleme eher aufzudecken in der Lage sind, darüber hinaus kann ein gemeinsames Auftreten bei der Suche nach Geldgebern einen durchaus positiven Effekt erzielen. Deshalb besitzt jede UNO-Organisation ein Netz an Verbindungen zu NGOs und staatlichen Institutionen, da sonst effektives Implementieren von Projekten kaum möglich wäre. Das gilt umso mehr in einer Region wie dem Nordkaukasus: “Without doubt cooperation increases the success of implementation of the activities and resolution of conflict situations. It is crucial for organizations operating in conflict and post-conflict areas to coordinate the activities with local, federal and UNO security agencies to ensure the security of personnel and project

---

<sup>240</sup> Interview HWA.

<sup>241</sup> Interview OCHA.

implementation.”<sup>242</sup> Dennoch kann Kooperieren und gemeinsames Ausführen von Projekten in gewissen Situationen auch Nachteile mit sich bringen: “There might be situations when prompt operation is needed; however, decision making, administrative and operating procedures in different organizations might slow down the process of project implementation.”<sup>243</sup> UNO-Organisationen arbeiten mit einer großen Zahl lokaler NGOs und INGOs zusammen, sie sind in den Sektor-Gruppen diejenigen Organisationen, die üblicherweise den Vorsitz und die Koordinierungsaufgaben übernehmen. UNO-Organisationen (ebenso wie INGOs) haben fallweise den Ruf, ohne Nachhaltigkeit zu agieren. Andererseits sind UNO-Organisationen, speziell in Kreisen lokaler NGOs, aber auch bei staatlichen und lokalen Körperschaften äußerst angesehen als kompetente Akteure, die im Bereich humanitärer Hilfe auf Jahrzehnte lange Erfahrung zurückblicken können: “UNO have a very good reputation and weight in the view of our officials.”<sup>244</sup>

### 6.3.2. DONORS

Donors sind meist Regierungen oder IGOs wie die Europäische Union (bzw. ein entsprechendes Organ). In Ausnahmefällen finanzieren sich die Organisationen ausschließlich selbst: “We have our own staff and our own funding so we are not depending on other organisations.”<sup>245</sup>

Die Beziehung der Donors zu den Empfängern ist klar definiert. Dass diese strengen Reglements durchzuführen sind, liegt daran, dass selten, aber doch, Organisationen auftauchen, die von der Seite der Donors als unzuverlässig eingestuft werden müssen. Die strikten Überprüfungen der vorgegebenen Regeln lässt eine Partnerschaft zwischen Donor und Empfänger kaum zu. Vielmehr handelt es sich um eine notwendige Geschäftsbeziehung: “The relationship is very clear. You could say it’s a partnership agreement, we provide an amount of money based on very

---

<sup>242</sup> Interview UNESCO.

<sup>243</sup> Ebenda.

<sup>244</sup> Interview FARN.

<sup>245</sup> Interview MSF H.

clear and transparent rules, but rules which have a high standard of administrative accountability which has to be respected. If it cannot be respected then this partnership unfortunately has to end.”<sup>246</sup>

#### 6.4. VERHÄLTNIS ZUM STAAT

Peter Wahl<sup>247</sup> entwirft ein dreistufiges Modell von Strategien, die Staaten gegenüber NGOs aufweisen: Sie können erstens kooperieren, zweitens instrumentalisieren oder drittens auf Konfrontationskurs mit NGOs gehen. Betrachtet man dieses Modell anhand der Situation humanitärer NGOs im Tschetschenien-Konflikt, ergibt sich ein ambivalentes Bild. Differenziert werden muss in diesem Fall zwischen föderalen Behörden in Moskau und den lokalen Behörden auf Republiksebene. Für die für den vorliegenden Beitrag relevanten humanitären Akteure sind primär die Behörden der Republik Tschetschenien, in der der Großteil der Projekte ausgeführt wird, von Bedeutung: „We always work with local administration and it is very fruitful – they know the villages there and they know people’s needs. Actually we are dependent on them for being allowed to work in there, for even get into the territory, so we have to deal with local village and district administration.”<sup>248</sup> Hier besteht insofern eine reziproke Abhängigkeit, als humanitäre Akteure sämtliche bürokratischen Angelegenheiten (z. B. die Erlaubnis, nach Tschetschenien einzufahren) mit diesen Behörden zu regeln haben, wobei bei Problemen mit diesen Behörden die humanitären Akteure als letzte Konsequenz die Möglichkeit haben, abzuziehen oder ihre Projekte in anderen Republiken (etwa im Zusammenhang mit Binnenflüchtlingen) durchzuführen. In diesem Fall würden sich die Differenzen mit den Behörden direkt bei den betroffenen beneficiaries auswirken: “In Chechnya I would say authorities are pretty cooperative and they have to cause they know that we are working there, we are all basically located there to work in Chechnya.”<sup>249</sup> Naturgemäß kommt es dennoch gelegentlich zu Problemen in

---

<sup>246</sup> Interview ECHO.

<sup>247</sup> Vgl. Wahl, 2000, S. 302.

<sup>248</sup> Interview DRC.

<sup>249</sup> Interview ACF.

der Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden, wobei man diese nicht als genuin strategische Debatten klassifizieren kann, sondern vielmehr als vereinzelt auftretende Dispute, die oft von Einzelpersonen verursacht sind: “About the local authorities, I would say that it depends on the persons basically, in Ingushetia it has been one big difficult until this summer because the person in charge for NGOs and organisations in the North Caucasus was obviously trying to put a lot of pressure on us. Then this person changed and now it’s fine.”<sup>250</sup> Andere Probleme resultieren aus Unterschieden in bestimmten Ansichten oder aus prinzipiellen Mentalitätsunterschieden, wobei auch die Tatsache, dass es sich um ein Gebiet handelt, in dem ein Konflikt herrscht, nicht vergessen werden darf. Dementsprechend muss auch mit den lokalen Behörden entsprechend sensibel umgegangen werden: “People here are thinking about today because tomorrow nobody knows who will be in power. So they are trying to gain as much as possible for themselves.”<sup>251</sup> Derartige Vorkommnisse dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf lokaler Ebene von veritablen kooperativen Partnerschaften und gemeinsamen Strategien zwischen Behörden und humanitären Akteuren (speziell UNO-Organisationen) gesprochen werden kann. Auf der Ebene von Ministerien beispielsweise werden viele humanitäre oder Entwicklungs-Projekte, etwa im Bildungs- oder Gesundheitssektor, von internationalen Organisationen oder INGOs gemeinsam mit solchen lokalen Organen (Bsp. Tschetschenisches Ministerium für Gesundheit, für Bildung etc.) implementiert. Diese Zusammenarbeit ist meist elementar für den Erfolg von Projekten und damit für die Verbesserung der Lebensbedingungen von beneficiaries, also der Bevölkerung der Republik, für die diese Behörden verantwortlich zeichnen. Insofern liegt es im Interesse der lokalen Behörden, die aus nächster Nähe miterleben, wie sich die Situation im Konfliktgebiet darstellt, produktiv mit der humanitarian aid community zusammenzuarbeiten: Auf der lokalen Ebene kann daher nach Wahls Modell durchaus von einer Kooperationsstrategie ausgegangen werden. Anders verhält es sich auf föderaler Ebene. Hier sind die Vorzeichen unterschiedlich. Der Kreml hat seit jeher ein gespanntes Verhältnis zum NGO-Sektor (primär zu Menschenrechts-NGOs), woraus folglich eine

---

<sup>250</sup> Ebenda.

<sup>251</sup> Interview CI.

sehr rigorose Gesetzgebung resultiert. Hinzu kommt, dass in Russland von staatlicher Seite der Krieg in Tschetschenien und die damit verbundene humanitäre Krise faktisch oftmals geleugnet wird. In vielen Fällen ist die föderale Strategie, speziell NGOs zu diskreditieren, die „heikle“ Bereiche wie Menschenrechte tangieren und ansprechen, evident. Dieses sowjetische Erbe beeinflusst das Verhältnis des Staates zur humanitarian aid community:

“Russia is a donor itself to humanitarian crisis in the world so obviously there is an internal reflection to be done on how far this humanitarian aid in Russia is still relevant. Russia is playing a crucial role in the energy sector, it’s not a poor country, it’s becoming international very assertive. They don’t like to be treated as a normal country, they want to be treated as a power, and this goes of course along in the way they treat UNO and NGOs and international Agencies working in the North Caucasus, this is quite obvious.”<sup>252</sup>

Angesichts dessen muss eher von einer Konfrontationsstrategie des russischen Staates gegenüber dem NGO-Sektor ausgegangen werden. Von Seiten föderaler Institutionen, aber auch humanitärer Organisationen wird speziell NGOs, die vorwiegend im Feld der Menschenrechte aktiv sind, häufig vorgeworfen, einen offensichtlichen Konfrontationskurs gegenüber dem Staat zu verfolgen. Dem kann folgendes Zitat gegenübergestellt werden: “We try to act together and of course we would like and try to cooperate with the authorities because we couldn’t do anything without them. And to be always in opposition against authorities is not effective – it’s counterproductive.”<sup>253</sup> Generell kann festgestellt werden, dass die Beziehung der humanitarian aid community zum Staat Russland auf einer Fülle von bürokratischen Vorschriften basiert, womit sich die Organisationen auch abfinden. Je länger die Erfahrung in diesem Bereich ist, desto eher findet man sich damit ab: “Of course it’s bureaucratic and it’s difficult but we try to work according to the law, we basically fulfil everything. In that sense we have a good cooperation.”<sup>254</sup>

---

<sup>252</sup> Interview ECHO.

<sup>253</sup> Interview CAC/Memo.

<sup>254</sup> Interview MSF H.



## 6.5. INFORMELLE BEZIEHUNGEN LOKALER NGOs, INGOs UND IGOs

In einer vergleichsweise kleinen humanitarian aid community wie im Nordkaukasus, wo man sich untereinander kennt, entstehen häufig persönliche informelle Beziehungen. Es wird von Mitarbeitern humanitärer Organisationen als besonders wichtig angesehen, dass man Beziehungen auch abseits des täglichen Büro-Kontakts zu seinen Kollegen pflegt. Sei es, um zumindest zeitweise dem Arbeitsalltag, der immerhin in einer immer noch äußerst unsicheren Sicherheitslage passiert, auszuweichen, oder auch, um über berufliche Agenden zu diskutieren oder Informationen auszutauschen: “(...) most things are based on personal relations, that’s very important and in the North Caucasus it’s such a small community where people are living under specific conditions and they have to communicate to each other.”<sup>255</sup> Somit vermischen sich private und berufliche Ebene unweigerlich. Je mehr und je länger man im beruflichen Alltag kooperiert, desto dauerhafter kann auch eine informelle Beziehung werden – bis hin zu langjährigen Partnerschaften:

“I am a favour of a personal a more trustful relationship and I think that has a lot of possibilities because anyway you have different backgrounds I am from the west, they are from the Caucasus, different people, different mentality, culture and you understand it much better, and they are much more open to you when you have a more closer, friendly relationship, I see it as quite important.”<sup>256</sup>

Das könnte vermuten lassen, dass intensive informelle Beziehungen die Basis für effektive Arbeitsbeziehungen darstellen und das Klima für Kooperation und Koordination generell erleichtern. Tatsächlich müssen die formelle und die informelle Ebene allerdings vollkommen getrennt voneinander betrachtet: “Because we all know each other personally, you’d think coordination is better but one of the great ironies here is that though meeting each other socially contributes to greater trust but professional coordination is pretty weak.”<sup>257</sup> Ähnliche informelle Beziehungen finden ebenso in Moskau statt, wenn auch unter offensichtlich ver-

---

<sup>255</sup> Interview WFP.

<sup>256</sup> Interview Dorcas.

<sup>257</sup> Interview WVI.

änderten Voraussetzungen. Im Gegensatz zu den Städten im Nordkaukasus, in denen das gesellschaftliche Leben geografisch und infrastrukturell bedingt sehr kumuliert abläuft, sind in Moskau umfangreiche Möglichkeiten etwa zur Abendgestaltung gegeben. Man trifft seine Kollegen zwar in Meetings. Das bedeutet aber nicht per se, dass man innerhalb der humanitarian aid community auch informelle Beziehungen pflegt. Folglich ist auf Moskau-Ebene zu beobachten, dass informelle Beziehungen oft zwischen Mitarbeitern gleicher Nationalität zustande kommen – naheliegenderweise auch aus sprachlichen Gründen.

## 7. Probleme humanitärer Organisationen im Nordkaukasus

Humanitäre Organisationen, die im Gebiet eines Konflikts arbeiten, sehen sich vielen Herausforderungen gegenüber. Im Folgenden wird näher auf drei Probleme eingegangen: Die Abhängigkeit von Geldgebern, den Sicherheitsaspekt und das aktuelle russische NGO-Gesetz aus dem Jahr 2006. Das bedeutet keineswegs, dass damit die Bandbreite auftretender Schwierigkeiten abgedeckt ist, sondern lediglich, dass sich diese Aspekte bei den Interviews klar herauskristallisierten.

### 7.1. WER IST VON WEM ABHÄNGIG?

Das Risiko, speziell für lokale NGOs, von den Geldgebern (donors) abhängig zu werden, wie Reinhardt<sup>258</sup> es formuliert, ist definitiv vorhanden. Allerdings liegt dies in der Natur der humanitarian aid community, die letztlich gleichsam hierarchisch konstituiert ist. Die humanitären Akteure befinden sich also de facto in einer Krisenregion, weil dort Menschen humanitäre Hilfe benötigen, aber auch, weil in diesem Gebiet Geld in Form von donor-Finanzierung zu verdienen ist. Naturgemäß kommt es dabei zu einem Wettbewerb um die donor-Gelder, wobei den Geldgebern die Aufgabe zukommt, zu entscheiden, welche Organisationen als Partner eingesetzt werden und in weiterer Folge, ob diese auch tatsächlich die anvisierten Aufgaben den Richtlinien entsprechend, erfüllen. Frei nach dem Motto „Wer das Geld hat, bestimmt, was passiert“ suchen die Geldgeber sich aus dem Angebot der möglichen Partner die fähigsten und vertrauenswürdigsten aus: “I think it is real competition. Many of these international organisations, they exist because of donor money. So if there is a conflict, they are there and when there is no conflict they have to withdraw because no money is provided any more.”<sup>259</sup> Analog stellt sich die Situation bei UNO-Organisationen und lokalen

---

<sup>258</sup> Vgl. Reinhardt, 2002, S. 369.

<sup>259</sup> Interview Dorcas.

Partnern dar: Auch in dieser Konstellation ist formell ein Partner der Geldgeber, während der andere Partner Empfänger und von außen betrachtet häufig der abhängige, in dieser Hierarchie ganz unten stehende Teil dieser Geber-Empfänger-Konstellation ist. Derartige Schwächen versuchen UNO-Organisationen und INGOs zu kompensieren. Immerhin muss es deren Bestreben sein, mit kompetenten, verlässlichen und letztlich gleichberechtigten Partnern auf gleicher Stufe zu kooperieren: "You have to treat a local NGO like a partner."<sup>260</sup>

## 7.2. SICHERHEIT

Der bislang folgenschwerste und grausamste Übergriff auf Mitarbeiter humanitärer Organisationen im Tschetschenien-Konflikt war der bereits erwähnte Mord an sechs Mitarbeitern des IKRK im Jahr 1996. Ein weiterer spektakulärer Fall war die Entführung des Leiters des UNHCR-Büros in Wladikawkas, Vincent Cochetel, am 29. Jänner 1998. Er wurde vor seiner Wohnung von maskierten Bewaffneten gekidnappt und kam erst nach einer 317 Tage dauernden Gefangenschaft wieder auf freien Fuß.<sup>261</sup> Unter dem Aspekt der Sicherheitslage rückt die Kooperation mit lokalen NGOs, Journalisten oder anderen Zivilpersonen noch mehr in den Vordergrund. Infolge einer äußerst begrenzten Anzahl von Transportmitteln, Straßen in schlechtem Zustand und enormer Gefahr von Überfällen bewaffneter Banden kann auch der Transport von einem Punkt zum anderen eine eminente Herausforderung im Nordkaukasus darstellen. Eine weitere Hürde stellt die teils sehr zeitintensive Bürokratie dar. Durch das vielschichtige System militärischer und ziviler offizieller Stellen, sowie die diversen Arten von Visa und Befugnissen kann ein solcher Transport auch sehr kostenintensiv sein. Am 27. Juli 2006 wurde für Tschetschenien die Sicherheitsstufe von fünf (Evakuierung) auf vier (eingeschränkte Operationen) und damit auf das Level der Nachbarrepublik Inguschetien herabgesetzt. Damit ist es internationalen Organisationen wieder möglich, in Tschetschenien Büros zu eröffnen.

---

<sup>260</sup> Interview HWA.

<sup>261</sup> Vgl. Interview with Vincent Cochetel: "Why did I survive and other hostages didn't?" unter URL: <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/3b8130d49.html> [25.2.2008].

Viele bleiben aber dennoch außerhalb und arbeiten von Nachbarrepubliken aus. Auch dort bewegen sich expatriates außerhalb ihrer Büros, etwa in Nasran (Republik Inguschetien), kaum ohne bewaffnete Bewachung (guard). Zu groß ist nämlich nach wie vor das Risiko von Angriffen. Dass dem Sicherheitsaspekt bei humanitären Organisationen, die im Nordkaukasus agieren, oberste Priorität zukommt, liegt an den negativen Erfahrungen, die vor allem von 1996 bis 1999 gemacht wurden. In dieser Zeit wurden zahlreiche russische und internationale Mitarbeiter humanitärer und anderer Organisationen entführt und sogar ermordet. Deshalb ist die Skepsis immer noch immens hoch und das Vertrauen in fremde Sicherheitssysteme äußerst gering:

“I think it is important to share a lot of issues regarding security but then also if there is a conflict you have to watch things because a lot of NGOs, a lot of organisations, a lot of people just come and kind of break every single security rule which there is and bring others in danger so you have to be very careful. And every organisation has its own security rules which are not compatible with each other.”<sup>262</sup>

### 7.3. DAS AKTUELLE NGO-GESETZ VON 2006

Gesetze, welche die Arbeit von NGOs regeln, sind in Russland wie auch in vielen anderen Staaten nichts Neues. Vor 2006 regulierte in erster Linie das 1995 verabschiedete Vereinsgesetz, das relevant für sämtliche gesellschaftliche Vereinigungen mit Ausnahme religiöser und kommerzieller Organisationen war, die Arbeit nicht-staatlicher Organisationen recht klar. Unter anderem definierte der dritte Abschnitt des Gesetzes folgende Pflichten für die Organisationen:<sup>263</sup>

„Als Pflichten gelten die Einhaltung der Gesetze sowie der jeweiligen Statuten und eine Informationspflicht über die Tätigkeit gegenüber der Behörde, die die jeweilige Vereinigung registriert hat. Verstößt eine Vereinigung gegen das Gesetz, kann ihre Tätigkeit auf Initiative der Staatsanwaltschaft oder der Registrierungsbehörde gerichtlich ausgesetzt werden. In der Folge kann die Vereinigung liquidiert werden, wenn die rechtswidrigen Umstände nicht innerhalb der festgelegten Frist beseitigt wurden.“<sup>264</sup>

---

<sup>262</sup> Interview MSF H.

<sup>263</sup> Vgl. Bister, 2000, S. 69ff.

<sup>264</sup> Ebenda, S. 72.

Solche Richtlinien unterliegen meist einem dehnbaren Interpretationsrahmen, von dem seitens der Behörden teilweise auch Gebrauch gemacht wird. Das wiederum wirkt sich unmittelbar auf die Tätigkeiten von NGOs aus. So kam es 1999 in verschiedenen russischen Regionen zu Schikanen gegenüber NGOs oder auch Liquidierungen von NGOs aller Sparten. Probleme bei der Registrierung werden durch das neue Gesetz vermehrt auftreten. Das befürchten jedenfalls NGO-Vertreter. Experten sehen in dieser Entwicklung einerseits einen Hinweis darauf, dass NGOs vom Staat ernst genommen werden und Respekt vor ihnen vorhanden ist, andererseits würde es in demokratischen Staaten ähnliche Repressionen kaum mehr geben.<sup>265</sup> Ein weiteres – Experten zufolge das größte – Problem für NGOs ist die undurchsichtige Steuergesetzgebung in Russland. Das 2001 in Kraft getretene Steuergesetzbuch berücksichtigt etwa nicht-kommerzielle Organisationen nicht, die Dienstleistungen kostenlos erbringen (etwa Verteilung von Nahrungsmitteln im humanitären Bereich oder juristische Unterstützung im Menschenrechtsbereich). Gemäß dem Gesetz muss für derartige Aktivitäten eine dem Markt für solche Leistungen angepasste Mehrwertsteuer von Seiten der Organisationen bezahlt werden. Ebenso steuerlich abgabepflichtig werden den Bestimmungen nach jene Personen, die von den gratis angebotenen Leistungen der Organisationen profitieren.<sup>266</sup> Da bereits die Gesetzgebung durchaus restriktiv ausgelegt werden kann, fragen sich viele Vertreter von NGOs, weshalb dieses verschärfte, seit April 2006 geltende Gesetz notwendig war. Russland-Experten sehen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den politischen Umstürzen der vergangenen Jahre in Georgien, der Ukraine und in Kirgisien und der Ankündigung für einen neuen Gesetzesentwurf von FSB-Chef<sup>267</sup> Nikolaj Patruschew. Die Notwendigkeit eines solchen unterstrich Patruschew mit der Erklärung  
„terroristische und andere Organisationen bereiteten in der gesamten GUS<sup>268</sup>, also auch in Russland mit ausländischer Unterstützung Umstürze wie in Georgien, der Ukraine und Kirgisien vor. Er kündigte einen Gesetzesentwurf an,

---

<sup>265</sup> Vgl. ebenda, S. 140.

<sup>266</sup> Vgl. Bister, 2002, S. 123.

<sup>267</sup> Föderaler Sicherheitsdienst.

<sup>268</sup> Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

um die Tätigkeit russischer NGOs und ausländischer Geberorganisationen besser kontrollieren zu können.<sup>269</sup>

Für russische NGOs ändert sich außer zusätzlicher Arbeit und erweiterter Kontrollmöglichkeiten durch den Staat infolge der neuen Gesetzeslage wenig. Eine Neuerung besteht in der Differenzierung zwischen NGOs, die mit Hilfe staatlicher Stellen gegründet wurden, und solchen, deren Entstehen ausschließlich private Personen initiierten, wobei Einschränkungen und Diskriminierungen primär für die zweite Gruppe vorgesehen sind. Außerdem ist für russische NGOs die Regelung relevant, dass NGOs automatisch liquidiert werden, sollte deren Gründer rechtskräftig wegen Geldwäsche oder anderer Wirtschaftsvergehen verurteilt worden sein. Einschneidender sind allerdings die gesetzlichen Änderungen hinsichtlich ausländischer gesellschaftlicher Organisationen mit Vertretungen in Russland:

„Die bisher am weitesten unter den Vertretungen von Stiftungen, humanitären Organisationen, aber auch von Wirtschaftsunternehmen, verbreitete Form der Registrierung als ‚Vertretung einer ausländischen juristischen Person‘ ohne Bildung einer eigenen juristischen Person in Russland soll verboten werden. (...) Noch zusätzlich erschwert wird die Arbeit ausländischer Organisationen in Russland durch die Forderung, sich künftig als ‚Gesellschaftliche Organisation‘ nach russischem Recht registrieren zu lassen. Gleichzeitig wird Ausländern ohne einen mehr als einjährigen Aufenthaltstitel aber die Gründung russischer ‚Gesellschaftlicher Organisationen‘, die Mitgliedschaft oder das Engagement in ihnen verboten. Bleibt also die Frage, wer diese Organisationen gründen und sie leiten soll. Offensichtlich keine Nichtresidenten, wie bisher übliche internationale Praxis.“<sup>270</sup>

Unbeeindruckt zeigten sich die Duma-Abgeordneten über alle unmittelbar nach Bekanntmachung des Gesetzesentwurfs aufkommenden Proteste und Forderungen, die Abstimmung zu verschieben. So kritisierten etwa Ella Pamfilowa (Vorsitzende des präsidentialen Rats zur Mitwirkung an der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte) und Wladimir Lukin (Menschenrechtsbeauftragter) das Gesetz scharf, da es viele NGOs und das gesellschaftliche Leben in Russland ersticken werde

---

<sup>269</sup> Siegert, Jens: Spezoperazija. Das neue NGO-Gesetz, unter URL: <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen82.pdf>, S. 7 [25.02.2008].

<sup>270</sup> Ebenda, S. 8.

und sich als schädlich für die Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft erweise. Sogar US-Präsident George W. Bush sprach das Gesetz an und drückte seine Besorgnis dahingehend im direkten Gespräch mit Präsident Wladimir Putin aus.<sup>271</sup> Die konkreten gesetzlichen Hürden für NGOs bestehen in erster Linie darin, dass die zur Registrierung der Organisation erforderlichen Unterlagen und Dokumente oft nur sehr schwer zu beschaffen sind. Darüber hinaus ist eine Mehrzahl an Berichten zu verfassen, wobei von Seiten der Behörden unzureichend Information darüber ausgegeben wird: "(...) we have to report for every little step and it's impossible, it's really impossible, we have to give them preventive information about all our future steps. (...) The most important thing is that if they want they can break every organization."<sup>272</sup> Letztlich scheint es evident, dass diese zusätzlichen Tätigkeiten die Arbeit von NGOs in Russland erschweren und damit einschränken sollen. Dadurch werden mit dieser Gesetzgebung aber nicht nur NGOs und deren Möglichkeit, effektiv zu arbeiten, sondern der gesamte oben dargestellte Kreislauf reziproker Kooperationen und partnerschaftlicher Arbeitsbeziehungen beeinträchtigt:

"Obviously if our partners cannot work there is no implementing of EU-ECHO funding so we are cut off. Our funding capacity will be cut off from the reality, from beneficiaries. (...) We remain hopeful that this NGO law will be implemented in administrative correct way and will not be used for political purposes, as many are afraid of."<sup>273</sup>

Speziell weniger finanzkräftige Akteure, für die etwa die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitskräfte zur Bewältigung der erhöhten Anforderungen unmöglich ist, sehen sich mit großen Problemen konfrontiert: "But I think for smaller NGOs it can probably be an obstacle. (...) you need people to do a lot of paper work. It costs you money and if you are a small NGO then of course it can be an obstacle."<sup>274</sup> Andere NGOs fühlen sich durch das neue Gesetz kaum beeinträchtigt und sprechen dem Staat auch das Recht zu, die Aktivitäten von NGOs auf seinem Territorium zu kontrollieren. Ihrer Auffassung nach handle es sich daher um eine

---

<sup>271</sup> Vgl. Ebenda.

<sup>272</sup> Interview CAC/Memo.

<sup>273</sup> Interview ECHO.

<sup>274</sup> Interview MSF B.



Maßnahme, die auch in anderen Staaten Anwendung finden würde. Insgesamt jedoch herrscht eine überwiegend ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz unter NGOs vor. Diese beruht in erster Linie auf der zu weitgehenden staatlichen Kontrolle, die zu einer erheblichen Beeinflussung und Einschränkung der Arbeit führt. Es wird der Eindruck erweckt, als ob der NGO-Sektor so lange als schuldig gelte, bis seine Unschuld bewiesen sei. Genau das Gegenteil sollte aber der Fall sein.

#### **7.4. ZUKUNFT DER ORGANISATIONEN**

Das zukünftige Handeln der humanitären Organisationen im Nordkaukasus korreliert eng mit der Sicherheitslage und der allgemeinen politischen Situation in der Region. Da aufgrund der relativen Stabilisierung Tschetscheniens sukzessive weniger humanitäre Aktivitäten vonnöten sind, werden weiterhin humanitäre Organisationen das Feld räumen, um vermehrt von Akteuren aus dem Entwicklungsbereich ersetzt zu werden:

“We mainly provide support to the population when they are in a critical situation which is not being the case any more in Chechnya. Of course there are still big problems – I don’t say that there are no problems any more – but the type of problems encountered in Chechnya are not the business of that [emergency; Anm. HS] NGOs any more.”<sup>275</sup>

Die von den beneficiaries benötigte Unterstützung wechselt derzeit von der Sicherstellung von Grundbedürfnissen wie Essen, Wasser, Gesundheit und Wohnen mehr und mehr zu Aktivitäten wie Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten, Verbesserungen im Gesundheitssystem, soziale Entwicklung etc.: “(...) there has already been a long period of emergency here in Chechnya and Ingushetia and maybe it shouldn’t last that long because emergency simply corrupts beneficiaries, it makes them dependent on this aid.”<sup>276</sup> Aber auch in diesen Bereichen rechnen INGOs mit einem zeitlich beschränkten Engagement, sofern die Bedingungen stabil bleiben: „Was heißt längerfristig, vielleicht noch ein, zwei Jahre und ich glaube (...), dass dann nur noch die UNO da sind und lo-

---

<sup>275</sup> Interview ACF.

<sup>276</sup> Interview PHO.

kale NGOs.“<sup>277</sup> Diese Vermutung wird von lokalen NGOs im Wesentlichen bestätigt.

## 7.5. ZUKUNFT DER REGION

Bei der Einschätzung der Zukunft des Nordkaukasus herrschen einerseits Hoffnung, andererseits aber Unsicherheit und Zweifel vor. Besonders hinter der Kontinuität der erreichten Stabilität und damit einhergehend der Person des neuen starken Mannes in Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, ist ein großes Fragezeichen zu setzen, wobei manche ihn und seine Methoden als gefährlich einstufen: “Chechnya is a Potemkin’s village now, everything is reconstructed, but what is underneath? (...), it’s not seen so well as it was before, not so many houses destroyed and not so many violent acts which can be seen, but it doesn’t mean that it doesn’t happen. So it’s even more dangerous in some ways one could say.”<sup>278</sup> Andererseits investiert Kadyrow eine Menge Geld in den Wiederaufbau Tschetscheniens und hier in erster Linie in den Wiederaufbau von Grosny. Geld, das zu einem Großteil von der Bevölkerung selbst kommt, indem es etwa von den Gehältern abgezogen wird. Dennoch sind viele Menschen sehr zufrieden mit der Tatsache, dass gebaut wird, und dass sich die Situation offensichtlich zum Besseren wendet. Am deutlichsten sichtbar ist dieser Aufschwung in der Hauptstadt Grosny: “So the construction is going on yes, but it is very difficult to say, (...) I think that people especially in Chechnya they are so tired of this two war campaigns and all the losses (...) people are very glad that at least some streets are reconstructed and that they don’t need to watch every day those ruins.”<sup>279</sup> In Tschetschenien beginnen völlig verzweifelte Menschen plötzlich wieder Mut zu fassen. Vorsichtigen Optimismus und Hoffnung auf eine bessere Zukunft des Nordkaukasus bekundet auch die Mehrzahl der lokalen NGO-Vertreter: “Maybe in five or ten years in Chechnya, in Caucasus there will be peace and I hope that tourists from Europe will come to the Caucasus – as tourists and not as staff of inter-

---

<sup>277</sup> Interview Help.

<sup>278</sup> Interview DRC.

<sup>279</sup> Interview Chechenfund.

national organisations.”<sup>280</sup> Einige lokale Mitarbeiter sehen die Zukunft allerdings misstrauisch, schließlich waren sie auch nach dem ersten Krieg äußerst optimistisch gewesen und mussten dann einen zweiten Krieg erleben. Nun warten sie auf einen nächsten Krieg. Tendenziell pessimistisch wird die aktuelle Situation und die Zukunft Tschetscheniens auch von der Mehrheit der Vertreter internationaler Organisationen betrachtet. Das historische Erbe in der Region des gesamten Kaukasus, in der selten über einen längeren Zeitraum Frieden herrschte, nährt diesen Pessimismus. Hinzu kommt die Schwierigkeit einer multi-ethnischen Region:

“I think it will always stay a conflict area, not only Chechnya but the whole northern Caucasus – Ingushetia, North Ossetia, also Georgia with South Ossetia. There are too many different peoples, too many different backgrounds. It will never be a quiet area. It will come in waves like it always was. Now it’s more or less quiet, but people are waiting – I talked with them – they are just waiting for the next terrorist attack. It can happen in Dagestan, it can happen in Ingushetia, North Ossetia but they are just waiting.”<sup>281</sup>

Um die Situation in Tschetschenien realistisch beurteilen zu können, müssen demzufolge auch die Nachbarrepubliken beobachtet werden, in denen noch immer täglich Waffen gefunden werden oder Schießereien vorkommen. Innerhalb Tschetscheniens wird vor allem die fehlende Nachhaltigkeit in den Aktivitäten der tschetschenischen Führung bemängelt:

“What we see right now here, these are political actions which are being directed quite heavily from Moscow level. They are not carrying out a sustained change, you know without whatever reconstruction is taking place in Chechnya again, it does not address the basic necessary factors for improving people’s lives, you know. Because Chechnya right now, I like this definition for Chechnya, it’s a pirate kingdom, which functions not like an average or regular Russian region you know Chechnya has its own status.”<sup>282</sup>

Wie in vielen Konfliktgebieten der Erde muss man davon ausgehen, dass Tschetschenien und der gesamte Nordkaukasus lange mit den Folgen der Kriege zu kämpfen haben werden. Tausende Menschen sind durch die Erlebnisse traumatisiert, für eine prosperierende Gesellschaft fehlen

---

<sup>280</sup> Interview RRC.

<sup>281</sup> Interview Dorcas.

<sup>282</sup> Interview WHO.

demzufolge opinion leader. Auch die Tatsache, dass zwei Generationen, die während der Kriegsjahre die Schule hätten besuchen sollen, dies nicht konnten, wird sich in Tschetschenien negativ auswirken: “(...) they [the children; Anm. HS] don’t have education at all – you can’t call it education at a tent school in the tent camp. And you see two generations without good education and without perspectives for the future.”<sup>283</sup>

---

<sup>283</sup> Interview FARN.

## **8. Resümee**

### **8.1. KOORDINATION UND KOOPERATION**

Die zentrale Forschungsfrage des vorliegenden Beitrags, ob humanitäre NGOs und IGOs in Konflikten kooperieren, kann ausdrücklich bejaht werden. Andernfalls bräuchten humanitäre Organisationen wenig Hilfe für die betroffene Bevölkerung, da ihre Arbeit vergleichsweise ineffektiv wäre. Außerdem muss Hilfe für die beneficiaries so abgestimmt und koordiniert werden, dass es zu keinen Überlagerungen bei Projekten kommt. Diese Koordination wird in erster Linie von OCHA, dem UNO-Büro für Koordination humanitärer Einsätze, umgesetzt. Eine Stufe unter dieser so genannten „general coordination“ wird die humanitäre Hilfe auf Basis der verschiedenen Aktivitäten in Sektoren eingeteilt. Innerhalb dieser Sektoren, wie Gesundheitswesen oder Bildung, werden die Aktivitäten der Organisationen von den entsprechenden UNO-Organisationen koordiniert (Bsp. WHO für Gesundheits-Sektor). Die Zusammenarbeit humanitärer Organisationen ist – neben dem Sicherheitsproblem – von Schwierigkeiten mit der Gesetzgebung und von finanziellen Abhängigkeiten geprägt. Letztere sind unvermeidlich, da es sich um eine hierarchische Struktur handelt, in der beispielsweise ein donor Geldgeber für eine INGO ist und diese wiederum für eine lokale NGO. Naturgemäß findet zwischen diesen Organisationen ein Wettbewerb statt.

#### **8.1.1. INFORMELLE BEZIEHUNGEN**

Der Grad der Kooperation zwischen den Organisationen ist sehr unterschiedlich und reicht vom erwähnten Informationsaustausch in kritischen Bereichen wie Sicherheit oder Projekt-Koordination, um Interferenzen zu vermeiden, bis zu langjährigen partnerschaftlichen Beziehungen zwischen INGOs und implementierenden lokalen NGOs. Erstere Variante praktiziert etwa die INGO Médecins sans frontières, die völlig unabhängig von anderen Organisationen und der Koordination von UN-OCHA und dem UNO-Sicherheitssystem agiert. Ausgenommen davon

ist lediglich der Informationsaustausch. Die zweite Variante tritt etwa im Fall der INGO Dorcas auf, die von Moskau ausgehend seit mehr als einem Jahrzehnt mit der lokalen NGO NOMCC in Wladikawkas Projekte im Nordkaukasus ausführt. Durch die lange Partnerschaft wurde nicht nur die Arbeitsbeziehung intensiviert, sondern es bildeten sich auch zwischen den Mitarbeitern der Organisationen enge Beziehungen auf informeller Basis. In einem Konfliktgebiet wie Tschetschenien, in dem die humanitarian aid community nicht allzu umfangreich ist, tragen solche informellen Beziehungen zwischen Mitarbeitern lokaler NGOs, INGOs und IGOs definitiv zu einem besseren Arbeitsklima bei. Allerdings erhöht das nicht per se die Effektivität der Koordination und Kooperation dieser Organisationen.

### **8.1.2. CAPACITY BUILDING**

Ein wichtiges Mittel, um die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung zu eruieren, ist für internationale Organisationen einerseits die Einstellung lokaler Mitarbeiter, andererseits die Kooperation mit lokalen NGOs. Diese kennen die Kultur, Sprache und Probleme der Menschen meist genau und sind deshalb ein essentieller Zugang zu beneficiaries. Häufig gründen ehemalige Mitarbeiter von IGOs oder INGOs, nachdem sie ausreichend Erfahrung und Kontakte gesammelt haben, eine neue lokale NGO. Diese bleibt im Sinne der Nachhaltigkeit über das Engagement der internationalen Organisationen hinaus bestehen und setzt deren Arbeit fort. Capacity building ist ein wichtiger Aspekt der Arbeit internationaler Akteure, die nur einen begrenzten Zeitraum im Krisengebiet verbringen, um, nachdem eine Verbesserung der Situation eintritt, das Feld lokalen Akteuren zu überlassen. Darum werden lokale Mitarbeiter regelmäßig in Seminaren und Kursen geschult, wobei den entscheidenden Punkt die Suche nach Geldgebern darstellt. Denn ohne Geld kann auch ein sonst perfekt ausgebildetes lokales NGO-Team kein Projekt durchführen.

## **8.2. SICHERHEIT**

Kooperation und Koordination sind wichtige Komponenten der Arbeit von NGOs und IGOs, die an Bedeutung und Wichtigkeit gewinnen, wenn diese Arbeit in einer unsicheren und gefährlichen Umgebung stattfindet. Zu solch einem Umfeld zählen Konflikte (wie jener in Tschetschenien) mit ihrer Unberechenbarkeit und immer wieder aufflammenden Gewalt. In zwischenstaatlichen Kriegen war es humanitären Akteuren möglich, die Kriegsparteien zu kontaktieren und beispielsweise humanitäre Zonen oder Korridore einzurichten. Die Entwicklung des Kriegsgeschehens verschob sich allerdings sukzessive in Richtung asymmetrischer Kriege und Konflikte. In solchen verschwimmen die Grenzen der Gegner: Die Zivilbevölkerung wird zum Semi-Kombattanten und das Schlachtfeld verlagert sich in die Dörfer und Städte. Ein Beispiel dafür ist die völlige Zerstörung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny und die damit einhergehende Ermordung Zehntausender (tschetschenischer und russischer) Zivilisten durch russische Bomben. Die Beendigung eines solchen Konflikts erfolgt nicht durch einen offiziellen Friedensschluss und Einstellung der Kampfhandlungen beider Gegner, sondern schleichend. Das erhöht die Unsicherheit in einer Situation, wie sie derzeit im Tschetschenien-Konflikt vorliegt. Dementsprechend essentiell sind adäquate Sicherheitsvorkehrungen für Mitarbeiter der humanitarian aid community. In diesem Punkt herrscht innerhalb der humanitären Akteure Einigkeit, weswegen alle Organisationen Informationen betreffend Sicherheit untereinander austauschen und viele unter dem Schirm gleicher oder ähnlicher Sicherheitssysteme agieren.

## **8.3. NGO-GESETZ**

Dass NGOs – seien es lokale oder internationale – in Russland mehr und mehr Schwierigkeiten mit föderalen Behörden haben, manifestiert sich im 2006 in Kraft getretenen NGO-Gesetz. Dieses bringt spezifisch für INGOs einen deutlich erhöhten bürokratischen Aufwand mit sich. Fast sämtliche NGO-Vertreter nehmen das Gesetz als politisches Mittel wahr, das ihre Arbeit kontrollieren und, falls nötig, einschränken oder beenden

kann. Ergo verfolgt der Staat Russland gegenüber dem NGO-Sektor eine mehr oder weniger aggressive und repressive Konfrontationsstrategie, die über das international übliche Maß an staatlicher Kontrolle hinausgeht. Anders präsentiert sich das Verhältnis der humanitarian aid community zu lokalen Organen und Behörden. Wenn es auch vereinzelt zu Differenzen interpersoneller Natur kommt, wird überwiegend eine Strategie der Kooperation gepflogen.

#### **8.4. ZUKUNFT**

Die Zukunft der humanitären IGOs und NGOs im Tschetschenien-Konflikt hängt stark von der politischen und demografischen Situation in der Region ab. Ambivalent wird vor diesem Hintergrund die Rolle des ehemaligen Premierministers Ramsan Kadyrow gesehen, der seit März 2007 tschetschenischer Präsident ist. Einerseits setzt er sich für einen schnellen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ein und bewies dies auch mit dem (zumindest von außen sichtbaren) Aufbau der Hauptstadt Grosny. Andererseits wird kritisiert, dass er die Mittel für diese Aktivitäten letztlich durch Besteuerung der Bevölkerung auftreibt. Außerdem klagen Menschenrechtsorganisationen an, dass nach dem kontinuierlichen Abzug der russischen Truppen, die sich massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, deren Vorgangsweise von Kadyrows Privatarmee („Kadyrowtsi“) in ähnlicher Weise fortgesetzt werde. Trotz nach wie vor regelmäßiger Rebellenangriffe, die sich auch vermehrt in Tschetscheniens Nachbarrepubliken Inguschetien und Dagestan verlagern, stabilisiert sich aber die Lage in Tschetschenien zunehmend. Unter der Voraussetzung, dass diese Entwicklung anhält, werden die humanitären Akteure, die Nothilfe (etwa Versorgung mit Wasser, Nahrung oder Unterkunft) liefern, vermehrt abziehen. Der nächste Schritt in Richtung „Normalisierung“ ist die Arbeit von Entwicklungs-Organisationen (etwa Einkommen schaffende Projekte) wie dem UNO Development Programme (UNDP). Allerdings braucht es in der multi-ethnischen Gesellschaftsstruktur des Nordkaukasus nur einen kleinen Funken, um wieder einen Flächenbrand auszulösen und das von Gewalt geprägte historische Erbe der Region fortzusetzen und die fragile Stabilität wieder zu zerstören.



## 9. Literaturverzeichnis

- Aall, Pamela/Miltenberger, Daniel /Weiss, Thomas G.: Guide to IGOs, NGOs and the Military in Peace and Relief operations, Washington D.C.: USIP Press, 2000
- Avksentiev, Viktor/Lobova, Ludmilla: Ethnopolitical Problems of Post-Soviet Russia/The Case of Northern Caucasus. In: Hinteregger, Gerald/Heinrich, Hans-Georg (Hrsg.): Russia/Continuity and Change, Wien: Springer, 2004, S. 527-546
- Bister, Anita: Die Menschenrechtsbewegung in Rußland und ihr Traum von der „zivilen Gesellschaft“, Universität Wien, Wien, Diplomarbeit, 2000
- Bister, Anita: Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Russland. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands/Band 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2002, S. 117-176
- Bloed, Arie/Pieter van Dijk (Hrsg.): The Human Dimension of the Helsinki Process, Dordrecht: Martinus Nijhoff Publishers, 1991
- Boutros-Ghali, Boutros: An Agenda for Peace/Preventive diplomacy, Peacemaking, Peace-keeping, New York: United Nations, 1992
- Boutros-Ghali, Boutros: Foreword. In: Weiss, Thomas G./Gordenker, Leon: NGOs, The UN and Global Governance. Boulder: Rienner, 1996, S. 7-12
- Buch, Hans Christoph: Die neue Weltunordnung, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1996
- Cede, Franz: Historische Einführung. In: Cede, Franz/Sucharipa-Behrmann, Lilly (Hrsg.): Die Vereinten Nationen. Recht und Praxis. Wien: Manz, 1999 (zit. 1999a), S. 3-9
- Cede, Franz: Die Grundsätze und Ziele der Vereinten Nationen. In: Cede, Franz/Sucharipa-Behrmann, Lilly (Hrsg.): Die Vereinten Nationen. Recht und Praxis. Wien: Manz, 1999 (zit. 1999b), S. 11-25
- Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, Leck: Rowohlt, 1963
- De Waal, Thomas: Zwei Jahrhunderte Konflikt/Eine Einführung. In: Hassel, Florian (Hrsg.): Der Krieg im Schatten/Rußland und Tschechien, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003, S.14-30

- Donath, Klaus-Helge: Rußland und der weltweite „Kampf gegen den Terror“. In: Hassel, Florian (Hrsg.): Der Krieg im Schatten/Rußland und Tschetschenien, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003, S. 222-238
- Duffield, Mark: NGO relief in war zones: towards an analysis of the new aid paradigm. In: Third World Quarterly, 3/1997, London, 1997, S. 527-548
- Dunlop, John B.: Russia confronts Chechnya/Roots of a Separatist Conflict, Cambridge: University Press, 1998
- Eberwein, Wolf-Dieter: Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und Konfliktbearbeitung. In ÖSFK (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung/Eine internationale Herausforderung, Münster: Agenda Verlag, 2001, S. 89-109
- Feigl, Karin: Der tschetschenische Widerstand vom Kaukasuskrieg bis zum 2. Weltkrieg, Universität Wien, Wien, Diplomarbeit, 2001
- Flick, Uwe: Stationen des qualitativen Forschungsprozesses. In: Flick, Uwe/Kardorff, Ernst v. /Keupp, Heiner et. al. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, Weinheim: Beltz, 1995, S. 147-173
- Gall, Charlotta/de Waal, Thomas: Chechnya: Calamity in the Caucasus, New York: New York Universtiy Press, 1998
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2004
- Halbach, Uwe: Kleinkriege im Südkaukasus: Ein Beispiel für asymmetrische Gewalt?. In: Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas (Hrsg.): Asymmetrische Kriegführung/Ein neues Phänomen der internationalen Politik?, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 175-188
- Hassel, Florian: Der zweite Tschetschenienkrieg/Eine Unterwerfungskampagne in imperialer Tradition. In: Hassel, Florian (Hrsg.): Der Krieg im Schatten/Rußland und Tschetschenien, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003 (zit. 2003a), S. 31-98
- Hassel, Florian: Lizenz zum Stehlen/Wie Militär und Verwaltung Tschetschenien nach russischer Tradition ausplündert. In: Hassel, Florian (Hrsg.): Der Krieg im Schatten/Rußland und Tschetschenien, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003 (zit. 2003b), S. 173-189
- Hauswedell, Corinna/Ratsch, Ulrich/ Mutz, Reinhard et.al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2004, Münster: Lit Verlag, 2004

- Heins, Volker: Der Mythos der globalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Christine/Zimmer Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft International/Alte und neue NGOs, Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 83-101
- Holland, Mary: Chechnya's Internally Displaced and the Role of Russia's Non-Governmental Organizations. In: Journal of Refugee Studies, 3/2004, Oxford, 2004, S. 334-346
- Kaldor, Mary: Global civil society: an answer to war, Cambridge: Polity Press, 2003
- Karenfört, Jörg: Die Hilfsorganisationen im bewaffneten Konflikt/Rolle und Status unparteiischer humanitärer Organisationen im humanitären Völkerrecht, Frankfurt am Main: Lang, 1999
- Keppeler-Schlesinger, Susanne: Nichtstaatliche Organisationen (NGOs) und die Vereinten Nationen. In: Cede, Franz/Sucharipa-Behrmann, Lilly (Hrsg.): Die Vereinten Nationen/Recht und Praxis, Wien: Manz, 1999, S. 253-263
- Klutschewsky, Alexej: Tschetschenien im Krieg um das autonome Subjekt. In: Gabriel, Leo/Latautonomy (Hrsg.): Politik der Eigenständigkeit, Wien: Mandelbaum, 2005, S. 294-367
- Kohl, Andreas: Organisierte Kriminalität als NGO?/Die italienische Mafia. In: Frantz, Christine/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft International – Alte und neue NGOs, Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 329-346
- Kosmehl, Miriam: Tschetschenien und das internationale Recht. In: Hassel, Florian: Der Krieg im Schatten/Rußland und Tschetschenien, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003, S. 99-123
- Kowaljow, Sergej: Der Flug des weißen Raben/Von Sibirien nach Tschetschenien: Eine Lebensreise, Berlin: Rowohlt, 1997
- Krech, Hans: Der russische Krieg in Tschetschenien (1994-1996)/Ein Handbuch, Berlin: Verlag Dr. Köster, 1997
- Lobova, Ludmilla: Der politische Islam im postsowjetischen Russland. In: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2004, Hamburg/Berlin/Bonn: E.S. Mittler & Sohn GmbH, 2004, S. 701-716
- Malashenko, Alexej: Islam in Russia: Some Results of a Religious Renaissance. In: Hinteregger, Gerald/Heinrich, Hans-Georg (Hrsg.): Russia/Continuity and Change, Wien: Springer, 2004, S. 431-444

- Malek, Martin: Tschetschenien als Beispiel für Asymmetrie. In: Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas (Hrsg.): *Asymmetrische Kriegführung/Ein neues Phänomen der internationalen Politik?*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 189-204
- Mangott, Gerhard: *Russlands Feldzug gegen Tschetschenien/Rückkehr zu autoritärer Ordnung?* Laxenburg: Österreichisches Institut für internationale Politik, 1995
- Mangott, Gerhard (Hrsg.): *Zur Demokratisierung Russlands/Band 1: Russland als defekte Demokratie.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2002
- Mangott, Gerhard (Hrsg.): *Zur Demokratisierung Russlands/Band 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2002
- Martens, Kerstin: Alte und neue Players/Eine Begriffsbestimmung. In: Frantz, Christine/Zimmer, Annette (Hrsg.): *Zivilgesellschaft International/Alte und neue NGOs*, Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 25-49
- Micewski, Edwin R.; Moralphilosophische Überlegungen zur Legitimität von asymmetrischer Kriegführung. In: Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas (Hrsg.): *Asymmetrische Kriegführung/Ein neues Phänomen der internationalen Politik?*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 31-40
- Münkler, Herfried: Menschenrechte und Staatsräson. In: Gustenau, Gustav (Hrsg.): *Humanitäre militärische Intervention zwischen Legalität und Legitimität.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000, S. 141-165
- Muradow, Musa: Die Wunden der Seele/Wie der Krieg die tschetschenische Gesellschaft spaltet. In: Hassel, Florian (Hg.): *Der Krieg im Schatten/Rußland und Tschetschenien*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003, S. 190-204
- Natsios, Andrew: NGOs and the UN System in Complex Humanitarian Emergencies: Conflict or Cooperation? In: Weiss, Thomas G./Gordenker, Leon: *NGOs, The UN and Global Governance*, Boulder: Rienner, 1996, S. 67-81
- Nowak, Manfred (Hrsg.): *World Conference on Human Rights Vienna, June 1993/The Contribution of NGOs Reports and Documents*, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1994

- Politkowskaja, Anna: In Putins Russland, Köln: Dumont Verlag, 2005
- Reinhardt, Dieter: Humanitäre NGOs: Dritte Säule der transnationalen Zivilgesellschaft oder außenpolitisches Instrument der Regierungen? In: Frantz, Christine/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft International/Alte und neue NGOs. Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 361-391
- Ritchie, Cyril: Coordinate? Cooperate? Harmonise? NGO Policy and Operational Coalitions. In: Weiss, Thomas G./Gordenker, Leon: NGOs, The UN and Global Governance, Boulder: Rienner, 1996, S. 175-188
- Rittberger, Volker/Zangl, Bernhard: Internationale Organisationen/Politik und Geschichte. Europäische und weltweite internationale Zusammenschlüsse, Opladen: Leske + Budrich, 2003
- Schreiber, Wolfgang (Hrsg.)/Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF): Das Kriegsgeschehen 2004/Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas: Zusammenfassung und Ausblick. In: Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas (Hrsg.): Asymmetrische Kriegführung/Ein neues Phänomen der internationalen Politik?, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 341-344
- Smuty, Florian (unter Mitarbeit von Peter Hazdra): Ethnologie und das Berufsfeld „Friedenseinsätze internationaler Organisationen“. In: Seiser, Gertraud et al. (Hrsg.): Exploration ethnologischer Berufsfelder/Chancen und Risiken für Universitätsabsolventen, Wien: WUV-Universitätsverlag, 2003, S. 191-219
- Stahel, Albert A./Geller, Armando: Asymmetrischer Krieg: Theorie – Fallbeispiele – Simulation. In: Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas (Hrsg.): Asymmetrische Kriegführung/Ein neues Phänomen der internationalen Politik?, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S. 95-116
- Tenbohlen, Linda: Caritas International/Für Menschen in Not. In: Frantz, Christine/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft International/Alte und neue NGOs, Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 137-159
- Tishkov, Valery: Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union/The Mind Aflame, London: Sage, 1997

- Tishkov, Valery: Chechnya: Life in a war-torn society, Berkeley: University of California Press, 2004
- Trauttmannsdorff, Ferdinand: Die Organe der Vereinten Nationen. In: Cede, Franz/Sucharipa-Behrmann Lilly (Hrsg.): Die Vereinten Nationen/Recht und Praxis, Wien: Manz, 1999, S. 25-52
- Volker, Ulrich (Hrsg.): Russland und der Kaukasus, Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2005
- Tschirnich, Barbara: Capacity Building und die Rolle der Nichtregierungsorganisationen, Universität Wien, Wien, Diplomarbeit, 2001
- Wahl, Peter: Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft/Zu den Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungs-Organisationen. In: Altvater, Elmar et al.: Vernetzt und Verstrickt/Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2000, S. 295-315
- Wagner, Claudia: Rußlands Kriege in Tschetschenien/Politische Transformation und militärische Gewalt, Münster: Lit-Verlag, 2000
- Weiss, Thomas G./Gordenker, Leon: NGO participation in the International Policy Process. In: Weiss, Thomas G./Gordenker, Leon: NGOs, The UN and Global Governance, Boulder: Rienner, 1996, S. 209-221
- Zimmer, Annette: NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: Frantz, Christine/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft International/Alte und neue NGOs, Opladen: Leske + Budrich, 2002, S. 9-22